

kontrovers

herausgegeben von der
Rosa Luxemburg Stiftung
und **WISSEN**Transfer

Beiträge zur politischen Bildung

01/2008

Michael Brie, Christoph Spehr

Was ist Sozialismus?

Weltweit hat eine neue Sozialismusdiskussion begonnen. Aus der Krise des Neoliberalismus erwächst die Suche nach Alternativen. Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Aber ist der Sozialismus das nächste Wort? Und was bedeutet er überhaupt? Welche Konflikte prägten den Sozialismus in seiner Geschichte? Welche Widersprüche prägen heute sozialistisches Denken und Handeln? Welche Zukunft hat Sozialismus im 21. Jahrhundert?

Kritische Hinweise zu diesem Beitrag bitte an: politikanalyse@rosalux.de

1. Der Sozialismus ist tot! Es lebe der Sozialismus?

Die Sozialismus-Diskussionen reißen nicht ab
Einundsiebzig Tage hatte die rote Fahne im Jahre 1871 über Paris geweht und die erste sozialistische Republik, die Kommune der Arbeiter, symbolisiert. Über vierundsiebzig Jahre wehte sie über den Regierungsgebäuden Russlands und der Sowjetunion. Der Sieg über den Hitlerfaschismus wurde vor allem auch unter der Roten Fahne errungen. Zeitweilig lebte ein Drittel der Weltbevölkerung in Staaten, die sich sozialistisch nannten. Als die rote Fahne in der Nacht vom 31. Dezember 1991 zum 1. Januar 1992 vom Kreml eingeholt wurde, schien die »Epoche der sozialistischen Revolution« endgültig vorbei.

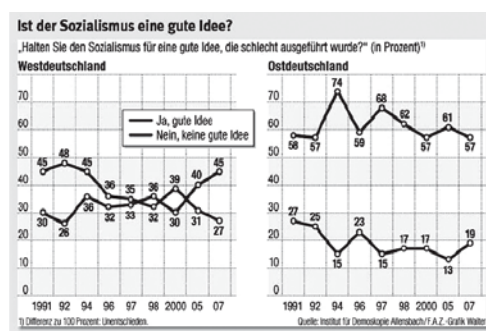
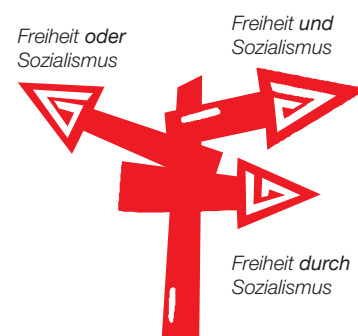
Aber das »Gespenst« des Sozialismus hat auch den Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems überlebt. International hat eine Diskussion zum »Sozialismus im 21. Jahrhundert« begonnen. In Venezuela wurde er zum Regierungsprogramm des gewählten Präsidenten Hugo Chavez. In Ecuador soll er Verfassungsziel werden. In Bolivien kam die »Be-

wegung zum Sozialismus« an die Macht. Und in Deutschland skandiert der Vorsitzende der FDP, Guido Westerwelle: Freiheit statt Sozialismus. Von Gregor Gysi kam die Antwort: Freiheit und Sozialismus. Und Oskar Lafontaine fügt hinzu: Freiheit durch Sozialismus!

Knapp die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in den alten Bundesländern und zwei Drittel in den neuen Bundesländern sehen Sozialismus als eine gute Idee an, die schlecht verwirklicht wurde. Und auch der Gegensatz zwischen Sozialismus und Demokratie wird heute längst nicht mehr so scharf gesehen wie noch vor wenigen Jahren. Immerhin ein Drittel der Bevölkerung in West- und die Hälfte in Ostdeutschland sieht die Möglichkeit, Sozialismus und Demokratie zu vereinbaren.

Was aber ist Sozialismus? In Online-Foren wurden u. a. die folgenden Antworten gegeben:

- »Der Sozialismus ist eine der gewaltigsten Bewegungen der Menschheit und steht als einzige konsequent im Kontrast zur Wirtschaftsweise des Kapitalismus. Die sozialistische Idee hat etwa solche Parteien wie die SPD zum Leben erweckt, hat die großen Revolutionäre inspiriert (Lenin, Mao, Castro, Che), ist immer noch zentraler Bestandteil des politischen Diskurses in liberalen Gesellschaften und erkennt in der gerechteren Verteilung der gesellschaftlichen Produktion auf der Welt den Weg zu mehr Fortschrittlichkeit. Überhaupt ist der Sozialismus eine Idee, die den Fortschritt der



»Dem Kapitalismus wohnt ein Laster inne: Die ungleiche Verteilung der Güter. Dem Sozialismus hingegen wohnt eine Tugend inne: Die gleichmäßige Verteilung des Elends.«

Winston Churchill

»Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel (den Kapitalismus) loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.«

Albert Einstein

»Der venezuelanische Sozialismus ist der einzige Weg zur Befreiung unseres Volkes und zur Rettung unseres Vaterlandes.«

Hugo Chavez

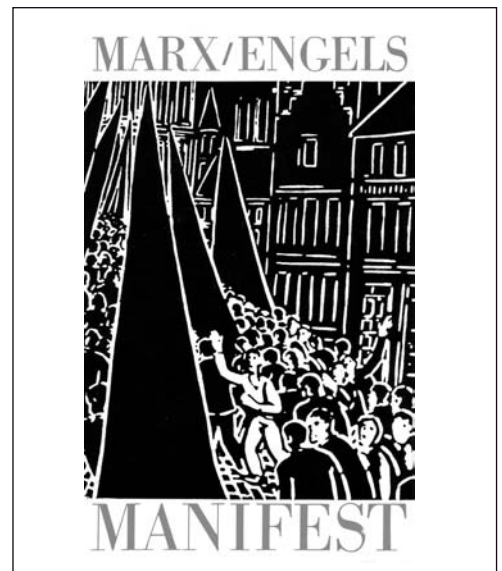
»Wir haben in der Vergangenheit nicht deutlich gemacht, dass Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren und dass Nationalsozialisten Leute waren, die im Großen und Ganzen kollektivistische Lösungen angestrebt und durchgeführt hatten.«

Edmund Stoiber,
1979 auf dem Parteitag der CSU

Gesellschaft zum Ziel hat, die Menschen befreien möchte aus ihrer ihnen nicht bewussten Knechtschaft in der kapitalistisch organisierten Sklavenhaltergesellschaft und sie möchte ermutigen das Ruder als selbstbewusste Klasse selber in die Hand zu nehmen.«

- »die einzige Verantwortung die wir noch übernehmen dürfen ist: ›gehe ich aufs Klo oder soll ich's einfach laufen lassen?‹ Und sogar diese wollen sie uns rauben!«
- »und im Namen diese Diktatur, wurden Millionen von Menschen umgebracht auf aller Welt. Der Mensch muss in einer Freiheit leben, denn sonst ist er ja bloß ein Sklave des Staates, der in allem unterdrückt wird. Schau bloß auf Kuba, Russland, China und Afrika. Diejenigen, die dieses Regime auf andere aufdrücken, sind die Unterdrücker der Freiheit und nichts anderes als Diktatoren.«
- »Zumindest der Sozialismus nach Marx macht genau das nicht. Die Verlagerung der Produktionsmittel in alle Hände bedeutet ja gerade, dass Verantwortung übernommen werden muss. Siehe z. B. die Kibbuzim in Israel.«
- »Ein fundamentaler Irrtum der Gutmenschen bezüglich der menschlichen Natur!«
- »... ein nicht funktionstüchtiges System ... da der Mensch ein Ego hat und selbstüchtig ist ... er kann den Grundgedanken des Sozialismus gar nicht erfüllen ... der Mensch kann nur in dem System des Kapitalismus leben ... da er bestrebt ist Ressourcen anzuhäufen um seine Art zu erhalten ... am besten funktioniert eine demokratische Diktatur mit Marktwirtschaft ...«
- und die »Gewissenhafte« (so die Selbstbezeichnung) eines Forums fügt hinzu: »Der Sozialismus ist eine politische Ideologie, die besonders die Werte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität betont. Für diese drei Werte müsste der Mensch im Denken und Handeln weiter sein, als er es jetzt ist. Und da dies so wahrscheinlich nie passieren wird, weil der Mensch von Natur aus ein kleiner Kapitalist ist, gebe ich dir Recht. Es kann nicht funktionieren, solange wir über den existierenden ›Vater Staat‹ im Zusammenhang mit Sozialismus diskutieren und auch nicht, indem wir über die Vergangenheit des Sozialismus in der Geschichte der Menschheit debattieren. Beides verfälscht die eigentliche (sehr theoretische) Ideologie.«

In diesen Meinungsäußerungen werden zentrale Elemente des Sozialismusverständnisses aufgeführt – zum einen seine Identifikation mit staatlicher Bevormundung und Diktatur, zum anderen die Selbstverwaltung der Produktions- und Lebensbedingungen durch die Produzenten; zum einen die Unterdrückung von Freiheit, zum anderen die Betonung der Werte von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.



Die Willkür der Begriffsverwendung

Wie mehrdeutig der Sozialismusbegriff verwendet wird, zeigen die folgenden Fälle. Zum einen wird jede Form von staatlicher Regulierung als Sozialismus gebrandmarkt und in Gegensatz zur Freiheit gebracht.

Fall Nr. 1: So ging die »freie Ärzteschaft« im September 2006 auf die Straße, um gegen die »staatlich kontrollierte Einheitszwangsversicherung« zu protestieren, die angeblich mit der Gesundheitsreform von CDU/CSU- und SPD-Regierung geplant sei. Die Demonstration stand unter der Losung »Freiheit statt Sozialismus«. Andere wiederum verteidigen gerade eine Einheitsversicherung als Bedingung dafür, dass jede und jeder den gleichen freien Zugang zu einer würdigen Gesundheitsversorgung erhalten kann.

Fall Nr. 2: Das heutige Internet wird von vielen Webaktivisten als die Keimform einer sozialistischen Gesellschaft angesehen, in der Jeder und Jede die eigenen Produktions- und Kommunikationsbedingungen frei gestaltet und selbst kontrolliert, ohne sich einer zentralistischen Instanz unterwerfen zu müssen. Hier sei die freie Entwicklung jeder und jedes Einzelnen tatsächlich die Bedingung der freien Entwicklung aller.

In den USA dagegen greift Andrew Keen, Autor des Buches »Kult des Amateurs: Wie das heutige Internet unsere Kultur zerstört«, genau die Regellosigkeit dieses neuen Mediums als »informatio-

KONFLIKTE

Notieren Sie bitte schnell und ohne lange zu überlegen:

1. drei historische Personen,
 2. drei Ereignisse und
 3. drei Ideen,
- die für Sie sozialistisch sind. Tauschen Sie dann die Blätter. Welche Übereinstimmungen und welche Unterschiede gibt es?

nellen Bolschewismus« an: »Wenn wir uns das Internet ansehen, dann sehen wir in einen Spiegel und sehen uns selbst ... Wenn ich es mir ansehe, dann sehe ich ein kulturelles und ethisches Chaos ... Ich sehe die Eruption von offenem intellektuellem Diebstahl, extremer Pornografie, sexuelle Promiskuität, Plagiate, Glücksspiel ... Ich sehe chaotische menschliche Arrangements mit nur wenigen ... sozialen Vereinbarungen. Das heutige Internet erinnert an den Naturzustand – an Hobbes' Antiutopie eher als an Rousseaus Idyll.«

Schon dieser kurze Einblick in die Diskussion verweist auf eine Reihe von Grundmerkmalen, die die Sozialismuskussion in der Vergangenheit wie in der Gegenwart prägen:

- der Gegensatz von Sozialismus zum Kapitalismus und die Herausbildung einer alternativen Vergesellschaftungs-, Reproduktions- und Lebensweise;
- die Betonung der Werte von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- die Aufhebung der »knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit« und der Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, Stadt und Land;
- die Rolle öffentlichen Eingreifens mit dem Zweck der bewussten Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Eigentumsordnung;
- die Orientierung auf freie Kooperation und kollektive Selbstverwaltung;
- die Problematik der Staatsmacht als zentraler Machtstruktur im historischen Sozialismus;

- das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischer Bewegung und individueller Freiheit;
- die Frage, wie sich die Freisetzung neuer Formen von Produktion und Lebensweise zur politischen Organisation und ihrem Anspruch auf Kontrolle und Steuerung verhält;
- die Frage, ob bzw. inwieweit sich gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen überhaupt steuern lassen.

Sozialismus ist zunächst nichts anderes als das, was Sozialistinnen und Sozialisten anstreben, was sie politisch tun und welche Folgewirkungen dies hat. Er ist eine langandauernde Grundströmung, die sich immer neu erfunden hat und auch gegenwärtig grundsätzlich erneuert. Im Maße der Veränderung des Kapitalismus verändert sich auch der Sozialismus und hat seinerseits oft entscheidenden Einfluss auf den Kapitalismus genommen. Im Folgenden wird versucht, die Frage »Was ist Sozialismus« zu beantworten, indem die Gegensätze, die den Sozialismus als einer praktischen Bewegung seit 200 Jahren geprägt haben und seine widersprüchliche Entwicklung bestimmten, aufgezeigt werden. Dabei wird exemplarisch vorgegangen, werden die Hauptkonflikte ins Zentrum gestellt. Abschließend wird ein systematischer Versuch der Darstellung der wichtigsten Herausforderungen des Sozialismus im 21. Jahrhundert entwickelt, der sich der Gesamtheit der fundamentalen Widersprüche solidarischer Emanzipation stellt.

»Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie kreisen, war das noch nicht gesehen worden, dass der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut ... Es war dieses somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefeiert. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur Versöhnung des Göttlichen mit der Welt nun erst gekommen.«

Georg Wilhelm Friedrich Hegel

»Zum ersten Mal in der Weltgeschichte hat die Aufklärung das Bild der befreiten Menschheit entworfen. Was der Aufklärung Hoffnung war, das ward der sozialen Bewegung zum noch unerfüllten und doch erfüllbaren Programm.«

Werner Hofmann

2. Sozialismus – ein historischer Rückblick

2.1. Vom Frühsozialismus bis 1917



Der Frühsozialismus und Frühkommunismus (1793–1848)

Die Aufklärung, die Große Französische Revolution im ausgehenden 18. Jahrhundert und die industrielle Revolution in England, die mit der Erfindung von Dampfmaschine und Spinnmaschine einsetzte, schufen die geistigen, poli-

tischen und wirtschaftlichsozialen Voraussetzungen des modernen Sozialismus.

Seit der Antike hat es in allen großen Zivilisationen immer die Vision eines Goldenen Zeitalters der Freiheit, Gleichheit und Solidarität gegeben – sei es als Idealisierung der Ver-

KONFLIKTE

Schon in den frühen vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren so Grundkonflikte des Sozialismus aufgebrochen, die bis heute reichen – (1) ist die Gütergemeinschaft die richtige und hinreichende Lösung für alle sozialen Probleme, (2) wie sind Arbeit, Produktion und Leben zu gestalten, dass ein höheres Maß an Solidarität und an Persönlichkeitsentfaltung zugleich möglich wird, und (3) ist der Weg der Gewalt oder der des positiven Experiments und der Reformen die sinnvolle Strategie?

»Das Heilmittel gegen Faulenzerei und andere Laster, die die Assoziation zerrütten könnten, liegt in der Erforschung und Entdeckung eines anziehenden Produktionssystems, das die Arbeit in ein Vergnügen verwandelt und die Ausdauer des Volkes bei der Arbeit und damit die Ableistung des vorgeschossenen Existenzminimums garantiert.«

Charles Fourier

»Privateigentum war und ist bis heute die Ursache endloser Verbrechen und menschlichen Elends ... Wenn alles bis auf die persönlichen Dinge öffentliches Eigentum ist und das öffentliche Eigentum Überfluss für alle garantieren wird, dann wird die unvorstellbare Überlegenheit des Systems des öffentlichen Eigentums über die Übel, die aus dem Privateigentum erwachsen, gebührend anerkannt werden.«

Robert Owen

Die Saint-Simonisten »fordern, dass alle Arbeitsmittel, Erde und Kapital, die heutzutage einen zersplitterten Fonds von lauter Privateigentum bilden, zu einem gesellschaftlichen Fonds verschmolzen werden und dass dieser Fonds gemeinschaftlich nach einer Rangordnung so genutzt wird, dass die Arbeitsleistung eines jeden der Ausdruck seiner Fähigkeit und sein Reichtum das Maß seiner Leistung ist.«

Die saintsimonistische Lehre



*Henri de Saint-Simon
(1760–1825)*

*Robert Owen
(1771–1851)*

*Charles Fourier
(1772–1837)*

gangenheit, als Hoffnung für die Zukunft oder als ferner Ort. Die revolutionären Ereignisse des späten 18. Jahrhunderts aber schufen eine völlig neue Situation: Sie schienen vielen Zeitgenossen zu beweisen, dass Gesellschaften nach Prinzipien der Vernunft und der Gerechtigkeit grundlegend (revolutionär) umgestaltet werden können. Sie ließen die Hoffnung aufkommen, dass alle Menschen in Wohlstand leben können. Mit der schnellen Steigerung der Güterproduktion wurde klar: Die Armut der Vielen ist nicht länger die Bedingung des Wohlstands weniger. Und sie machten deutlich: Das Volk selbst kann Geschichte machen. Es kann zum entscheidenden Akteur der Veränderung werden.

Die politische Revolution in Frankreich und die wirtschaftliche Revolution in England hatten aber auch deshalb eine so prägende Wirkung auf die Zeitgenossen dieser Ereignisse, weil sie ganz offensichtlich in vielem das Gegenteil von dem bewirkten, was ihre Initiatoren gewollt hatten: Die Herrschaft des Rechts mündete in den Terror, die Republik des Volkes in das Kaiserreich, die Botschaft der Brüderlichkeit in einen zwanzigjährigen Krieg, in dem das Napoleonische Frankreich zum Fremdherrscher über das kontinentale Europa wurde. Die Proklamation der Menschenrechte ließ die Frauen und die Sklaven unerwähnt und das bürgerliche Gesetzbuch ordnete sie dem (weißen) Mann als Eigentum unter. Die Vervielfachung der Güterproduktion im Gefolge der industriellen Revolution war durch eine vorher nicht gekannte Verelendung und die Ausbreitung einer ständig anwachsenden Klasse gekennzeichnet, die nichts besaß als ihrer Hände Arbeitskraft – die Proletarier.

Das Besondere dieser neuen Unterdrückung, Ausgrenzung und Versklavung, dieser neuen Diktaturen in Staat und Fabrik, dieser neuen Kluft von unglaublichem Reichtum und schrecklichsten Elend war: Sie waren nicht historisch gewachsen, sondern buchstäblich bewusst geschaffen worden – im Namen von Ideen, die das genaue Gegenteil versprochen hatten. Goethes Zauberlehrling von 1797 reflektiert diese Situation: Die Macht der Vernunft war, so die allge-

meine Sicht, in unkundige Hände geraten. Und – so die ersten Sozialisten – die angewandten Mittel widersprachen den großen Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Unmittelbar nach dem Ende der Napoleonischen Kriege versuchte die europäische Reaktion eine möglichst weitgehende Restauration der vorrevolutionären Situation, ohne dabei die alten Eigentums- und Machtverhältnisse wirklich wiederherstellen zu können. Gleichzeitig schlug die Stunde der Visionäre: 1819 erschien Richard Owens Schrift »Botschaft an die arbeitenden Klassen«, 1821 Charles Fouriers erstes Hauptwerk, die »Große Abhandlung«, 1820–22 Henri de Saint-Simons Darstellung »Das industrielle System«. Gleichzeitig in England und Frankreich bildeten sich die Elemente einer neuen geistigen Strömung – des Sozialismus. Es war ein »zukunftsorientierter Bewegungsbegriff« (Wolfgang Schieder).

Im März 1837 erschien in dem Sprachrohr der Owenisten, der Zeitschrift »New Moral World«, ein Leitartikel, der vorschlug, für die Anhänger dieser Neuen Moralischen Welt nicht mehr den Personennamen Richard Owens zu



Wilhelm Weitling (1808–1871)

SEMINARHINWEIS

Analysiert die folgenden Texte und stellt das jeweilige Selbst- und Fremdverständnis gegenüber. Welche Grundprobleme werden thematisiert und welche Lösungen (Arbeitsteilung, Eigentum, Macht und Vergesellschaftungsformen) werden entwickelt? – »Die saintsimonistische Lehre«; Victor Considérant: Kurzer Abriss von Fouriers Phalanxsystem; Louis-Auguste Blanqui: Der Kommunismus – die Zukunft der Gesellschaft; Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei.

wählen, sondern den Terminus Sozialisten, der auch den Vorteil habe durch »den Tadel, den er gegenüber allen anderen menschlichen Kooperationsformen ausspricht«. Es war ein Begriff der Fundamentalkritik existierender Gesellschaften und der Orientierung auf eine Neubegründung menschlichen Zusammenlebens. Schon 1836 war in Frankreich eine Artikelserie erschienen, die die genannten drei Denkschulen unter dem Obergriff der »modernen Sozialisten« vorgestellt hatte. Schnell wurde dieser auf alle Schulen der Gesellschaftskritik und alternativer Gesellschaftsentwürfe ausgedehnt.

Robert Owen entwickelte die Vision von Großkommunen mit fünfhundert bis eintausend Mitgliedern auf der Basis demokratischer Verwaltung, genossenschaftlicher Produktion und gemeinschaftlicher Erziehung, die sich autark versorgen. Eine neue Welt und ein neuer Mensch sollten durch die Ausbreitung dieser Kommunen schrittweise und durch Vorbildwirkung entstehen.

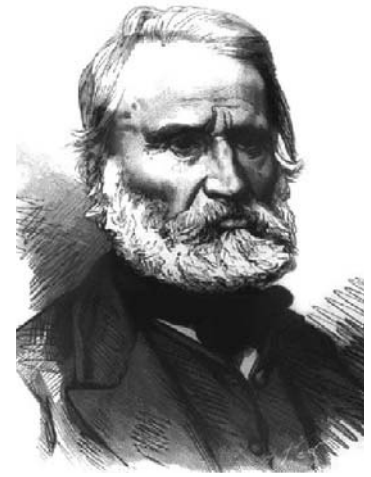
Die Saint-Simonisten wollten die planmäßige Verteilung der Produktionsmittel nach den zu befriedigenden Bedürfnissen durch eine Zentral-

bank und eine Kette von Spezialbanken realisieren. Die Kredite sollten an die Unternehmer und Arbeiter nach deren Fähigkeiten, diese besser als andere zu nutzen, ausgereicht werden.

Charles Fourier sah das Hauptproblem darin, dass eine neue Gesellschaft der Assoziation und der sozialen Garantien anstelle der Konkurrenz sich nur dann durchsetzen könne, wenn sie für die Menschen anziehender wäre. Ihm ging es darum, die Arbeit auf der Basis der Großproduktion so zu gestalten und so zu verteilen, dass jede und jeder seinen Neigungen, natürlichen Trieben und Bedürfnissen freien Lauf lassen könne: »Wenn die Armen, die Arbeiterklasse, im Sozialismus nicht glücklich sind, werden sie ihn durch Feindseligkeiten, Diebstahl und Aufruhr stören.« Jeder Leidenschaft sollte eine Arbeit gegenüberstehen, durch die sie befriedigt werden könne. Der Gegensatz von Oben und Unten sollte aufgehoben werden, indem seine Grundlage, die Teilung der Arbeit in »höhere« und »niedere« Tätigkeiten beseitigt wird.

Etwas später als der Frühsozialismus entstand jene Bewegung, die seit 1840 unter dem Terminus *Kommunismus* zusammengefasst wurde. Damit wurden zum einen die Anhänger einer konsequent egalitären Gesellschaft (Etienne Cabet, Jean-Jacques Pillot, Théodore Dezamy u. a.), zum anderen aber auch die Vertreter einer gewaltsamen Umwälzung der Verhältnisse und der zeitweisen Errichtung einer revolutionären Diktatur der Arbeiter (Louis-Auguste Blanqui u. a.) bezeichnet. Im Aufruf des Aufstandskomitees von 1839 hieß es: »Das verratene Frankreich, das Blut unserer ermordeten Brüder schreit nach Rache. Sie wird furchtbar sein ... Die Ausbeutung muss endlich ein Ende nehmen und die Gleichheit siegreich auf den Trümmern von Königtum und Aristokratie erstehen.« Die Rote Fahne wurde zum Symbol der revolutionären Kommunisten.

In den Jahren zwischen 1836 und 1842 war in England die erste große Arbeiterbewegung, die Bewegung der Chartisten, entstanden, deren Forderungen nach allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen sowie der Begrenzung des Arbeitstages auf zehn Stunden täglich von Millionen aktiv unterstützt wurde. In Frankreich waren 1831 und 1834 die ersten Aufstände von Arbeitern, den Seidenwebern, ausgebrochen. Deutsche Handwerker begannen sich im politisch orientierten Bund der Geächteten (später Bund der Gerechten bzw. Bund der Kommunisten) zu organisieren. Geistiger Führer wurde Wilhelm Weitling (»Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte«, 1839). Die sich selbst organisierenden Arbeiter wurden zu einer völlig neuen geschichtlichen Kraft. Schrittweise kam es zu einer Annäherung der neuen sozialistischen und kommunistischen Ideen und der neuen sozialen Bewegung der Arbeiter.



Louis-Auguste Blanqui (1805–1881)

»Waffen und Organisation – das ist das entscheidende Element des Fortschritts, das einzig ernste Mittel, dem Elend ein Ende zu machen. Wer Eisen hat, hat Brot ... Frankreich, gespickt mit bewaffneten Arbeitern – das ist die Ankunft des Sozialismus. Vor dem bewaffneten Proletariat wird alles verschwinden, Hindernisse, Widersetzlichkeiten, Unmöglichkeiten. Aber für Proletariat, die sich mit lächerlichen Straßenpromenaden, mit Freiheitsbäumen, mit wohlklingenden Advokatenphrasen die Zeit vertreiben lassen, gibt es zuerst Weihwasser, dann Beleidigungen, endlich Kartätschen und immer Elend!«

Louis-Auguste Blanqui



Friedrich Engels (1820–1895)



Führer der deutschen Arbeiterbewegung
(August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Marx,
Carl Wilhelm Tölcke, Ferdinand Lassalle)



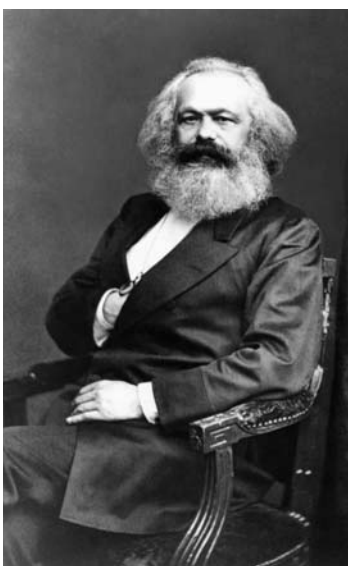
Michail Bakunin (1814–1876)

Die Marxisten »versichern, dass allein die Diktatur, natürlich die ihre, die Freiheit des Volks schaffen kann; wir dagegen behaupten, dass eine Diktatur kein anderes Ziel haben kann, als nur das eine, sich zu verewigen, und dass sie in dem Volk, das sie erträgt, nur Sklaverei zeugen und nähren kann ...«

Michail Bakunin

Die Kommune »war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse ..., die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte ... Die Kommune sollte ... als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht. Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter ...«

Karl Marx



Karl Marx (1818–1883)

Die Grundmerkmale des Frühsozialismus brachte der deutsche Sozialwissenschaftler Lorenz von Stein in seiner aus konkreten Beobachtungen hervorgehenden Schrift »Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs« (1842) auf den Begriff. Das Charakteristische des Sozialismus und Kommunismus war erstens der Bezug auf das moderne Proletariat: »Diese Klasse, ihre Berechtigung und ihr Los ist es, die sowohl der Sozialismus als auch der Kommunismus im Auge haben.« Zweitens sah er in ihnen eine Anwendung der Ideen der französischen Aufklärung und drittens begriff er den Sozialismus als »Wissenschaft der Gesellschaft«.

Karl Marx, beeinflusst vor allem durch Moses Hess wie durch seine ersten Begegnungen sowohl mit deutschen als auch französischen Sozialisten und Kommunisten im Pariser Exil, begann um 1844, sich selbst positiv auf die neuen Ideen zu beziehen. In seinen zu dieser Zeit verfassten »Ökonomischphilosophischen Manuskripten« verstand er Kommunismus als die unmittelbare Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums durch eine Gesellschaft, in der alle zusammen zum »allgemeinen Kapitalisten« werden und jeder einzelne zum Arbeiter. Dies aber sei ein »roher Kommunismus«, der die Persönlichkeit noch negiere: »Der *Kommunismus* ist die notwendige Gestalt und das energische Prinzip der nächsten Zukunft, aber der Kommunismus ist nicht als solcher Ziel der menschlichen Entwicklung«. Dies sei der positive Kommunismus oder Sozialismus, der auf einer neuen Produktionsweise und einem neuen Verhältnis zur Natur und der Menschen zueinander beruhe. Damit wurde versucht, die widersprüchlichen Ansätze von Kommunismus und Sozialismus, von Gleichheit und Freiheit, von Gemeineigentum und »wahrem persönlichen Eigentum«, von Revolution und Evolution, von Einheit und Vielfalt zu verbinden.

In der Folge entschieden sich aber Marx und Engels wie auch die Führer des Bundes der Gerechten, für den Terminus Kommunismus, denn, wie Engels 1845 schrieb: In Deutschland »bedeutet das Wort Sozialismus nichts anderes als die verschiedenen verschwommenen, unbestimmten und unbestimmbaren Vorstellungen derjenigen, die sehen, dass etwas getan werden muss, und die sich dennoch nicht entschließen können, vorbehaltlos auf das Gemeinschaftssystem einzugehen«.

Im Februar 1848 erschien das »Kommunistische Manifest« von Karl Marx und Friedrich Engel in London und dann im revolutionären Frankreich. In dieser Schrift wurde versucht, in Gestalt einer programmatischen Kampfschrift Sozialismus und Kommunismus als »Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung«

systematisch darzustellen. Die kommunistische Revolution sei »das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen«. In einem längeren Prozess würden dann die Bedingungen wirklicher Freiheit geschaffen: »Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter ... An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Völlig neue Produktivkräfte müssten die Bedingung für die Aufhebung der alten Arbeitsteilung schaffen.

Neue Spannungen: Staatssozialisten und Anarchisten, Reforme und Revolutionäre (1848–1914)

Die Revolutionen von 1848/49 in Frankreich, Deutschland und einer Reihe anderer europäischer Staaten mündeten nicht zuletzt durch das erneute militärische Eingreifen des zaristischen Russlands in eine neue Phase der Restauration. Weder konnte die bürgerlichdemokratische Umwälzung erfolgreich zu Ende geführt werden, noch war eine Lösung für die soziale Frage gefunden, die durch die Entstehung einer großen Klasse der Besitzlosen entstanden war, auf deren Schultern die Produktion des materiellen Reichtums der Gesellschaft ruhte.

In den folgenden zwanzig Jahren kam es zum einen zum Aufschwung gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Bewegungen der Arbeiter sowie der Reformbewegungen für die Verkürzung des Arbeitstages und eine Arbeits- und Sozialgesetzgebung in England und anderen europäischen Staaten. In Deutschland entstand mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1863 eine politische Partei der Arbeiterklasse, die durch ein allgemeines Wahlrecht und die staatliche Förderung von Produktivgenossenschaften Fortschritte in Richtung Sozialismus erzielen wollte.

1864 entstand in London die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), die darauf zielte, einen »Mittelpunkt der Verbindung und des Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften« herzustellen. In den von Marx verfassten Statuten hieß es, »dass die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d.h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihre Formen zugrunde liegt – allem gesellschaftlichen Elend, aller geistigen Verkümmern und politischen Abhängigkeit«. Die politische Bewegung sei deshalb nur das Mittel und dem Endzweck, der »ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse«, unterzuordnen.

In dieser Position war eine Grundspannung zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien und den Gewerkschaften angelegt. Während erstere für eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung wirkten, standen für letztere zumeist die konkrete Vertretung der unmittelbaren Interessen an höheren Löhnen, Verkürzung der Arbeitszeit, Mitbestimmung und sozialer Sicherheit im Vordergrund.

Die Bemühungen der erstarkenden Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und entstehenden linken Parteien, sich für konkrete staatliche Sozialreformen einzusetzen, Lassalles Vorschlag, durch staatliche Kredite Genossenschaften zu fördern, die sich präzisierenden Vorstellungen zur Übernahme des Staatsapparats im Gefolge von Revolutionen oder auch durch demokratischen Wandel, die Erfahrungen der Pariser Kommune u. a. m. warfen in dieser Zeit die Frage des Verhältnisses zum Staat auf: War er in der gegebenen oder in einer radikal veränderten Form ein mögliches Instrument der Errichtung einer neuen Gesellschaft oder führte dies nur zu neuer Diktatur? Innerhalb der IAA entbrannte ein Streit zwischen den Anhängern von Michail Bakunin und von Marx, an dem die Erste Internationale schließlich zerbrach.

Bakunin und seine Anhänger wandten sich gegen die Errichtung einer neuen Staatsmacht (Diktatur des Proletariats) und forderten die Abschaffung jeder Herrschaft von Menschen über Menschen durch direkte Selbstbestimmung und Selbstverwaltung als unmittelbares Ziel und als einzig möglicher Weg, neue Herrschaft zu verhindern. Die Teilung von leitenden und ausführenden Tätigkeiten müsse sofort beseitigt werden. Sie lehnten deshalb auch die Gründung politischer Parteien als Organe der Repräsentation ab und standen jeder Reformpolitik der vorhandenen Institutionen ablehnend gegenüber. Sie wollten keinen Umweg über eine neue Herrschaft in Wirtschaft und Politik, sondern unmittelbare Fortschritte bei der Überwindung jeder Form von Herrschaft überhaupt. Sie knüpften dabei an die sozialistichanarchistische Position von Pierre Joseph Proudhon an, der schon 1840 geschrieben hatte: »... wie der Mensch die Gerechtigkeit in der Gleichheit sucht, so sucht die Gesellschaft die Ordnung in der Anarchie«.

In seiner Schrift »Staatlichkeit und Anarchie« von 1873 schrieb Bakunin: »Unter Volksregierung verstehen sie (die Marxisten) die Regierung des Volkes durch eine kleine Anzahl von Repräsentanten, die durch das Volk gewählt werden. Das allgemeine und gleiche Recht auf Wahl der sogenannten Volksvertreter und der Regierung des Staates für das ganze Volk – dieses letzte Wort der Marxisten wie auch der demokratischen Schule ist eine Lüge, hinter der sich der Despotismus einer herrschenden Minderheit

verbirgt, und zwar eine um so gefährlichere, als sie sich als Ausdruck des sogenannten Volkswillens gibt ... Diese Minderheit aber, so sagen die Marxisten, wird aus Arbeitern bestehen. Mit Verlaub, aus ehemaligen Arbeitern, die aber, kaum sind sie zu Volksvertretern geworden oder an die Regierung gelangt, aufhören, Arbeiter zu sein und vielmehr auf die ganze Welt der einfachen Arbeiter von der Höhe des Staats herabzusehen beginnen; und so werden sie bereits nicht mehr das Volk, sondern sich selbst repräsentieren und ihren Anspruch darauf, das Volk zu regieren. Wer das bezweifelt, der kennt die menschliche Natur nicht.«

Der Haupteinwand, der von Karl Marx, aber auch von vielen sozialistischen Reformpolitikern immer wieder vorgebracht wurde, war der, dass man sich die Mittel des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse und des Volkes nicht beliebig aussuchen könne. Man müsse sich mit den vorhandenen Möglichkeiten in die reale Politik einmischen. Dazu würden handlungsfähige nationale Parteien auf der Basis der Statuten der IAA gehören. Die Pariser Kommune habe gezeigt, wie die Diktatur des Proletariats sein könne: Abschaffung des stehenden Heeres und der Polizei und Bewaffnung der Arbeiter, Wählbarkeit aller Beamten und unmittelbare Rechenschaftspflichtigkeit sowie ihre Entlohnung nach dem Durchschnitt der Arbeiter. Davon ausgehend könnten dann die »Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln«.

Auf der Londoner Konferenz der IAA im September 1871 führte Friedrich Engels aus: »Die Revolution ... ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muss auch das Mittel wollen – die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die Revolution erzieht ... Die politischen Freiheiten, das Versammlungs und Assoziationsrecht, die Pressfreiheit, das sind unsere Waffen ... Man sagt, jede politische Aktion bedeute, das Bestehende anerkennen. Aber wenn dieses Bestehende uns die Mittel gibt, um gegen das Bestehende zu protestieren, so ist die Anwendung dieser Mittel keine Anerkennung des Bestehenden.«

Die Erfolge sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in der Gesellschaft und bei Wahlen, die Versuche der Herrschenden, durch Sozialreformen wie unter Bismarck der sozialistischen Arbeiterbewegung die Basis zu entziehen, die Entstehung sozialstaatlicher Reformkräfte in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft bis in die katholische Kirche hinein schufen den Boden für einen zweiten Konflikt – Sozialreform oder Revolution.

Dieser Konflikt muss auch vor dem Hintergrund des erstarkenden Imperialismus und Militarismus, der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden Gefahr eines Weltkrieges



Eduard Bernstein (1850–1932)

»Die Arbeiterklasse fordert die Demokratisierung des Staates und der Verwaltung, die Demokratisierung der Betriebe, die Ausdehnung der Demokratisierung auf alle Gebiete, auf das Unterrichtswesen, auf die Körperpflege, auf die Kunst, auf den Verkehr. (...) Der Sozialismus ist die Summe der sozialen Forderungen und naturgemäßen Bestrebungen der zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Aufgabe ihrer Klasse gelangten Arbeiter in der modernen kapitalistischen Gesellschaft.«

Eduard Bernstein



Rosa Luxemburg (1871–1919)

»Und der Sozialismus selbst ist für die einen das Resultat der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und einer völligen sozialen Umwälzung, für die anderen das Ergebnis unmerklicher Verschiebungen im Schoße der kapitalistischen Unternehmung und des bürgerlichen Ministeriums.«

Rosa Luxemburg



Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924)

»Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24./25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen. Ein gerechter oder demokratischer Frieden, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und der Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt und den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste forderten – ein solcher Frieden ist nach Auffassung der Regierung ein sofortiger Friede ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.«

*W. I. Lenin
Dekret über den Frieden*

und der Möglichkeit einer revolutionären Krise in Russland und andere Ländern wie Mexiko sowie der sich formierenden antikolonialen Bewegungen (Indien u. a.) verstanden werden: Ist eine friedliche Evolution möglich oder ist grundlegende Veränderung nur durch Revolution möglich?

Der latente Konflikt eskalierte praktisch 1899 mit dem Beitritt des französischen Sozialisten Alexandre Millerand zu einer bürgerlichen Regierung und zwar gegen den Willen seiner Partei. Die Frage war: Konnte aus der Regierung heraus überhaupt sozialistische Politik gemacht werden?

Die theoretischen Grundfragen dieses Konflikts waren wenige Jahre zuvor in Deutschland mit Bernsteins Revision des Marxismus der damaligen Sozialdemokratie in seiner Artikelserie »Probleme des Sozialismus« und Rosa Luxemburgs Gegenangriff in ihrer Schrift »Sozialreform oder Revolution« diskutiert worden.

Eduard Bernstein hatte erstens darauf verwiesen, dass der Kapitalismus keinesfalls zwangsläufig zu einer immer stärkeren sozialen Polarisierung führen müsse und alte und neue Mittelschichten eine bedeutende Rolle spielen würden. Daraus zog er zweitens den Schluss, dass es noch keine Bedingungen gäbe, unmittelbar zum einheitlichen Gemeineigentum überzugehen: »Wir müssen uns mit dem Gedanken an eine partielle Kollektivgemeinschaft vertraut machen.« Erstmals wird von einem einflussreichen Sozialisten die Möglichkeit der völligen Vergesellschaftung durch Kollektivierung oder Verstaatlichung in Zweifel gezogen. Es wird zumindest für eine lange Zeit die Option einer Mischwirtschaft erwogen, die den Weg zu einer vollständig »kollektivistisch geregelten Wirtschaft« bereiten würde. Der von deutschen Sozialstaatsreformern eingeführte Gedanke eines öffentlichen Obereigentums, durch das die Sozialpflichtigkeit allen Produktivvermögens durchgesetzt werden soll, steht im Hintergrund.

Drittens verweist Eduard Bernstein darauf, dass die Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in die öffentlichen Hände kein Selbstzweck sei, sondern nur Mittel zur Steigerung des allgemeinen Wohlstands. Damit verliert die Veränderung der Eigentumsverhältnisse ihren Status eines letzten Zieles und wird an den realen Ergebnissen gemessen. Insbesondere die Erfahrungen in Sowjetrußland sollten diese Position stärken.

Viertens sieht Eduard Bernstein den Hauptweg des Fortschritts in einer weiteren Demokratisierung der gegebenen Gesellschaften und der immer stärkeren Regulierung aller wirtschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Arbeiter und der Gesamtgesellschaft. Ein zivilisierter Klassenkampf sei dabei die treibende Kraft. Man könne nicht davon ausgehen, dass

der »Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft« unmittelbar bevorstehe, deshalb, so schrieb Bernstein 1899, sei eine andere Strategie und Taktik notwendig: »Durch alle Zuckungen und alles Umsichschlagen der reaktionären Mächte sehe ich doch den Klassenkampf selbst immer zivilisiertere Formen annehmen, und gerade in dieser Zivilisierung des Klassenkampfes, der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, erblicke ich die beste Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus.« Der Erste Weltkrieg und der Hitlerfaschismus zeigten, wie schnell die Zivilisierung des Kapitalismus in offene Barbarei umschlagen kann.

Rosa Luxemburg hingegen, die heute noch bekannteste Vertreterin eines revolutionären Sozialismus in der SPD, formulierte fünf zentrale Einwände gegen jede Regierungsbeteiligung linker Parteien: (1) »Aus sich selbst heraus konnte sich der Kapitalismus nicht wesentlich verändern«; (2) nur eine Revolution könne die grundlegenden Probleme lösen; (3) der Staat sei nur das politische Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse; (4) Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig die Linke und (5) die Linke mache durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich.

Wie Rosa Luxemburg schreibt: »Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.« Konzessionen könne man der bürgerlichen Mehrheit nur auf drei Wegen entreißen: »indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärtsdrängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer achtungsgebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen«.

Der Erste Weltkrieg – ein Epochenbruch

Der Erste Weltkrieg begrub alle Hoffnungen auf die schrittweise Zivilisierung des Kapitalismus. Die Kriegslust der einen, die Unfähigkeit oder der Unwille der anderen Gruppen der herrschenden Klassen, sich der drohenden Katastrophe entgegenzustellen, das völlige Versagen der II. Internationale beim Ausbruch des Krieges, das unmittelbare Umschwenken vom proletarischen Internationalismus zur bedingungslosen »Vaterlandsverteidigung« markieren

einen Epochenbruch und rissen die Alternative Sozialismus oder Barbarei auf. Der Sozialismus trat endgültig als praktische Forderung auf der politischen Tagesordnung.

Rosa Luxemburg schrieb in ihrer Schrift »Die Krise der Sozialdemokratie« 1915: »Geschändet, entehrt, im Blute wadend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelehrt und sitzhaft, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt. Mitten in diesem Hexensabbat vollzog sich eine weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie ... Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.«

Aus den Trümmern der Zweiten Internationale formierten sich Elemente einer neuen Linken, deren erstes Zeugnis das Manifest der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 war. Schon an der Tatsache, dass der Autor des Entwurfs dieses Manifests ein russischer Sozialist, Leo Trotzki, war, zeigte sich die Verschiebung des Schwerpunkts der linken Bewegung. In diesem Manifest hieß es: In dieser unerträglichen Lage des Versagens der Internationale »haben wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Holländer und Schweizer, wir, die nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, uns zusammengefunden, um die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbesinnung und zum Kampfe für den Frieden aufzurufen. Dieser Kampf ist der Kampf für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus.«

Der Führer der Bolschewiki, W. I. Lenin forderte in einem Zusatzprotokoll die Verwandlung des imperialistischen Kriegs in einen Krieg gegen die herrschenden Klassen. In Deutschland hatte Karl Liebknecht die Losung ausgerufen: »Der Feind steht im eigenen Land!«

Im Februar 1917 brach im »schwächsten Kettenglied« des Imperialismus, in Russland, die Februarrevolution aus. Der Zarismus wurde gestürzt und eine provisorische Regierung kam an die Macht. Sie war jedoch weder willens noch in der Lage, die drängenden Fragen der Beendigung des Krieges, der Überwindung des halbfeudalen Großgrundbesitzes, der Selbst-



Leo Trotzki (1879–1940)

bestimmung der von Russland beherrschten Völker sowie der Beteiligung Arbeiter an der Kontrolle der Betriebe zu lösen. Die Frage nach dem Übergang zum Sozialismus – zu welchem Sozialismus und auf welchem Wege? – wurde für einige Jahre zur wichtigsten praktischen Frage der sozialistischen Bewegung.

FRAGEN UND LITERATUR

Der Aufschwung der Arbeiterbewegung überhaupt und ihres sozialistischen Flügels in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhundert ließ zwei Grundkonflikte aufbrechen: (1) Ist der Staat das wesentliche Mittel der gesellschaftlichen Transformation oder kommt es auf den Aufbau des Sozialismus von unten aus der Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Arbeiter an? (2) Besteht die Möglichkeit schrittweiser demokratischer und sozialer Reformen, die in der Perspektive den Rahmen des Kapitalismus sprengen, oder ist alles der Vorbereitung der legalen oder revolutionären Machtübernahme (durch Wahlsieg oder Aufstand) unterzuordnen?

- Vgl. dazu u. a.: Mikhail Bakunin: Sozialismus und Freiheit; Ders.: Gott und der Staat; Friedrich Engels: Von der Autorität; Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich; Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich«; Eduard Bernstein: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?; Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? W. I. Lenin: Was tun? [auszugsweise IV.c. Die Handwerkelei der Ökonomen und die Organisation der Revolutionäre. Die Organisation der Arbeiter und die Organisation der Revolutionäre].

2.2. Von der russischen Revolution bis 1968

»Die Arbeiter stellen durch die Arbeiteropposition die Frage: Wer sind wir? Sind wir wirklich das Rückgrat der Klassendiktatur, oder sind wir eine willenlose Herde, Arbeitsvieh, das jenen als Stütze dient, die sich von den Massen abgewandt und unter den verlässlichen Schutz des Parteilumpenschildes begeben haben und nun ohne unsere Führung, ohne unser schöpferisches Eingreifen als Klasse Politik machen und die Wirtschaft aufbauen?«

Alexandra Kollontai (1872–1952)



- Nachweislich wurden im Großen Terror zwischen 1936 und 1938 2.614.978 Menschen ermordet.
- Mindestens 14,5 Millionen Menschen starben zwischen 1929 und 1933 in der Ukraine an Hunger.
- Zwischen 1934 und 1947 wurden weit über 6 Mio. Menschen in Lager (GULAG) eingesperrt.

»Gesiegt hat die Politik der Industrialisierung des Landes. Ihre Ergebnisse sind heute für jedermann offenkundig. Was kann man gegen diese Tatsache einwenden? Gesiegt hat die Politik der Liquidierung des Kulakentums und der durchgängigen Kollektivierung. Ihre Ergebnisse sind ebenfalls für jedermann offenkundig. Was kann man gegen diese Tatsache einwenden? Auf Grund der Erfahrungen unseres Landes ist bewiesen worden, dass der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Lande durchaus möglich ist. Was kann man gegen diese Tatsache einwenden?«

J. W. Stalin 1934

Der sowjetische Weg

Am 25. Oktober 1917 (nach gregorianischen Kalender: 7. November) erfolgte der militärische Sturz der provisorischen Regierung durch einen Aufstand unter Führung Leo Trotzki. Auf dem II. Allrussischen Sowjetkongress wurde W. I. Lenin zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare ernannt. Rechte Sozialrevolutionäre und Menschewiki hatten vorher aus Protest gegen den Aufstand den Kongress verlassen. Mit dem »Dekret über den Frieden«, dem »Dekret über Grund und Boden« und dem »Dekret über die Rechte der Völker Russlands« wurde ein radikaler Bruch mit der imperialistischen Politik des Zarismus nach innen und außen vorgenommen. Der Boden wurde zum Allgemeingut erklärt und entschädigungslos in die Nutzung der Bauern übergeben, die Fabriken der Arbeiterkontrolle unterstellt. Es wurde das Recht auf nationale Selbstbestimmung verkündet.

Mit diesen Schritten entsprach die Revolution den in der breiten Bevölkerung als drängend empfundenen Erwartungen und Hoffnungen. Gleichzeitig kämpften die Bolschewiki mit enormer Härte um den alleinigen Zugriff ihrer Gruppierung auf die Macht, was sie in kurzer Zeit in Gegensatz zu diesen allgemeinen Anliegen brachte. Sie bauten mit dem Militärrevolutionären Komitee, der späteren Tscheka, einen mit außerordentlichen Befugnissen operierenden Geheimdienst auf, lösten die verfassungsgebende Versammlung im Januar 1918 auf und betrieben die Auflösung aller nicht bolschewistisch dominierten Räte.

In der Phase des »Kriegskommunismus« wurde versucht, die Versorgung der städtischen Bevölkerung durch Beschlagnahmung der bäuerlichen Produktion zu sichern, was zu blutig niedergeschlagenen Bauernaufständen führte. Die Niederwerfung der Selbstorganisation der Arbeiterschaft fand in der militärischen Zerschlagung des Widerstands der streikenden Arbeiter und Soldaten von Kronstadt 1921 ihren vorläufigen Abschluss. Die »Arbeiteropposition«, in der sich auch die feministischsozialistische Revolutionärin Alexandra Kollontai organisierte, kritisierte innerhalb der bolschewistischen Partei die Verlagerung der Macht von den Arbeitern zu den bürokratischen Apparaten; die Gruppierung wurde 1922 verboten.

Nach dem Tod Lenins 1924 verfestigten sich diese Tendenzen zur geschlossenen Diktatur der kommunistischen Partei, die wiederum von einer hierarchischen Machtelite (Nomenklatura) beherrscht wurde. Mit den »Säuberungen« von 1926/27 wurden die Trotzkiisten aus der Sowjetunion ausgewiesen. Die Zwangskollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion ab 1930

»Genosse Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermessliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, dass er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen ... Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte ...«

W.I. Lenin (Brief an den Parteitag 1922/23)

sollte den forcierten Aufbau der Schwerindustrie ermöglichen und war von massenhaften Deportationen der ländlichen Bevölkerung begleitet. Die Auspressung der bäuerlichen Produktion führte 1932/33 zu einer katastrophalen Hungersnot. Aus Massenverhaftungen und Deportationen entwickelte sich das berüchtigte Lagersystem, das bei Stalins Tod 1953 2,75 Mio. Menschen umfasste, deren Zwangsarbeit als Grundlage der beschleunigten Industrialisierung dienen sollte.

1936–38 fanden in Moskau die »Schauprozesse« statt, bei denen führende Mitglieder der KP unter erpressten Selbstbezeichnungen verurteilt und in großer Zahl hingerichtet wurden. Der Alleinvertretungsanspruch der sowjetischen KP und ihrer Führungsgruppe wurde auch außerhalb der Sowjetunion mit allen Mitteln durchgesetzt. Die Kommunistische Internationale (Komintern) orientierte die kommunistischen Parteien aller Länder darauf, vorrangig die Interessen der Sowjetunion zu vertreten. Im Spanischen Bürgerkrieg 1936–39, wo die Volksfront und die mit ihr verbundene Massenbewegung gegen die faschistische Machtübernahme kämpfte, wurden linke Gruppierungen, die sich nicht der KP unterordneten, systematisch unterminiert. Die Orientierung der Kommunistischen Internationale auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung durch den Aufbau eigener »revolutionärer Gewerkschaften« (RGO) isolierte die Kommunisten innerhalb der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern.

In Österreich entwickelte Otto Bauer das Konzept eines »integralen Sozialismus«, der eine Brücke schlagen sollte zwischen dem westlichen »reformistischen Sozialismus« und der Sowjetunion und von ihr geführten kommunistischen Parteien. Die nach Bauers Auffassung in der Sowjetunion errichtete sozialistische Wirtschaftsordnung müsse durch Demokratisie-



Josef Stalin (1879–1953)

rung ergänzt und gleichzeitig müsse ein breites Bündnis gegen den Faschismus geschmiedet werden, das am Ende in einen demokratischen Sozialismus in Ost und West münden solle. Dabei konnte an die Politik der Österreichischen Sozialdemokraten im *Roten Wien* zwischen 1919 und 1934 angeknüpft werden. Sozialer Wohnungsbau, kostenlose Gesundheitsbetreuung, eine radikale Bildungsreform und eine neue Steuergesetzgebung, die die Reichen stärker belastete, waren Elemente einer deutlich linken Politik.

In der Sowjetunion war durch die »Kollektivierung« und Industrialisierung die ökonomische Grundlage eines Sozialismus geschaffen worden, dessen Grundzüge neben der Herrschaft der Partei und ihrer Führung eine zentralisierte Planwirtschaft (»Zentralverwaltungswirtschaft«, »Kommandowirtschaft«) und der geistige Alleinvertretungsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie waren. Die alte Arbeitsteilung zwischen Zwecksetzung und Ausführung erhielt eine bürokratisierte Form. Eine schnelle nachholende Industrialisierung ging einher mit der Errichtung eines totalitären Sicherheitsapparats, mit Massenrepressionen und Terror, die Millionen das Leben kosteten.

Mit dem Tod Stalins 1953 endete diese Phase des offenen Terrors. Berija, als Volkskommissar des Inneren sowohl für den Geheimdienst, als auch für das Lagersystem verantwortlich, wurde verhaftet und hingerichtet. Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 leitete die »Entstalinisierung« ein.

Das spanische Experiment 1936–1939

Vor allem in Spanien unternahmen Arbeiter im späten 19. Jahrhundert und in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Versuche, sich auf Basis von Gleichheit und Selbstverwaltung sowie größtmöglicher Dezentralisierung in den Betrieben und in Gewerkschaften (Syndikaten) zu organisieren. Während der Volksfrontregierung ab 1936 kam es zu einer breiten Bewegung der Vergesellschaftung von unten – in vielen Städten vor allem Kataloniens, aber auch auf den Dörfern. Teilweise wurde auch das Geld abgeschafft. Räte der Arbeiter und Bauern organisierten die Produktion und Verteilung. Grundprinzipien waren Arbeitersolidarität, direkte Aktion (anstelle der Delegation von Macht) und Arbeiterselbstverwaltung.

Die jüdische Kibbuz-Bewegung

Der erste Kibbuz wurde 1909 in Palästina, damals noch Teil des Osmanischen Reiches, gegründet. Zunächst waren es vor allem ländliche Kommunen. Grundprinzipien wurden das (1) Kollektiveigentum, (2) die Verteilung von Arbeit auf der Basis der internen Bedürfnisse des Kibbuz und unter Berücksichtigung individueller Neigungen und Wünsche, (3) die Erfüllung der früher durch Frauen erfüllten Aufgaben von Haushalt und Erziehung durch einen kollektiven Dienstleistungsbereich (einschließlich der gemeinsamen Erziehung der Kinder), (4) die Durchsetzung des Prinzips »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« (keine Entlohnung nach Leistung) sowie (5) kollektive Selbstverwaltung und die Wahl von Amtsträgern ohne materielle Vergünstigung und auf befristete Zeit (Austausch nach ein oder zwei Jahren).

Die Ausbreitung des Kommunismus

Der deutsche Nationalsozialismus und der internationale Faschismus wurden in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts zur entscheidenden Herausforderung menschlicher Zivilisation. Der Vernichtungskrieg gegen die Völker Osteuropas und der industriell betriebene Genozid am europäischen Judentum, den Roma und Sinti und anderen ließ zeitweilig alle anderen Differenzen international zurücktreten und warf zugleich die Frage auf, welche gesellschaftlichen Ursachen dafür bestanden. Selbst die CDU forderte 1947 in ihrem *Ahlener Programm* die unmittelbare Verstaatlichung der Kohleproduktion und stellte fest: »Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr als das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen

»Hier in Aragon war man unter Zehntausenden, hauptsächlich, aber nicht ausschließlich aus der Arbeiterklasse, die alle auf dem gleichen Niveau lebten in Gleichheit und miteinander umgingen ... In einem bestimmten Maße ist es richtig zu sagen, dass man den Vorgeschmack von Sozialismus hat ... Viele der normalen Motive eines zivilisierten Lebens – Snobismus, Geldgier, Angst vor dem Boss usw. – sind verschwunden.«

George Orwell über die von Anarchisten kontrollierte Stadt Aragon während des Spanischen Bürgerkriegs 1936

»Ja, ich glaube, man kann keine sozialistische Gruppe mit 400 Leuten haben. Wenn man in kleineren Gruppen lebt, kann man sich gegenseitig ganz anders kennen und schätzen lernen. Und ich habe gelernt, dass ein Beitrag zum Gruppenleben nicht nur in materiellem Nutzen bestehen muss. Es gibt auch andere Begabungen, die wichtig sind. Wenn jemand zum Beispiel schöne Bilder malt oder tolle Kleider entwirft oder so. Ich hätte gerne noch mehr Erfahrungen in meiner sozialistischen Gruppe gemacht. Wir waren damals 16 Jugendliche in einer WG und wollten einen alternativen sozialistischen Kibbuz gründen. Doch dann hat der Militärdienst uns alle zerstreut. Aber zwei kleinere neue Kibbuzim sind immerhin noch daraus entstanden und experimentieren weiter. Nur hinter dem Geld her rennen, wie die Entwicklung in »Gevim« jetzt läuft – das finde ich jedenfalls nicht gut.«

Avi Kozler, früheres Mitglied des Kibbuz »Gevim«

»Tatsächlich hat man heute nur die Wahl zwischen Faschismus und einer Ausdehnung der Demokratie aufs Ökonomische, wie der New Deal sie will, wie sie sich in England schon hergestellt hat, und wie die Kriegsökonomie sie vielleicht überall herstellen wird.«

Thomas Mann 1941

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«

Max Horkheimer 1939



Mao Zedong (1893–1976)

»Die Widersprüche zwischen uns und dem Feind sind antagonistische Widersprüche. Was die Widersprüche im Volk betrifft, sind die unter den Werktätigen nicht antagonistisch, während die Widersprüche zwischen den Klassen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter neben ihrem antagonistischen auch einen nichtantagonistischen Aspekt haben ... Probleme ideologischen Charakters oder Streitfragen, die im Volk entstehen, können nur mit der Methode der Demokratie, mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber durch Zwang- und Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden.«

Mao Zedong 1957

unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.« Was bei der CDU nur kurzfristig formuliert wurde, war für viele andere Kräfte in Deutschland, Europa und international eine dauerhafte Tatsache: Nach dem Sieg über den Faschismus müsse mit Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus auch der Kapitalismus überwunden werden.

Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion für den Sieg über den Hitlerfaschismus und das faschistische Bündnis von Deutschland, Italien und Japan im Zweiten Weltkrieg, ihre außerordentlich beachtlichen Erfolge bei der Überwindung von Rückständigkeit und imperialer Abhängigkeit, ihr Aufstieg zur Weltmacht, die die USA herausforderten, ließen die Sowjetunion nach 1945 zum Vorbild für sehr viele Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern sowie in den Kolonien werden. Viele antikoloniale Befreiungsbewegungen orientierten sich in bestimmtem Maße an der Sowjetunion, es kam zu einem Aufschwung der Kommunistischen Parteien insbesondere in Westeuropa, aber auch in Lateinamerika und Asien sowie Teilen Afrikas. Es wurde nach grundsätzlichen Alternativen zum Kapitalismus gesucht. Neben dem »Export« des sowjetischen Sozialismus vor allem in Osteuropa kam es u. a. in Jugoslawien, China, Vietnam und Kuba zu sehr eigenständigen sozialistischen Revolutionen.

Der chinesische Weg

Die Entwicklung des revolutionären China wiederholte viele Züge der sowjetischen Entwicklung. Nach dem Bürgerkrieg 1927–1949, der gleichzeitig ein Krieg gegen die ausländische Intervention war, setzte sich die Rote Armee schließlich durch. Bereits während des Bürgerkriegs hatte sie in den von ihr kontrollierten Gebieten eine Agrarreform durchgeführt, die häufig auch ein Vernichtungsfeldzug gegen Grundbesitzer und größere Bauern war. Die Beendigung des Bürgerkrieges und die Stabilität der Staatsmacht sowie Elemente zentraler Planung erwiesen sich anfänglich als ein effektives Entwicklungsmodell für das riesige Entwicklungsland China insbesondere in der Großindustrie. In den Händen einer demokratisch nicht kontrollierten Führung war die staatliche Entwicklungsplanung jedoch ein gefährliches und häufig katastrophales Instrument: Die Kollektivierung der Landwirtschaft und das Auspressen der landwirtschaftlichen Produktion für den Export, um Devisen für den beschleunigten Aufbau der Industrie zu gewinnen – der

sogenannte »Große Sprung« 1958 – mündeten in eine Hungersnot, an deren Folgen von 1959 bis 1961 zwischen 15 und 30 Millionen Menschen starben. Enteignungen, Arbeitslagern und dem Terror der Kulturrevolution fielen nach Schätzungen weitere 20 Mio. Menschen zum Opfer.

Die kommunistische Revolution in China widersprach noch stärker als die Russische Revolution der ursprünglichen Erwartung von Marx und Engels, der Sozialismus werde zuerst in den industriell am höchsten entwickelten Ländern erkämpft werden. In der Theorie Mao Zedongs, der als Vorsitzender der KP Chinas bis zu seinem Tod 1976 faktisch das Land regierte, spielte die Anerkennung von vielfältigen Widersprüchen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft (zwischen den noch bestehenden Klassen, aber auch zwischen Regierung und Volk, Bürokratisierung und Bewegung) eine zentrale Rolle. Da die Entscheidung über die Frage, ob ein konkreter Konflikt Ausdruck eines Widerspruchs »im Volk« oder »zwischen dem Volk und seinen Feinden« war, jedoch alleine bei der zentralen politischen Führung lag, wurde die Anerkennung von Widersprüchen nicht Grundlage einer Demokratisierung, sondern terroristischer Verfolgung.

Daraus entwickelte sich die für Mao typische Kampagnenpolitik, in der er öffentliche Kritik (wie in der Hundert-Blumen-Bewegung 1956–57) oder Aktionen gegen die Bürokratisierung von Partei und Gesellschaft (wie in der »Kulturrevolution« 1966–69) erst einforderte und als Waffe gegen innerparteiliche Gegner einsetzte, um sie dann wieder fallenzulassen und zu unterdrücken. Die Kulturrevolution übte durch ihr Versprechen einer »ständigen Revolution«, der Aufhebung der alten Arbeitsteilungen und der Befreiung der Volksmassen von bürokratischer Unterdrückung international großen Einfluss aus, war jedoch gleichzeitig ein fatales Beispiel dafür, wie sich durch Manipulation und Fanatismus gesellschaftliche Widersprüche als tödliche Waffe gegen Intellektuelle und vermeintlich »bürgerliche« Gruppen und Schichten einsetzen ließen. Erst nach Maos Tod 1976 und dem Sturz der seine Politik fortsetzenden »Vier-erbande« 1977 nahm der chinesische Kommunismus von diesem Prinzip des organisierten Bürgerkriegs Abstand, auch weil sich damit eine stabile ökonomische Entwicklung unter den Bedingungen der technologischen Revolution nicht erreichen ließ.

Kuba

Weltweit breitete sich der Sozialismus nach dem II. Weltkrieg aus bis zum Höhepunkt sozialistischer Staatenbildung Mitte der 70er Jahre. Die Revolution in Kuba 1959 hatte Vorbildcharakter für Bewegungen in ganz Lateinamerika. Der re-

volutionäre Sturz einer von den USA gestützten Militärdiktatur, der Anspruch, eine grundlegende Erneuerung des gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens durchzusetzen und einen »neuen Menschen« zu schaffen, der nicht mehr Egoismus und Profitgier verpflichtet ist, strahlten aus. Ein für ein Entwicklungsland vorbildliches Gesundheits- und Bildungssystem wurde geschaffen.

In Asien und Afrika verbanden sich viele Kräfte der antikolonialen Befreiung mit der Idee einer sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft. Dabei standen die ökonomische Entwicklung durch Staatseigentum und zentrale Planung, sowie die nationale Einigung der vielfach zersplitterten postkolonialen Gesellschaft durch eine einheitliche Ideologie im Vordergrund. Es gab starke Tendenzen eines progressiven Nationalismus.

Tansania – ein sozialistisches Entwicklungsmodell

In vielen Ländern entstanden Bewegungen, die die nationale Befreiung vom Kolonialismus mit sozialistischen Zielen verbinden wollten und dabei auch an vorkolonialen afrikanischen Traditionen anknüpften (*afrikanischer Sozialismus*). 1967 verkündete der Präsident von Tansania, Julius Kambarage Nyerere, in der *Deklaration von Arusha* ein sozialistisches Konzept der Entwicklung, dessen Kern die Verstaatlichung der Banken, eine umfassende Bildungsreform, der Übergang zu weitgehender Unabhängigkeit vom Weltmarkt und die Bildung von neuen Dorfgemeinschaften (Ujamaa) standen. Das Leben und Arbeiten sollte auf gegenseitiger Achtung, gemeinsamem Eigentum und der Verpflichtung zur Arbeit beruhen. Ein gewaltsames Vorgehen und zunehmende wirtschaftliche Ineffizienz brachten das Projekt zu Fall, während bleibende Erfolge im Bildungswesen erreicht wurden.

DDR

Der Bruch mit der kapitalistischen Eigentumsordnung ließ die DDR für viele Emigranten als das »bessere Deutschland« erscheinen. Die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge waren beträchtlich. Die DDR erreichte schon 1957 ein Produktionsvolumen, das doppelt so hoch war wie das, was auf ihrem Gebiet vor dem II. Weltkrieg erzeugt wurde. In der Chemieindustrie hatte sie die weltweit zweithöchste Produktionsrate, bis 1965 erreichte die Industrieproduktion etwa das Fünffache des Vorkriegsstandes. Das Lebensniveau stieg bis in die 1980er Jahre stetig an. Ein hohes Niveau der Bildung, Gesundheitsvorsorge wurde erreicht. Soziale Sicherheit und eine zunehmend bessere Grundversorgung (Wohnungen, Autos usw.) konnte erzielt werden. Zugleich nahm der Rückstand bei der Produktivitätsentwicklung gegenüber der Bun-

desrepublik und anderen westlichen Staaten seit den 1960er Jahren kontinuierlich zu.

Die Reformbewegung in Ostmittel- und Südosteuropa

Die Spaltung der Welt in eine kommunistische und eine kapitalistische Sphäre, die im Zeichen des »Kalten Krieges« miteinander koexistierten, lähmte in vielerlei Hinsicht die Entwicklung des Sozialismus und insbesondere die Weiterentwicklung des entscheidenden, aber spannungsreichen Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus. In Osteuropa, wo nach der sowjetischen Besetzung überall kommunistische Staaten entstanden, wurden alle Bemühungen um eine kreative und fortschrittliche Weiterentwicklung des Sozialismus letztlich unterdrückt.

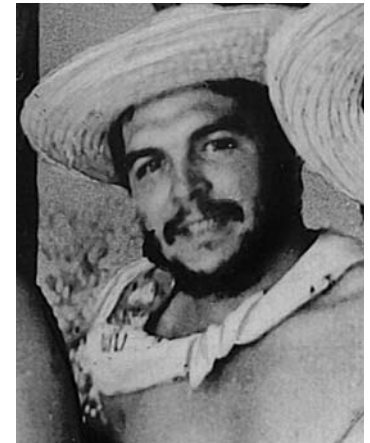
In Jugoslawien gelang es kommunistischen Kräften unter Führung von Josip Broz Tito, das Land 1944 eigenständig von der Okkupation durch die deutschen und italienischen Faschisten zu befreien. 1948 kam es zum Bruch mit der Sowjetunion, die unbedingte Gefolgschaft verlangte. Föderale Autonomie, Arbeiterselbstverwaltung und Blockfreiheit sollten den Weg in einen demokratischen und freien Sozialismus einleiten.

In Kritik der realen Verhältnisse auch in Jugoslawien entwickelte Milovan Djilas die Theorie, dass die Kontrolle der Produktionsmittel durch eine zentralisierte staatliche Bürokratie die Herausbildung und Herrschaft einer »neuen Klasse« begünstige. Da diese aber nur eine soziale Klasse sei und keine eigentliche ökonomische Funktion habe, werde sie zur Lähmung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung führen. Um diese Tendenz zu bekämpfen, seien Dezentralisierung, Demokratisierung und Arbeiterkontrolle in den Betrieben notwendig.

In Ungarn, Polen und der ČSSR fand seit Mitte der 50er Jahre eine Auseinandersetzung um eine veränderte Wirtschaftspolitik statt. In Abkehr von der Politik der beschleunigten Entwicklung der Schwerindustrie und des Exports wurde eine neue, implizit demokratischere Wirtschaftspolitik gefordert. Eckpunkte waren eine stärkere Betonung der Leichtgüter- und Konsumindustrie, eine stärkere Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, und die höhere Akzeptanz von Eigeninitiative und partiellen Privateigentums insbesondere in der landwirtschaftlichen Produktion. Der tschechische Ökonom Ota Šik forderte die Abkehr von der zentralen Lenkungswirtschaft zugunsten einer Planwirtschaft, die nicht durch direkte Intervention, sondern mit ökonomischen Mitteln steuere, und deren Rahmenpläne nicht durch die zentrale politische Führung, sondern im Rahmen kollektiver demokratischer Prozesse entwickelt würden. Damit würden marktför-

»Dem Hirngespinnst nachjagend, man könne den Sozialismus mit den morschen Waffen verwirklichen, welche der Kapitalismus uns vererbt (die Ware als ökonomische Zelle, die Rentabilität, das individuelle materielle Interesse als Hebelkraft usw.), kann man sich leicht in einer Sackgasse verfangen ... Um den Kommunismus aufzubauen, müssen wir mit der materiellen Basis zugleich den neuen Menschen schaffen.

Ernesto Che Guevara 1965



Ernesto Che Guevara

»Im Kampf gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

- Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.
- Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rátesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften. Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.«

Heidelberger Programm der SPD von 1925

»Meine Zweifel an der Richtigkeit des kommunistischen Weges zu einer humaneren Gesellschaft und die allmählich auftauchende Erkenntnis der Unmenschlichkeit des Systems wurden zur niederschlagenden Gewissheit; Chruschtschows historische Rede zu einem solchen Schock, dass meine bisherige politische Tätigkeit allen Sinn für mich verloren hatte ... Ich stand vor der Wahl, entweder die Reihen der Partei zu verlassen oder den Versuch zu unternehmen, durch eine langfristige, geduldige und zielbewusste Tätigkeit zur Systemänderung beizutragen. Mit ein paar der nächsten, ebenso denkenden Freunde entschieden wir uns für das Letztgenannte.«

*Ota Šik
(Führer der Wirtschaftsreformer in der Tschechoslowakei 1968)*

»Mir scheint, Iljitsch [Lenin] hatte verstanden, dass eine Wende vom Bewegungskrieg, der 1917 im Osten erfolgreich war, zum Stellungskrieg, als dem im Westen einzig möglichen nötig war, wo die Armeen auf engem Raum unbegrenzte Mengen von Munition aufhäufen, wo die gesellschaftlichen Strukturen von selbst noch im Stande waren, zu wohlausgerüsteten Schützengräben zu werden.«

Antonio Gramsci

mige Regulierungsweisen (freie Preisbildung, betriebliche Entscheidungsfreiheit, Gewinnbeteiligung der Beschäftigten) eingesetzt und gleichzeitig durch die Rahmenordnung kontrolliert (keine Privatisierung von Produktionsmitteln, Festsetzung zentraler Faktorpreise, Leitplanken für die Höhe der Gewinnbeteiligung, staatliches Kreditwesen, Arbeiterkontrolle in den Betrieben). Diese Theorie beeinflusste maßgeblich den wirtschaftlichen Teil des »Aktionsprogramms«, das von der tschechischen KP auf dem Höhepunkt des »Prager Frühlings« verkündet wurde.

Der »Prager Frühling« war das prominenteste Beispiel einer von außen unterdrückten Weiterentwicklung des Sozialismus in den Industriestaaten. Neben den Fragen der Demokratie und der Wirtschaftsreform stand auch das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum, zwischen Einzelem und Kollektiv im Mittelpunkt der kritischen Weiterentwicklung. Nicht zufällig hatte die Kafka-Konferenz von Liblice 1964 eine enorme Ausstrahlung auf die Reformbewegung in Osteuropa. Entfremdung war zum zentralen Thema der sozialistischen Weiterentwicklung geworden, als Ausdruck fehlender Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit und unzureichender schöpferischer Kontrolle über die eigenen Lebensumstände.

West- und Südeuropa

Der Nationalsozialismus, Faschismus und der durch ihn ausgelöste II. Weltkrieg und Völkermord an den europäischen Juden, Roma und Sinti und vielen slawischen Völkern hatten den Kapitalismus selbst in den Augen großer Teile der Bevölkerung delegitimiert. Der Verbindung von hemmungslosem Profitinteresse und unkontrollierter totalitärer Macht sollte jede Grundlage entzogen werden, damit es zu keiner Wiederholung dieser beispiellosen Verbrechen kommen könne. Die Überwindung der Vormacht kapitalistischer Banken und Konzerne und die Demokratisierung der Wirtschaft standen auf der Tagesordnung.

Im kapitalistischen Teil Europas vollzog sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Anpassung der sozialistischen Bewegung und der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien an die gesellschaftliche Rahmenordnung. Unter dem Druck der neuen Kräfteverhältnisse, des Systemwettbewerbs und der Erfahrungen der Zeit vor 1945 waren auch führende Kräfte im Westen bereit, eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus zu akzeptieren und für sich zu nutzen.

Für die Entwicklung der Sozialdemokratie stand dabei die Abgrenzung zum sowjetischen Weg und die Orientierung auf politische Mehrheitsfähigkeit im westlichen Kapitalismus im Vordergrund. Die Bestimmung des programma-



Antonio Gramsci (1891–1937)

tischen Leitbilds »demokratischer Sozialismus« gestaltete sich vorwiegend negativ: der demokratische Sozialismus behauptete »keine letzten Wahrheiten« (Godesberger Programm der SPD 1959), er orientiere nicht auf eine Staatswirtschaft, er sei nicht weltanschaulich gebunden und strebe nicht die Abschaffung des bestehenden politischen Ordnungssystems an. Aus den Reihen der Jungsozialisten, die sich in den 60er Jahren zunehmend radikalisierten, wurde mit Recht kritisiert: »Eine Theorie des demokratischen Sozialismus der modernen Sozialdemokratie gibt es nicht, und die SPD tut nicht viel dazu, dass es sie in absehbarer Zeit geben wird.« (Norbert Gansel)

Während in Westdeutschland die KPD 1956 verboten wurde und kommunistische Organisationen erst ab 1968 wieder eine Rolle spielten, etablierte sich die Kommunistische Partei Italiens zur stärksten kommunistischen Partei Westeuropas, die mit 1,8 Mio. Mitgliedern annähernd doppelt so viele Mitglieder zählte wie die SPD in Deutschland. Sie konnte dabei an die Strategien eines populären, eigenständigen und in der Gesellschaft verwurzelten Kommunismus anknüpfen, die bereits in der Zwischenkriegszeit von Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti entwickelt worden waren. Gramsci hatte herausgearbeitet, dass unter den Bedingungen einer entwickelten bürgerlichen Gesellschaft wie der europäischen der Sozialismus nicht vorrangig durch einen Staatsstreich und die diktatorische Neuordnung von oben erreicht werden könne, sondern durch den Kampf um gesellschaftliche Hegemonie: die schrittweise Übernahme der Führungsrolle in der Gesellschaft. Dazu müsse die kommunistische Bewegung in alle

FRAGEN UND LITERATUR

Das frühe 20. Jahrhundert war vor allem durch die Auseinandersetzung mit Weltkriegen, Faschismus, Kolonialismus geprägt. Erstmals wurde über längere Zeit versucht, Auswege aus dem Kapitalismus zu finden. Es wurden folgende Grundfragen artikuliert:

(1) Wie kann sich ein Sozialismus herausbilden, der im Wettbewerb mit dem Kapitalismus bestehen kann? (2) Wie können Sozialismus, Demokratie und politische und soziale Menschenrechte vereinbart werden? (3) Wie können Unterentwicklung und koloniale Abhängigkeit am Besten überwunden werden? (4) Welche Wege hin zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen auf der Basis neuer Produktions- und Lebensweisen gibt es, bei der die alte Arbeitsteilung aufgehoben wird?

Vgl. dazu u.a.: (W. I. Lenin: Staat und Revolution (http://www.mlwerke.de/le/le25/le25_393.htm); Ders.: Über das Genossenschaftswesen (http://www.mlwerke.de/le/le33/le33_453.htm); Josef W. Stalin: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Schlussfolgerungen (<http://www.stalinwerke.de/geschichte/geschichte-070.html>); Otto Bauer: Integraler Sozialismus (http://www.otto-bauer.net/bauer_integraler_sozialismus.html); Mao Zedong: Worte des Vorsitzenden. Sozialismus und Kommunismus; Egbert Scheunemann: Ota Šiks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie auf fünf Seiten, Hamburg 2007 (<http://www.egbert-scheunemann.de/Ota-Siks-Humane-Wirtschaftsdemokratie-auf-5-Seiten.pdf>); Arbeiterselbstverwaltung (in Jugoslawien (<http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterselbstverwaltung>); Domenico Losurdo: Scheitern – Verrat – Lernprozess. Drei Ansätze zur Interpretation der Geschichte der kommunistischen Bewegung (<http://www.linksnet.de/artikel.php?id=865>); Kibbuz (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kibbuzim>); für den afrikanischen Sozialismus: Ujamaa (<http://de.wikipedia.org/wiki/Ujamaa>); Ernesto Che Guevara:

Der Sozialismus und der Mensch auf Cuba (http://www.marxists.org/deutsch/archiv/guevara/a_s_dsudmac.html); Stefan Sjöberg: Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/186/186sjoeberg.pdf); Thomas Meyer (unter Mitarbeit von Nicole Breyer): Die Zukunft der sozialen Demokratie. Friedrich-Ebert-Stiftung 2005 (<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/04150.pdf>)

- Manual Ascarate: Die europäische Linke, Wien 1986.
- Stéphane Courtois u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus, München 1998.
- Frank Deppe: Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme, Hamburg 2006.
- Milovan Djilas: Die neue Klasse, München 1958.

Organisationsstrukturen und Institutionen der bestehenden Gesellschaft hineinwachsen und in ihrer Umdeutung und Umorientierung von Alltagspraxen und Alltagsdenken an der Basis der Gesellschaft die »kulturelle Hegemonie« erringen. Togliatti führte die KPI bereits in den 30er Jahren in eine Aktionseinheit mit Sozialdemokraten und Sozialisten gegen die faschistische Herrschaft und stand der Partei auch nach dem Krieg von 1947 bis 1964 als Generalsekretär vor. Wie die SPD in Deutschland, anerkannte auch die KPI den politischen Pluralismus und die italienische Verfassung.

Das Volksheim der schwedischen Sozialdemokratie

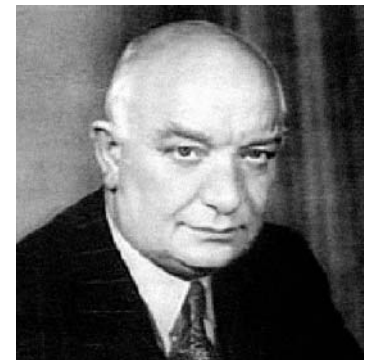
Die sozialdemokratischen Parteien setzten sich vor allem für eine Demokratisierung der Gesellschaft, die Verwirklichung sozialer Grundrechte durch einen starken Sozial- und Wohlfahrtsstaat, den Ausbau des öffentlichen Sektors und die staatliche Regulierung der kapitalistisch dominierten Wirtschaft ein. Insbesondere in Schweden fand dieses Modell seine Verwirklichung. Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem II. Weltkrieg schuf die ökonomische Grundlage

für diese Politik. Die soziale und demokratische Zähmung des Kapitalismus schien erfolgreich. Darüber hinausgehende Schritte der Sozialisierung wurden entweder aufgegeben oder nur inkonsequent vertreten.

Unter Führung von Per Albin Hansson begann die schwedische Sozialdemokratie insbesondere unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise (1928 bis 1933) ein umfassendes Reformkonzept zu verwirklichen. Ziel war die Errichtung eines »Volksheims« – einer klassenlosen Gesellschaft: »Das Fundament des Heims ist Gemeinsamkeit und Einverständnis. Im guten Heim gibt es keine Privilegierten oder Benachteiligten, keine Hätschelkinder und keine Stiefkinder. Dort sieht nicht der eine auf den anderen herab, dort versucht keiner, sich auf Kosten des anderen Vorteile zu verschaffen und der Starke unterdrückt nicht den Schwachen und plündert ihn aus. Im guten Heim herrschen Gleichheit, Fürsorglichkeit, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft. Auf das Volks- und Mitarbeiterheim angewandt würde das den Abbau aller sozialen und ökonomischen Schranken bedeuten, die nun die Bürger in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Abhängige,

Die Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit gehörte zum Standardrepertoire des sozialistischen Feminismus. Sie wurde jedoch als unterschiedlich drängend empfunden, und ihre Verwirklichung traf auf starke Widerstände. Für Lily Braun stellte sie eine Tagesaufgabe dar, die bereits unter kapitalistischen Bedingungen unmittelbar anzugehen war. Die Vereinzelung der Frau in der Hausarbeit müsse überwunden, die Frau durch moderne Organisationsformen von der Doppelbelastung entlastet werden. In den Arbeitersiedlungen, die im »Roten Wien« der 20er Jahre gebaut wurden, wurden teilweise versucht, solche Ansätze baulich vorwegzunehmen. »An Stelle der 50–60 Küchen, in denen eine gleiche Zahl der Frauen zu wirtschaften pflegt, tritt eine im Erdgeschoß befindliche Zentralküche, die mit allen modernen arbeitsparenden Maschinen ausgestattet ist.«

(Lily Braun)



Per Albin Hansson (1885–1946)

»Ein wirklich konsequenter Libertärer muss das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Lohnsklaverei ablehnen, da sie inkompatibel sind mit dem Prinzip, dass Arbeit frei und unter Kontrolle der Produzenten ausgeübt werden muss.«

Noam Chomsky



Rosa Parks, 1964

1. Freiheit und Selbstbestimmung,
2. Beschäftigung,
3. ein Ende der Ausbeutung,
4. menschenwürdige Wohnungen,
5. ein reformiertes Bildungssystem,
6. die Freistellung vom Militärdienst,
7. ein Ende der willkürlichen Polizeigewalt,
8. die Freilassung aller schwarzen Gefangenen wegen Benachteiligung während der Verhandlungen,
9. faire Gerichtsprozesse vor schwarzen Geschworenen und durch schwarze Ankläger sowie
10. einen Volksentscheid unter der schwarzen Bevölkerung über deren nationales Schicksal.

Das Zehn-Punkte-Programm der Black Panther Party

in Reiche und Arme, in Begüterte und Verarmte, in Ausplünderer und Ausgeplünderte teilen.«

Sozialpartnerschaft, Vollbeschäftigung, die Integration von Frauen in das Berufsleben waren zentrale Projekte des »schwedischen Modells«. Durch »soziale Ingenieurkunst« sollten die Bedingungen einer harmonischen Gesellschaft geschaffen werden. Dazu gehörten auch verbreitete Zwangssterilisation und eine übermäßige Anwendung von Zwangspflege für Kinder.



2.3. Von der Neuen Linken bis 1975

In den 1960er Jahren begann weltweit ein Aufschwung von sozialen Bewegungen und linken Organisationen, der in den Ereignissen des Jahres 1968 kulminierte und einen neuen Zyklus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen auslöste. Die Ursachen waren vielfältig. Die soziale und ökonomische Entwicklung seit 1945 führte in zunehmende Widersprüche. Die Dynamik der innergesellschaftlichen Entwicklung, die sich in den Neuen Sozialen Bewegungen ebenso ausdrückte wie im verstärkten Anspruch der Gewerkschaften auf Partizipation der Beschäftigten am wirtschaftlichen Aufschwung, konnte nicht mit den bisherigen Formen bürgerlichparlamentarischer Politik gefasst und ausgedrückt werden.

Die Ansprüche einer jüngeren Generation, die unter den Bedingungen des Friedens und der Restauration aufgewachsen war, prallten auf den Konservatismus der bestehenden Gesellschaft. Die Nachkriegsgesellschaft hatte sich nicht ernsthaft und konsequent mit der eigenen faschistischen Vergangenheit auseinandergesetzt – stattdessen wirkten viele Personen, Denkweisen und kulturelle Auffassungen aus dem Faschismus in ihr weiter. Die Nachkriegsgesellschaft akzeptierte in den Augen der Jüngeren die weltweite Verbreitung von Armut und Elend durch das bestehende Wirtschafts- und Ordnungssystem ebenso wie die skrupellosen Kriege, mit denen die europäischen Staaten und die USA gegen die antikoloniale Emanzipation in der Dritten Welt voringen.

Mit den Aufständen und Bewegungen der 1960er Jahre erledigte sich auch jedweder Monopolanspruch der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien auf radikale Systemkritik und politische Utopie. Der Aufbruch der neuen Bewegungen war begleitet von einer intensiven Aneignung von sozialistischer Theorie und Geschichte. Die »Neue Linke«, wie das Konglomerat von Bewegungen, Organisationen und Akteuren 1960

Das Projekt der »sozialen Demokratie« verblieb letztlich in den Strukturen einer Gesellschaft, die durch die Dominanz der Kapitalverwertung geprägt ist. Die Eindämmung der Profitdominanz konnte nicht auf Dauer gestellt werden, sobald sich die Kräfteverhältnisse veränderten. Es entstanden keine prinzipiell neuen Eigentums- und Machtverhältnisse, die die erneute Entfesselung des Kapitalismus, beginnend in den späten 1970er Jahren hätten verhindern können.

erstmalig von dem US-amerikanischen Soziologen C. Wright Mills genannt wurde, grenzte sich sowohl vom westlichen Kapitalismus als auch vom östlichen Staatssozialismus ab (dem »Sozialismus ohne Sowjets«, wie Rudi Dutschke die Sowjetunion bezeichnete). Dadurch gerieten systematisch jene Ansätze und Traditionslinien in den Blick, die seit 1917 versucht hatten, sich in einer solchen doppelten Abgrenzung zu definieren: die Kritik von Rosa Luxemburg an der sowjetischen Bürokratisierung der Revolution und am Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie; in Deutschland z. B. die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP, in der u. a. Willy Brandt Mitglied war) und die KPD-O (Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition, aus der z. B. Wolfgang Abendroth kam), die rätekommunistischen und linkssozialistischen Tendenzen. Unterdrückte Traditionen des sozialistischen Feminismus von Alexandra Kollontai, Clara Zetkin und Lily Braun wurden wiederentdeckt.

Die Neue Linke ist ein Sammelbegriff, der sich nicht präzise eingrenzen lässt. Die 1960er Jahre brachten auch eine kulturelle Emanzipationsbewegung und ein neues antibürgerliches Selbstverständnis und Selbstbewusstsein hervor, und sie waren insbesondere durch die Emanzipationsbewegung der Frauen und die schwarze Emanzipationsbewegung geprägt. All diese Tendenzen gehören nicht zur Neuen Linken im engeren Sinne und standen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu ihr; sie überschritten sich jedoch auch mit ihr sie beeinflussten sich gegenseitig stark.

USA

Am 1. Dezember 1955 weigerte sich Rosa Parks, die als Sekretärin für die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) arbeitete, von ihrem Platz im Bus aufzustehen, den der Fahrer für die weißen Fahrgäste reklamierte. Sie wurde verhaftet und gab damit den Anstoß zum Busboykott in Montgomery, der schließlich zum Ende der Rassentrennung



in öffentlichen Verkehrsmitteln führte. Die Boykottbewegung politisierte auch den jungen Martin Luther King, der neben Malcolm X zu einer der Symbolfiguren der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den 60ern wurde. An den Universitäten bildeten sich das Student Non-Violent Coordinating Committee (SNCC) und die DuBois-Clubs, in denen sich schwarze und weiße Studierende gemeinsam organisierten, und schließlich die Students for a Democratic Society (SDS).

Die Studentenbewegung protestierte gegen Rassentrennung, den Boykott gegen das revolutionäre Kuba, die Ermordung schwarzer Demonstranten in Südafrika (Sharpeville 1960) und die Ermordung des kongolesischen Revolutionsführers Patrice Lumumba (1961). 1965 organisierte der SDS einen Marsch von 25.000 Demonstranten nach Washington, um gegen den Krieg der USA in Vietnam zu protestieren. Studenten verbrannten öffentlich ihre Einberufungsbefehle. Die schwarze Bewegung radikalisierte sich. Die ersten Black-Power-Konferenzen fanden statt. In Kalifornien gründeten Huey Newton und Bobby Seale die Black Panther Party for Self Defense, zu der auch Stokely Carmichael und Eldridge Cleaver (»Soul on Ice«) gehörten. Die »Panthers« organisierten die schwarzen



»Nachbarschaften«, bewaffneten sich (was in Kalifornien legal war) und forderten in ihrem 10-Punkte-Programm Arbeit, Wohnungen, Bildung und ein Ende der Polizeigewalt gegen Schwarze. 1967 und 1968

(nach der Ermordung von Martin Luther King) kam es in mehreren Großstädten zu Aufständen der schwarzen Viertel. Die Aufstände wurden unter Einsatz der Nationalgarde niedergeschlagen, es kam zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Auf der Olympiade in Mexico City 1968 demonstrierten die beiden US-amerikanischen schwarzen Sportler Tommie Smith und John Carlos mit erhobener Faust für Black Power.

Die Black Panther Party verstand sich als revolutionäre Organisation, die dem Maoismus nahe stand. Der Maoismus wurde generell zu einem wichtigen Bezugspunkt für die Wiederbelebung marxistischer Theorie und sozialistischer Programmatik. Er wurde als Theorie der internationalen Befreiung verstanden, in der das Bündnis gefordert wurde zwischen den antikolonialen Befreiungskämpfen und jungen Nationen der Dritten Welt, und den Befreiungskämpfen der Schwarzen und anderen ethnischen Minderheiten in den kapitalistischen Industrienationen. Viele kulturelle Aktivisten waren in den 60er Jahren vom Maoismus beeinflusst, etwa der schwar-

ze Jazzmusiker Archie Shepp (»Sweet Mao«), der 1967 auf der ersten Konferenz der Organisation Lateinamerikanischer Solidarität (OLAS) in Havanna auftrat. Der Maoismus erschien der Neuen Linken als kreativer Marxismus, der den Sozialismus aus einer einengenden Bindung an eine soziologisch eng verstandene Arbeiterklasse herausführte und für die Realität der weltweiten antikapitalistischen Bewegungen öffnete.

Mit der Veröffentlichung von Betty Friedans Buch »Der Weiblichkeitswahn« (1960) trat die feministische Bewegung in eine neue Phase (zweite Frauenbewegung oder »second wave«). Nach der Integration von Frauen in den Produktionsprozess während der Kriegsjahre waren die 50er Jahre von einem patriarchalen Rollback geprägt, gegen den sich die zweite Frauenbewegung wandte und ein Ende der Geschlechterdiskriminierung forderte. 1964 erklärte der Civil Rights Act jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz (nach Rasse, Geschlecht, Religion oder nationaler Herkunft) für illegal. Vor allem an den Universitäten war in den 1960ern die Forderung nach »affirmative action«, also gezielten Aktivitäten zur Erhöhung des Anteils von Frauen und von Nicht-Weißen an den akademisch Beschäftigten, extrem populär und führte zu wirksamen Programmen, für die ab 1965 gezielt Gelder bereitgestellt wurden.

Viele Aktivisten und Aktivistinnen der Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung waren SozialistInnen, etwa die prominente Feministin Kate Millett (»Sexus und Herrschaft«). Die bekanntesten literarischen Schilderungen sozialistischer Utopien in den 70ern stammen von feministischen Autorinnen wie Ursula LeGuin (»Planet der Habenichtse«), Joanna Russ und Marge Piercy. Die Neue Linke führte auch zu einer Wiederbelebung des Marxismus in der Wissenschaft, der sich in der Gründung marxistisch orientierter Zeitschriften (New Left Review, Monthly Review) niederschlug. Von großem Einfluss war das 1966 von Paul Baran und Paul Sweezy veröffentlichte Werk »Monopoly Capital«.

Dritte Welt und die Ausbreitung von »1968«

Die Formierung der »Dritten Welt« als politischer Faktor kam zuerst mit der Afro-Asiatischen Konferenz von Bandung (1955) zum Ausdruck, auf die 1961 die erste Konferenz der Blockfreien Staaten in Belgrad folgte. Ägypten, Indien und Jugoslawien waren Protagonisten der Blockfreien-Bewegung, die sich um eine eigenständige, souveräne Entwicklung der neuen Nationen bemühte und die Unterordnung unter die Großmächte USA und UdSSR ablehnte. Elemente sozialistischer Politik, etwa Nationalisierungen zur Kontrolle der einheimischen Rohstoffe und wirtschaftspolitische Entwicklungspläne, kamen in vielen Dritte-Welt-Ländern zum Einsatz. Der Begriff »Dritte Welt«, der 1952 von dem franzö-

»Die patriarchale Familie ist ökonomisch und historisch an das Privateigentum gebunden und, im westlichen Kapitalismus, an die Entwicklung des Nationalstaats. Die maskuline Ideologie sieht das Heim und das Heimatland als primäre Werte an und Reichtum und Macht als wichtigste Ziele des Individuums. Dieselbe Oberklasse von Männern, die das Privateigentum geschaffen und die Nationalstaaten gegründet hat, schuf auch die Familie.«

Roxanne Dunbar

»Die Konferenz erklärt übereinstimmend,

- (a) dass Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen ein Übel ist, das schnellstmöglich beendet werden muss,
- (b) dass die Unterjochung von Völkern unter Fremdherrschaft und Ausbeutung eine Absage an die grundlegenden Menschenrechte darstellt, im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen steht und der Förderung von Weltfrieden und Kooperation im Wege steht ...«

Aus dem Schlusskommunique der Konferenz in Bandung 1955

»Die Durchbrechung der Spielregeln der herrschenden kapitalistischen Ordnung führt nur dann zur manifesten Entlarvung des Systems als »Diktatur der Gewalt«, wenn wir zentrale Nervenpunkte des Systems in mannigfaltiger Form (von gewaltlosen offenen Demonstrationen bis zu konspirativen Aktionsformen) angreifen (Parlament, Steuerämter, Gerichtsgebäude, Manipulationszentren wie Springer-Hochhaus oder SFB, Amerika-Haus, Botschaften der unterdrückten Nationen, Armeezentren, Polizeistationen u. a. m.).«

Rudi Dutschke 1967

»Es gibt in ideologischer Form bereits Ansätze zu dieser Veränderung, nämlich die Gegenbilder und Gegenwerte, mit denen die Neue Linke dem kapitalistischen Universum widerspricht. Die Bekundung eines nicht an Konkurrenz orientierten Verhaltens, die Ablehnung grobschlächtiger ›Virilität‹, das Entlarven der kapitalistischen Arbeitsproduktivität, die Bejahung der Sensibilität und Sinnlichkeit des Körpers, der ökologische Protest, die Verachtung falschen Heldentums der Weltraumeroberungen und Kolonialkriege, die Emanzipationsbewegung der Frauen (soweit sie unter einer befreiten Frau nicht nur eine versteht, die an den repressiven Zügen männlicher Vorrechte teilhat), die Ablehnung des antierotischen, puritanischen Kults steriler Schönheit und Gepflegtheit – alle diese Tendenzen tragen zum Abbau des Leistungsprinzips bei.«

Herbert Marcuse 1971



»Entscheidend für die Festlegung der ›Mindestschwelle der Vergesellschaftung‹ ist, dass der gesellschaftliche Sektor der Wirtschaft eine eindeutige ökonomische Überlegenheit erhält, und dass seine Stärke ausreicht, die kapitalistische Konkurrenz zu durchbrechen.«

Herforder Thesen
»Zur Arbeit von Marxisten in der SPD« von 1980

(Gefordert wird die Vergesellschaftung der gesamten Großindustrie, Großbanken und der großen Medienkonzerne sowie von Grund und Bodens in den Ballungsgebieten.)

sischen Publizisten Alfred Sauvy geprägt wurde, war eine Anspielung auf den »Dritten Stand« der Französischen Revolution. In ihm drückte sich der Anspruch auf antikoloniale Befreiung, kulturelles Selbstbewusstsein und selbstbestimmte Entwicklung der Länder des Südens aus.

Die Amerikanisierung des Vietnam-Krieges 1963–1969 wurde entsprechend als Krieg der USA gegen diese Ansprüche der Dritten Welt verstanden. Der Vietnam-Krieg war in vielerlei Hinsicht paradigmatisch für Befreiungskämpfe der Dritten Welt, etwa in der konsequenten Anwendung des Guerilla-Krieges als Strategie asymmetrischer Kriegsführung, oder in der organisatorischen Ausrufung einer »Nationalen Befreiungsfront« unter Einschluss unterschiedlicher politischer Kräfte. Vor allem aber trug die Kriegsführung der USA in Vietnam massiv zur Delegitimierung des kapitalistischen Systems in den 1960er Jahren bei. Die moralische Empörung der Welt, aber auch vieler Amerikaner, wurde genährt durch Massaker wie in My Lai (1968) oder die Strategie der wahllosen Luftangriffe (der amerikanische General Curtis LeMay hatte gedroht, »Vietnam in die Steinzeit zurück zu bomben«).

Die unterschiedlichen Bewegungen für Emanzipation und Widerstand tauschten sich aus und produzierten einen Zyklus sozialer, politischer, kultureller und militärischer Kämpfe, der sich 1968 verdichtete. In Mexiko kam es zu Aufständen der Studierenden. Studentenunruhen in Paris weiteten sich aus und verbanden sich mit einem Generalstreik der Arbeiterschaft, der das Land für Tage lahmlegte (»Pariser Mai«). In der Tschechoslowakei versprach der »Prager Frühling« Reformen und Selbstbestimmung. In Deutschland beschleunigten die Demonstrationen gegen den Besuch des persischen Schahs am 2. Juni 1967, bei denen der Student Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen wurde, die weitere Radikalisierung.

Die »68er-Bewegung«, die in enger Verbindung mit der Neuen Linken steht, fand überall in Konfrontation mit den überkommenen politischen Formen und Organisationen statt. In Deutschland, wo seit 1966 die Große Koalition regierte, wurde von der »Außerparlamentarischen Opposition« (APO) gesprochen. In den USA fand 1968 der Kongress der Demokratischen Partei hinter Stacheldraht statt, um ihn vor den Demonstranten zu schützen. Gleichzeitig war die Neue Linke auch Teil eines Reformprozesses politischer Institutionen und Organisationen, eines Reformprozesses, der auch innerhalb bestehender Parteien und politischer Systeme stattfand. Diese Spannung fand auch in der Theoriebildung ihren Ausdruck.

Die Theorie der Neuen Linken

In Theorie und Praxis der Neuen Linken standen sich ein »orthodoxer« und ein »antiautori-

tärer« Flügel gegenüber, zwischen denen es allerdings viele Mischformen gab. Der orthodoxe Flügel bemühte sich um ein Fortschreiben der politisch-ökonomischen Kritik des Kapitalismus, betonte die Bedeutung von verbindlicher Organisation und institutioneller Politik, hielt an der besonderen Bedeutung der Sowjetunion für eine internationale antikapitalistische Strategie fest und griff aus der sowjetischen Theorieentwicklung die Ideen der friedlichen Koexistenz der Systeme und des demokratischen Übergangs zum Sozialismus auf. Der antiautoritäre Flügel betonte den Bruch mit den bestehenden Formen der Politik und die Rolle der Spontaneität; er stützte sich auf die kulturelle, ja existenzielle Dimension des Protests und sympathisierte mit der chinesischen Idee einer »Kulturrevolution«; er kritisierte die Annäherung der beiden gesellschaftlichen Großsysteme in ihren hierarchischkonservativen Strukturen und ihrer Bürokratisierung der Macht.

Für den orthodoxen Flügel wurde die vor allem in der DDR entwickelte Theorie des »Staatsmonopolistischen Kapitalismus« (Stamokap) maßgeblich. In der aktuellen Phase des Kapitalismus spielten Konzentrationsprozesse und Monopole eine zunehmend zentrale Rolle, wobei die kapitalistischen Monopole immer stärker auf korrespondierende staatliche Politiken und Strukturen angewiesen sind; Monopole, Staat und Finanzkapital durchdringen einander in den »Staatsmonopolistischen Komplexen« (z. B. dem militärisch-industriellen Komplex), in denen jenseits von Wettbewerb und Markt die großen, langfristigen Produktionsprojekte geplant und durchgesetzt werden. In der zunehmend aktiv regulierenden Funktion des Staates und der faktisch bereits eintretenden Planung liegen Potenziale für eine sozialistische Aufhebung des Kapitalismus, während in der politischen Auseinandersetzung das Bündnis aller »antimonopolistischen Schichten« betrieben wird, unter Einschluss kleiner und mittlerer Kapitale und aller, die in ihren Interessen von den dominierenden Monopolen betroffen sind. Der Stamokap war theoretisches Rüstzeug der neu gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und wurde auch breit innerhalb der Jungsozialisten rezipiert. 1972 verabschiedeten die Juso-Landesverbände Hamburg und Berlin entsprechende Strategiepapiere, 1977 wurde der Stamokap-Anhänger Klaus-Uwe Benneter Juso-Vorsitzender (und von der SPD daraufhin ausgeschlossen und von Gerhard Schröder als Juso-Vorsitzender abgelöst). Auch die »Herforder Thesen«, »Zur Arbeit von Marxisten in der SPD«, waren vom Stamokap beeinflusst.

Für den antiautoritären Flügel wurden die Theorien Herbert Marcuses wichtig. Marcuse betonte die strukturelle Parallelität von Macht, Unterdrückung, Triebverzicht, Ritualisierung und Entfrem-

derung im sowjetische und im westlichen Gesellschaftssystem (»Der eindimensionale Mensch«). Vieles, was der orthodoxe Flügel guthieß als Zivilisierung und Verregelung des Kapitalismus, als Rationalisierung und Moderne, wurde vom antiautoritären Flügel als verinnerlichte Unterdrückung verworfen, als »repressive Toleranz« und Ausschluss von Alternativen. Marcuse integrierte die Psychoanalyse in die Theorie der Befreiung und wies der Studentenbewegung eine herausragende Rolle zu aufgrund ihrer Nicht-Integrierbarkeit und ihres kulturevolutionären Anspruchs. Während der orthodoxe Flügel weit in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften reichte, inspirierte der antiautoritäre Flügel die kritische Umwälzung konkreter Gesellschaftsbereiche und sozialer Praktiken, z.B. in der Sozialarbeit, der Pädagogik, dem Gesundheitswesen. Von großem Einfluss war die »AntiPsychiatrie« des italienischen Psychiaters Franco Basaglia, der unter dem Schlagwort »Freiheit heilt« die Auflösung der geschlossenen Anstalten in Italien durchsetzte. In der SPD waren die Begriffe »demokratischer Sozialismus« und »soziale Demokratie« praktisch austauschbar geworden, »Demokratisierung der Gesellschaft« war die wesentliche Losung der Regierungen Brandt. Jusos und SPDLinke versuchten die Reformpraxis der SPD mit einer sozialistischen Perspektive zusammen zu bringen in der Formel »systemüberwindende Reformen«. Reformpolitik als Teil einer sozialistischen Strategie müsse zu »antika-

pitalistischen Strukturreformen« vorangetrieben werden, durch die sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und ökonomische Funktionslogiken in wichtigen Teilbereichen der Gesellschaft substanziell veränderten. Durchgesetzt werden könnten solche systemüberwindenden Reformen nur in einer »Doppelstrategie« von institutioneller Politik (in Parlamenten und Parteien) und von Bewegungspolitik (in Bewegungen und auf der Straße). Die SPD beschloss 1970 die Entwicklung eines »Langzeitprogramms«, mit dem die langfristige Strategie eines demokratischen Sozialismus und die konkreten Übergangprojekte beschrieben werden sollten. Dieses »Langzeitprogramm«, 1975 unter dem Titel »Orientierungsrahmen 85« beschlossen, danach jedoch nicht weiterentwickelt.

Konkrete demokratischsozialistische Reformen

In den frühen 70er Jahren galt der demokratische Sozialismus als eine möglicherweise unmittelbar bevorstehende Gesellschaftsalternative. Der Sieg der Unidad Popular unter Salvador Allende in Chile 1970 und die »Nelkenrevolution« der sozialistischen Militärs in Portugal 1974 unterstützten diese Auffassung.

In vielen europäischen Ländern entwickelte die Linke programmatische Konzepte, die sich als Ansätze »systemüberwindender Reformen« lesen ließen, und setzte sie phasenweise auch durch. In Schweden wurde mit den »Arbeit-

»Die Formulierung kurzfristiger, pragmatischer Reformvorschläge in der Regierungserklärung der SPD-FDP-Koalition wird anerkannt. Die Reformen dürfen jedoch nicht systemerhaltend, sondern müssen systemverändernd sein.« – »Fernziel einer in ihrem inhaltlichen Kern sozialistischen Reformpolitik muss die totale Überwindung des Zustandes sein, der reformiert wird (systemsprengende Reform).« – »Sozialistisch orientierte Bildungspolitik muss auf Grund ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung darauf ausgerichtet sein, systemüberwindend zu wirken. Sie muss sich klar absetzen von einem systemausbessernden Reformismus. Hat sozialistische Politik im Spätkapitalismus zum Ziel, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse grundlegend zu ändern, so sind konkrete Reformvorschläge daran zu messen, ob sie geeignet sind, die bestehenden Machtpositionen zu erobern, um sie der demokratischen Bestimmung jener zu unterwerfen, die von der Machtausübung betroffen sind.«

Aus den Beschlüssen des Münchner Kongresses der Jungsozialisten, Dezember 1969

KONFLIKTE UND LITERATUR

Die Revolten und kulturellen Revolutionen von 1968 rückten neue Fragen und Konflikte in den Blick. (1) Wer war/waren das/die Subjekte der Revolution: die neuen sozialen Bewegungen, die Frauen, die studentische Bewegung, die schwarzen und antikolonialen Befreiungsbewegungen? Oder bestand die Schwäche der Aufstände von 1968 gerade im fehlenden Bündnis mit der klassischen Arbeiterklasse? (2) Wie war die Organisationsfrage zu beantworten? Ging es um die Gründung neuer revolutionärer Parteien, oder sollten die sozialistischen Kräfte sich als Teil der reformistischen Parteien der Arbeiterbewegung organisieren? War die Partei als Organisationsform überhaupt noch aktuell? (3) Sollten sozialistische Kräfte sich, bei aller Kritik, auf das »sozialistische Lager« um die Sowjetunion orientieren, oder konnte sozialistische Organisation nach 1968 nur in klarer Abgrenzung von Staatssozialismus und Einparteiendiktatur erfolgen? (4) Welche Strategie konnten sozialistische Kräfte angesichts der Fähigkeit des Kapitalismus zur Reform und zur Hegemonie einschlagen? Welche Bedeutung hatte die »Manipulation« der Bevölkerung durch Medien und organisierte Öffentlichkeit? Welche »systemüberwindenden« Reformen waren denkbar und anzustreben?

- Ann Anders (Hrsg.): Autonome Frauen. Schlüsseltexte der neuen Frauenbewegung, Frankfurt/Main 1988.
- Autonome Frauenredaktion (Hrsg.): Frauenbewegungen in der Welt. Band 1: Westeuropa, Hamburg 1988.
- Ben Fowles: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Mainz 1994.
- Norbert Gansel (Hrsg.): Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten? Reinbek 1971.
- Paul Jacobs und Saul Landau: Die Neue Linke in den USA. Analyse und Dokumentation, München 1969.
- Ota Šik: Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1963.
- Predrag Vranicki: Geschichte des Marxismus, Band 2, Frankfurt/Main 1974.



Salvador Allende (1908–1973)

»Mit dem Militärputsch wurde Chile zum ersten Experimentierfeld des Neoliberalismus. Mittels brutalem Terror und massiver Verletzung der Menschenrechte zerstörten die Militärs nahezu alle demokratischen Instanzen und schufen so die Bedingungen zu einer massiven Umstrukturierung. Gemäß Ideen Friedrich von Hayeks, Milton Friedmans und den sogenannten »Chicago Boys« wurde ab 1975 ein neoliberales Projekt durchgeführt. Das chilenische Beispiel ist von neoliberalen Ökonomen und PolitikerInnen zum »Modell« für ganz Lateinamerika erklärt worden – ein Modell, dessen Elemente wie Deregulierung, Flexibilisierung, Verschlinkung des Staates und Hegemonie der Marktlogik heute weltweit zu finden sind.«

Indymedia, 8.9.2003

nehmerfonds« eine Form der Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensgewinnen konzeptionalisiert und im Regierungsprogramm der Arbeiterpartei beschlossen, mit der eine Sozialisierung großer Konzerne nicht durch Enteignung, sondern durch schrittweise wachsenden Anteil und schließlich Übermacht, erreicht würde. In Großbritannien setzte die Labour-Regierung Heath einen Nationalen Wirtschaftsplan durch, mit dem Schlüsselbereiche der Wirtschaft einer staatlichen Zielplanung unterworfen wurden. In Deutschland wurde die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen größeren Betrieben eingeführt. In Italien sorgte die »scala mobile« für eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate und veränderte dadurch die Kräfteverhältnisse zwischen den Tarifparteien maßgeblich.

Alle diese »strukturellen Reformen« zielten auf eine Art demokratischen Marktsozialismus ab, in dem Markt und privates Kapital nicht abgeschaft, aber gesellschaftlicher Kontrolle und Mitbestimmung unterworfen und in staatliche Gesamtplanung integriert sind. Hier bestand durchaus eine Konvergenz mit den Vorstellungen der Reformkräfte in Osteuropa, die von der anderen Seite her die Überführung des erstarrten planwirtschaftlichen Staatssozialismus in einen demokratisch geführten, Eigeninitiative und Mitbestimmung bejahenden Marktsozialismus propagierten.

»1975 forderte der Kongress der Gewerkschaften (LO) die Schaffung von gewerkschaftseigenen »Arbeitnehmerfonds« aus Gewinnen der stärksten Unternehmen, um den abhängig Beschäftigten durch allmählichen Eigentumserwerb an produktivem Kapital nach und nach mehr Macht zu geben, um die Wirtschaftspolitik generell und um ihre alltäglichen Lebensbedingungen vor allem als Produzenten beeinflussen zu können. Einer der Väter dieses strategischen Modells, der Gewerkschaftsökonom Rudolf Meidner, begründete seinen Vorschlag so: »Wir wollen die Kapitaleigner ihrer Macht berauben, die sie eben Kraft ihres Eigentums ausüben. Alle Erfahrungen zeigen, dass es nicht ausreicht mit Einfluss und Kontrolle. Eigentum spielt eine entscheidende Rolle ... Allein Funktionssozialismus [d. h. ein Sozialismus, der in Funktionen von Eigentum eingreift], reicht ... nicht aus, eine durchgreifende Gesellschaftsveränderung zu erreichen.« Dieser Vorschlag schlug wie eine Bombe ein. In einer liberalen Tageszeitung war von einer »Revolution in Schweden« zu lesen. Die herrschenden Kräfte des Großkapitals bliesen nun von allen Seiten zum Angriff auf das Modell in seiner Gesamtheit.«

Edeltraut Felfe,
Die Linkspartei in Schweden

2.4. Vom Sieg des Neoliberalismus bis heute

Die Revolte der späten 60er hatte die Kräfteverhältnisse weltweit verschoben und den Bestrebungen für einen demokratischen Sozialismus Auftrieb gegeben. In den frühen 70er Jahren sprach vieles dafür, dass sich die Reformen in den kapitalistischen Ländern mittelfristig zu einer sozialen und demokratischen Transformation verstetigen würden und dass es auch in den staatssozialistischen Ländern auf lange Sicht keine Alternative zu demokratischen und partizipativsozialistischen Reformen geben würde. Die Nelkenrevolution in Portugal (1974), mit der der Übergang zum Sozialismus als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wurde, das Ende des Franco-Regimes in Spanien (1975) und der Militärdiktatur in Griechenland (1973), der Aufstieg der eurokommunistischen PCI, die sich vom Führungsanspruch der KPdSU distanzierte und einen demokratischen Weg zum Sozialismus proklamierte, schienen diese Erwartungen zu bestätigen.

Die Bewegung für eine demokratisch-Sozialistische Transformation kam jedoch bereits ab der Mitte der 1970er Jahre schrittweise zum Erliegen und wurde vom Aufschwung des Neo-

liberalismus abgelöst, der eine alternative Transformation anbot und sich in anderer Weise die globalen Veränderungen von Produktion und Lebensweise zu Nutze machte. Eine Reihe von Einschnitten machte dies deutlich. In Westeuropa schwächten sich die Reformbewegungen ab. Die Rücktritte von Brandt in Deutschland (1974) und Wilson in Großbritannien (1976), die Wahlniederlage der schwedischen SAP (1976), das Scheitern der italienischen PCI beim Versuch, stärkste Partei zu werden und die erste kommunistische Regierungsbeteiligung in Westeuropa zu erzwingen (1976): All dies waren Symptome dafür, dass die Reformbewegung ihren Höhepunkt überschritten hatte. Mit der »Charta 77« (ČSSR 1977) löste sich die Reformbewegung in den osteuropäischen Ländern allmählich von ihrer reformsozialistischen Orientierung und veränderte sich – auch angesichts der staatlichen Repression – zu einer Menschen- und Bürgerrechtsbewegung, die weltanschaulich eher neutral war und die demokratisch-kapitalistische Transformation der 1990er Jahre letztlich als kleineres Übel begrüßte.

Der Verlust der Hegemonie

Die Gründe dafür, dass die demokratisch-sozialistische Reformbewegung die gesellschaftliche Hegemonie an den Neoliberalismus verlor, waren vielfältig und sind immer noch umstritten. Auf dem Feld der Ökonomie gelang es dem demokratischen Sozialismus nicht, eine überzeugende Vision zu entwickeln, wie der Umbruch in der Produktivkraftentwicklung für eine solidarische und emanzipative Gesellschaft genutzt werden könnte. Die staatssozialistischen Regierungen, aber auch die sozialistischen Reformkräfte im Westen, taten sich schwer damit, sich die revolutionären Neuerungen der Informations- und Kommunikationstechnologien, der verwissenschaftlichten Produktion, der Logistik und Automation, anzueignen. Die Globalisierung der Produktions- und Lebensweise und die Demontage der fordistischen Produktionsweise, vom Neoliberalismus mit hohem und skrupellosem Einsatz betrieben, wurden von der Linken eher mit Widerstand und Skepsis aufgenommen. Während die staatssozialistischen Länder in der Phase nach dem II. Weltkrieg ein hohes Entwicklungstempo und eine große ökonomische Dynamik aufwiesen, fielen sie ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend hinter die Produktivität und dem Entwicklungstempo der kapitalistischen Länder zurück.

In einigen Fällen wurde die demokratisch-sozialistische Reform militärisch gestoppt. Der Putsch in Chile am 9. September 1973, der mit Unterstützung der CIA die demokratisch gewählte sozialistische Regierung Salvador Allendes zu Fall brachte, hatte für die Bewegung weltweit traumatischen Charakter. Fast überall in Lateinamerika übernahmen Militärdiktaturen die Macht und verfolgten die linke Bewegung mit Inhaftierung, Folter, Mord und Verschleppung. Das Wettrüsten zwischen den Großmächten, das nach der Phase der Entspannung (mit dem Höhepunkt der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975) wieder einsetzte, trug durch die enormen militärischen Ausgaben maßgeblich dazu bei, die Ökonomie der Warschauer-Pakt-Staaten zu ruinieren und ökonomische Potenziale zu blockieren, die sonst für eine zivile und soziale Entwicklung zur Verfügung gestanden hätten.

Eine mögliche Hegemonie der demokratisch-sozialistischen Kräfte über den weltweiten Transformationsprozess hätte auch erfordert, den schnellen gesellschaftlichen Veränderungen eine positive Vision abzurufen. Dies geschah jedoch nicht. Die Individualisierung, das Ende der alten Arbeitsgesellschaft, die Auflösung klassischer Milieus und Organisationsformen, die postmaterialistischen Bedürfnisse nach Gestaltung und Selbstbestimmung, die Aufhebung der traditionellen Nationalgesellschaft durch Migration und innere Ausdifferenzierung bestimmten den gesellschaftlichen Wandel. Während der

Neoliberalismus diese Tendenzen begrüßte und in seine Konzepte von Deregulierung, Entsolidarisierung und Privatisierung einband, versuchten die demokratisch-sozialistischen Kräfte häufig, diese Tendenzen abzuwehren, anstatt sie in progressive Konzepte von Emanzipation, individueller Aneignung und vertiefter Demokratisierung aufzuheben.

Dies galt auch für die kulturellen Umbrüche. Im Aufschwung der Massenmedien und der populären Kultur, dem Siegeszug schwarzer und generell nicht-weißer kultureller Produktivität, dem Erstarken einer globalisierten Jugendkultur, der neuen interaktiven und pluralen Medien, ging die bisherige Dominanz bürgerlicher Kultur zu Ende. Auch hier war es der Neoliberalismus, der sich zum Sprachrohr einer Demontage des gesellschaftlichen Establishments machte und die Linke in die konservative Rolle als Verteidiger der »alten Werte« drängte.

Schließlich zerbrach auch die Allianz der Neuen Linken mit den kulturellen und sozialen Emanzipationsbewegungen der Frauen, der Schwarzen und Nicht-Weißen, der Lesben und Schwulen. Auf der Bundeskonferenz des SDS 1968 bewarf der »Aktionsrat zur Befreiung der Frau« das Männerpodium mit Tomaten, nachdem die Genossen sich weigerten, über feministische Forderungen und das Patriarchat in der eigenen Organisation zu diskutieren. In Italien rückten neue feministische Gruppen von den linken Organisationszusammenhängen ab, wie DEMAU (Demistificazione dell' autorità patriarcale) oder Rivolta Femile (»Wir pfeifen auf Hegel«). Die Verweigerung der linken Männer, sich auf die Frauenbefreiung einzulassen und eigene Privilegien in Frage zu stellen, trieb einen Riss zwischen Linke und Feminismus, der auch später nie wirklich verheilte und überall zu einer anhaltenden Abwendung vieler progressiver Frauen von linken Organisationen führte (»Liebe Genossen, wir verlassen euch«, so der Titel eines 1976 in »Il Manifesto« veröffentlichten »Abschiedsbriefes«).

Zu den neuen Fragen, auf die es Antworten zu finden galt, gehörte die Ökologie. Mit der Ölkrise 1973 wurde die Abhängigkeit des fordistischen Entwicklungsweges von endlichen Rohstoffen, insbesondere den fossilen Brennstoffen, schlagartig gesellschaftlich bewusst. Die zerstörerischen Folgen des herrschenden Modells industrieller Gesellschaft zeigten sich in Umweltzerstörung, Vergiftung von, großindustriellen Katastrophen wie den Chemieunfällen von Seveso (1976) und Bhopal (1984) oder dem atomaren Super-GAU in Tschernobyl (1986). Die agrartechnologischen Reformen großen Stils, die seit den 1960er Jahren unter dem Schlagwort der »Grünen Revolution« in Indien, Lateinamerika und Persien (»weiße Revolution«) betrieben wurden, waren in ihren

»Es gibt zwei ungleiche Haltungen, die wir gegenüber Feministinnen unterschiedlicher Schattierung einnehmen können. Wir können uns zu dem vortasten, was wir gemeinsam haben müssten, z.B. den Wunsch eine Gesellschaft herzustellen, die frei von Frauenunterdrückung und ökologischen Zerstörungen ist, und uns dazu entschließen, dass wir einen Dialog wertvoll fänden. Dies schließt eine scharfe und pointierte Debatte und klare Meldungen bei Punkten, wo wir der Auffassung sind, dass die anderen sich irren, nicht aus. Oder wir können uns zu dem vortasten, was wir an Uneinigkeiten haben müssten, und feststellen, dass die anderen die Frauenbewegung in eine Sackgasse führen und einen kompromisslosen Kampf gegen sie starten. Ich bin der Auffassung, wir sollten die erstgenannte Haltung einnehmen. Im heutigen Norwegen sind es nicht viele Menschen, die sich selbst als Kommunisten, Sozialisten oder Revolutionäre bezeichnen. Aber es gibt viele Menschen, die zutiefst beunruhigt sind über die Art und Weise, wie der Kapitalismus sich entwickelt, und die einen Bedarf an grundlegenden Veränderungen sehen. Der Widerstand gegen die Mitgliedschaft Norwegens in der EU entsprang u.a. dieser Unruhe. M. E. sollten wir uns an der Debatte beteiligen und den Leuten dort begegnen, wo sie sich befinden.«

Kjersti Ericsson, Norwegen

»Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen ... Die Kommunistische Partei tritt unbeirrbar dafür ein, dass das Volk alles weiß. Offenheit, Kritik und Selbstkritik, Kontrolle durch die Massen – das sind die Garantien für eine gesunde Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft ... Das Volk braucht die ganze Wahrheit. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Position Lenins erinnern, die in einem Brief an die ›Iskra‹-Redaktion dargelegt wurde: (...) ›Mehr Licht! Die Partei soll alles wissen!«

*Michail Gorbatschow,
28. Januar 1987*



Michail Gorbatschow

»Ich und alle anderen, die an diesem Ort arbeiteten, wussten, dass jeder, der dort hin kam, psychologisch zerstört und durch ständige Arbeit eliminiert werden musste und keinen Ausweg bekommen durfte. Keine Antwort konnte den Tod verhindern. Niemand, der zu uns kam, hatte eine Chance, sich zu retten... Pol Pot, der Bruder Nummer eins, sagte, man solle immer misstrauisch sein, etwas fürchten. Und so kamen die üblichen Anordnungen: Vernehmt sie noch einmal und vernehmt sie besser... Wir sahen überall Feinde, Feinde, Feinde«.

Der Leiter des Folterlagers Tuol Sleng (S 21), Kaing Guek Eav, in einem Interview

sozialen und ökologischen Konsequenzen zumindest zwiespältig. Hier gelang es den sozialistischen Kräften lange Zeit nicht, sich von ihrer Bindung an das fordistische Fortschrittsmodell und dessen Naivität gegenüber großindustrieller Produktion und linearer Steuerung zu lösen und eine zeitgemäße, vorwärtsweisende Kritik der kapitalistischen und der staatssozialistischen politischen Ökologie zu entwickeln.

Glasnost und Perestroika

Nach dem Sturz von Nikita Chruschtschow 1964 kam in der Sowjetunion Leonid Breschnew an die Macht. Breschnew, dessen Regierungszeit rückblickend auch als »Das Goldene Zeitalter der Stagnation« (Viktor Kozlow) bezeichnet wurde, wurde zum Symbol der Verweigerung gegenüber notwendigen Veränderungen. Seine Regierungszeit begann mit dem sowjetischen Einmarsch in Prag 1968 zur Niederschlagung des »Prager Frühlings«, nachträglich legitimiert durch die »Breschnew-Doktrin« von der »eingeschränkten Souveränität sozialistischer Staaten«. Obwohl er seit 1974 zunehmend unter Arterienverkalkung litt, blieb er bis zu seinem Tod 1982 Generalsekretär der KPdSU und machte das Politbüro zu einem Gremium, mit dessen Altersdurchschnitt nur noch der Vatikan konkurrieren konnte, wie Ernest Mandel süffisant feststellte. Reformverweigerung und die Fixierung auf militärische Lösungen brachten die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Länder in zunehmende Isolation und Rückschrittlichkeit. Der fatale Einmarsch in Afghanistan 1979 markierte den Tiefpunkt dieser Entwicklung.

Nach dem eher reformerisch orientierten Juri Andropow und dem konservativen Konstantin Tschernenko, die beide nur äußerst kurz Generalsekretär der KPdSU waren, setzten sich die Reformer im Politbüro durch und wählten 1985 Michael Gorbatschow zum neuen Generalsekretär. Gorbatschow und die mit ihm verbundenen Akteure analysierten schonungslos die Krise der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft und leiteten unter den Stichworten Glasnost und Perestroika einen Transformationsprozess ein, der die Sowjetunion aus ihrer Erstarrung und Reformunfähigkeit herausführen sollte. Die Perestroika (Umgestaltung) knüpfte in vielem an die osteuropäischen Reformbestrebungen der 60er Jahre an. Das Gesetz über Staatsunternehmen (1987) führte eine stärkere Eigenverantwortung der Betriebe und die wirtschaftliche Rechnungsführung ein. Die Betriebe konnten nicht durch Staatsaufträge belegte Produktionskapazitäten frei verwenden und die so produzierten Güter auf dem Markt verkaufen; an die Stelle zentraler Wirtschaftspläne für den einzelnen Betrieb sollten Selbstverantwortung und die Kontrolle durch gewählte Arbeiterkollektive treten. Die Novelle des Gesetzes

über Genossenschaften (1988) ließ Privatunternehmen zu, allerdings zunächst unter strengen Auflagen und Erschwernissen. Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde schrittweise aufgegeben. Zur Behebung des Kapitalmangels und zur Förderung des Technologietransfers wurden durch das Joint-Venture-Gesetz (1987) ausländische Kapitalbeteiligungen zugelassen, die zunächst auf Minderheitsbeteiligungen beschränkt wurden, dann aber auch auf Mehrheitsbeteiligungen ausgeweitet wurden. Der Zerfall der administrativen und finanziellen Wirtschaftssteuerung führte relativ schnell in eine tiefe Krise.

Die wirtschaftspolitische Reform wurde verbunden mit der politischen Reform. Glasnost bedeutete Freiheit der öffentlichen Debatte, Aufhebung der Zensur und die gezielte Ermunterung von Kritik und Basisbeteiligung. Zum höchsten Regierungsorgan wurde der teils aus frei gewählten, teils aus von den kommunistischen Organisationen delegierten Mitgliedern bestehende. Demokratisierung und Glasnost, die Erneuerung der Parteikader durch freie Kandidatenaufstellung und Wahlen und die Förderung einer kritischen Öffentlichkeit sollten den Reformprozess unumkehrbar machen und die Beharrungskräfte in der Partei- und Wirtschaftsbükratie überwinden.

Gorbatschow selbst sah die Perestroika als Versuch der Demokratisierung des Sozialismus. In der nur sechs Jahre dauernden Reformära konnten die wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst werden; die Versorgungslage blieb schlecht, die ökonomische Innovationsfähigkeit kam nicht wirklich voran. Unter dem Druck globaler Konkurrenz nahm der Reformprozess teilweise neoliberale Züge an: Senkung der Subventionen auf Lebensmittel, Preiserhöhungen, Reduzierung öffentlicher Dienstleistungen, Schließung unrentabler Betriebe und Inflation führten zu Verarmungsprozessen und riefen Streiks, Unruhen und Jugendrevolten hervor. Sowohl in der breiten Bevölkerung als auch in der Intelligenz hatten viele den Sozialismus bereits abgeschrieben, während andere die Pseudo-Sicherheit des autoritären Staatssozialismus nostalgisch glorifizierten. Nach dem gescheiterten Putsch 1991, als eine Gruppe von Offizieren Gorbatschow verhaftete und die Demokratieprozesse stoppen wollte, setzten sich die Eliten der nationalen Sowjetrepubliken als neue Machtzentren durch. Der russische Präsident Jelzin verbot die KPdSU und leitete den Übergang zum Kapitalismus ein.

International war die Perestroika von enormer Wirkung. Sie wurde aufgegriffen als spektakulärer Versuch einer Erneuerung des Sozialismus im Zeichen von Demokratie, Freiheit und globaler Kooperation (»Neues Denken«). Das zentrale Versprechen, die Werktätigen und

die Bevölkerung durch die Reform zum »Herrn im eigenen Haus« zu machen und eine sozialistische Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft einzuführen, konnte jedoch weder in der Sowjetunion noch in den anderen sowjetisch orientierten Ländern verwirklicht werden. Die Frage, ob die Reformen langfristig Erfolg haben würden und ob eine Transformation möglich wäre, die nicht in die Wiedereinführung des Kapitalismus münden würde, sondern tatsächlich in ein neuartiges, demokratisch-sozialistisch verfasstes Gesellschaftssystem, konnten in der kurzen Lebenszeit der Reformära nicht geklärt werden. Auch blieb das angestrebte gesellschaftliche und ökonomische System vage und widersprüchlich.

Glasnost und Perestroika markierten für die Entwicklung des demokratischen Sozialismus eine unhinterschreitbare Linie, wonach eine Trennung von sozialem Fortschritt und Freiheitsrechten, oder eine Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie, Auseinandersetzung und Kritik im Namen von politischer Effizienz, nie wieder hinnehmbar sein können. Eine Politik die versucht, das Volk oder die Partei durch Bevormundung vor sich selbst zu schützen, kann nicht sozialistisch genannt werden: das bleibt das weltweite Vermächtnis der sowjetischen Reformperiode.

Leitbildwechsel in der Dritten Welt

In den Entwicklungsländern verlor der Sozialismus in den 1970er und 1980er Jahren den Charakter des Leitbilds für eine eigenständige postkoloniale Entwicklung, den er in den 1950er und 1960er Jahren noch inne hatte. Nach der Unabhängigkeit leitete in vielen Ländern Afrikas eine Generation von Politikern, die auch die Dekolonisierung durchgesetzt hatten, im Zeichen eines »afrikanischen Sozialismus« relativ erfolgreich die Modernisierung des Bildungswesens, die nationale Kontrolle über Bodenschätze und Schlüsselindustrien und eine vom Staat vorangetriebene industrielle und agrarische Wachstumspolitik ein. Zu dieser Generation zählten etwa Kenneth Kaunda in Sambia und Kwame Nkrumah in Ghana. Im weiteren Verlauf setzten sich jedoch vermehrt Diktatur, Korruption und eine Politik der eigenen Bereicherung durch, die sich die Einnahmen der Exportwirtschaft auf Kosten der breiten Bevölkerung aneignete. Sozialistische Diktatoren wie Mengistu in Äthiopien (1977–1991), Idi Amin in Uganda (1971–1979) oder Mobutu in Kongo/Zaire (1962–1977) wurden berüchtigt für Menschenrechtsverletzungen, Terror und durch falsche Politik verschuldete Hungerkatastrophen.

Eines der furchtbarsten im Namen des Sozialismus errichteten Regime war die Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha (1975–1979). Die Roten Khmer unter Pol Pot proklamierten ei-

nen »Agrarsozialismus«, vertrieben die gesamte Stadtbevölkerung, isolierten das Land radikal von der übrigen Welt und brachten mindestens 1,5 Mio. Menschen auf brutalste Weise um, bis ihr Terrorregime von der Armee des wiedervereinigten Vietnam beendet wurde. Die internationale Linke ignorierte lange die Berichte über das Grauen in Kambodscha und bezeichnete sie als imperialistische Propaganda.

In der Folge verloren sozialistische Kräfte in Afrika und Asien jegliche Hegemonie. An ihre Stelle traten in Schwarzafrika Bürgerrechts- und Demokratisierungsbewegungen, die häufig für kapitalistische und liberale Reformen eintraten und die Ansprüche eines erstarkenden postkolonialen Bürgertums artikulierten. In Asien waren viele der postkolonialen Staaten zunächst durch eine starke Stellung der Staatswirtschaft gekennzeichnet, die sich im Staatseigentum an der Infrastruktur und an Teilen der Schlüsselindustrien ebenso ausdrückte wie in einer zentralen Wirtschaftsplanung, während gleichzeitig Privatwirtschaft und kapitalistische Märkte existierten. Dieser Typus, zu dem auch Indien, die größte asiatische Volkswirtschaft neben China, gehörte, erwies sich als funktional für den Aufbau der nationalen Industrie. Obwohl dieser Typus seit den 80er Jahren mehr und mehr durch Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung transformiert wurde, blieb das Spannungsfeld zwischen staatlicher Intervention und Rahmenstrategie und privatkapitalistischer Akkumulation eine spezifische Eigenheit der Globalisierungsstrategien vieler asiatischer Staaten, auch der prosperierenden »Tigerstaaten«.

Im nordafrikanischen, arabischen und asiatischen Raum trug der Bankrott sozialistischer und nationalistischer Bewegungen und Regime zum Aufstieg des fundamentalistischen Islamismus als neuer Volksbewegung bei, in der sich die soziale Frage und die Enttäuschung über das westliche Entwicklungsmodell mit dem konservativen Führungsanspruch autoritärer nationaler Eliten und patriarchaler Herrschaftsgruppen verband. So setzten sich nach der persischen Revolution 1979 die islamistischen Kräfte rasch gegen weltliche und linke Kräfte durch und versuchten, den Iran in einen fundamentalistischen Gottesstaat zu verwandeln. Die Militärregierungen, die unter dem Schlagwort des »arabischen Sozialismus« an die Macht gekommen waren, öffneten sich immer weiter islamistischen Einflüssen.

Eine Sonderrolle spielte die Linke in Südafrika. Nach der Unabhängigkeit des Landes hielt sich in Südafrika eine weiße Elite durch die Politik der offenen Rassendiskriminierung (Apartheid) an der Macht, die erst in einem 50 Jahre dauernden Kampf zu Fall gebracht wurde. Der Hauptträger des Widerstands, der African National Congress (ANC), verstand sich seit seiner

»Beim Sozialismus geht es nicht um große Konzepte und schwere Theorie. Beim Sozialismus geht es um ein bescheidenes Dach für jene, die obdachlos sind. Es geht um Wasser für jene, die keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser haben. Es geht um Gesundheitsfürsorge, um ein Leben in Würde für die Alten. Es geht darum, die riesige Kluft zwischen Stadt und Land zu überwinden. Es geht um Bildung für alle unsere Bürgerinnen und Bürger. Beim Sozialismus geht es darum, die Tyrannei der Märkte zurückzudrängen.«

*Chris Hani,
Generalsekretär der KP Südafrika,
ermordet 1993*

»Man kann dem Volk alles erklären, allerdings unter der Voraussetzung, dass man wirklich will, dass es versteht.«

*Frantz Fanon:
Die Verdammten dieser Erde (1961)*

»Warum muss man erst töten und sterben, damit Ramona hierherkommen kann und Ihr ihr zuhört? Warum mussten Laura, Ana, María, Irma, Elisa, Silvia und so viele indische Frauen erst eine Waffe in die Hand nehmen und Soldatinnen werden, statt Ärztinnen zu werden? Oder Wissenschaftlerinnen, Ingenieurinnen, Lehrerinnen? Warum mussten die sterben, die gestorben sind? Warum muss man töten und sterben? Was ist in diesem Land los?«

*Subcommandante Marcos:
Beweist uns, dass es anders geht,
Rede vor Journalisten, 1994*

Barbara Walters: Der Präsident Bush war in Lateinamerika um zu versuchen, die Demokratie, den Kapitalismus, zu bewerben, und Sie hoffen, den Sozialismus zu verbreiten. Was glauben Sie, wer gewinnt?

Präsident Chávez: Ich glaube, die neue Ära gewinnt, denn ich glaube nicht, dass der Zusammenstoß zwischen Demokratie und Sozialismus stattfindet. Unser Sozialismus ist Demokratie. Ich glaube, dass das, was hier zusammenstößt, eine alte Form von Demokratie der Eliten ist, Demokratie ohne Volk, gegenüber einer vollen Demokratie des Volkes, in der Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und soziale Entwicklung der Männer und der Frauen aufgebaut werden. Gleichheit, Freiheit, das ist Demokratie und das ist auch Sozialismus. Der Sozialismus steht nicht im Widerspruch zur Demokratie, nein, das eine ist ein Teil des anderen, der Sozialismus ist demokratisch, die Demokratie ist sozialistisch.

*Hugo Chávez
in einem Interview, 2007*



Hugo Chávez

Gründung 1955 als Organisation in der Tradition der nationalen Befreiung und bekannte sich in seiner Gründungscharta (der Freedom Charta) zur Verstaatlichung der Bodenschätze und der Schlüsselindustrien, zur Landreform, zum Recht auf Arbeit und zum kostenlosen öffentlichen Bildungswesen. Der ANC war eng verbunden mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), die sich konsequent für ein Ende der Apartheid einsetzte, und mit dem Gewerkschaftsbund COSATU. Die SACP beeinflusste die Strategie des Anti-Apartheid-Kampfes stark. Zu seinen bekanntesten Vertretern gehörten die Theoretikerin Ruth First, die im britischen Exil für die internationale Solidaritätsarbeit tätig war, und Chris Hani, der den militärischen Arm des ANC mit aufbaute und als Generalsekretär der SACP einer der populärsten Politiker Südafrikas wurde. Beide wurden ermordet.

Im Verlauf des Kampfes gegen das Apartheid-Regime entwickelte eine Gruppe um Steve Biko und Mamphela Ramphele die Black Consciousness Movement (BCM). In der Tradition von schwarzen Aktivisten und Theoretikern wie Frantz Fanon und Aimé Césaire betonte die BCM die psychosoziale Totalität der rassistischen Unterdrückung und die Notwendigkeit, durch kulturelle Emanzipation, lokale Selbstorganisation (community work) und positive Umwertung (»black is beautiful«) aus dem Zirkel von Unterdrückung und Selbstmarginalisierung auszubrechen. Das BCM hatte großen internationalen Einfluss und gehörte zu den Wegbereitern der Organisation in den Townships, die mit dem Aufstand in Soweto 1976 das Regime herausforderte.

Ab 1985 war das Apartheid-Regime international so diskreditiert, dass es schließlich einem gelenkten Übergang zur Demokratie zustimmte, der mit den freien Wahlen von 1994 und dem Wahlsieg des ANC sein Ende fand. Während der ANC an der Regierung erfolgreiche Strategien der affirmative action umsetzte, war seine Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Nelson Mandela und Thabo Mbeki im Wesentlichen neoliberal und enttäuschte viele seiner Anhänger. Im Dezember 2007 setzte sich mit der Wahl Jacob Zumas zum ANC-Vorsitzenden der linke Flügel des ANC gegen die Anhänger Mbekis durch.

Lateinamerika: Vorboten des Wandels

Der Wandel zu einer neuen Aktualität und Hegemoniefähigkeit des Sozialismus seit den 1990er Jahren hatte seinen Motor in Lateinamerika. Nach dem Ende der Militärdiktaturen in Brasilien (1985), Argentinien (1983), Uruguay (1985) und Chile (1989) formierte sich die Linke neu. Wesentliche Erfahrungen waren in den Befreiungskämpfen in Zentralamerika gemacht

worden. Die Revolution in Nicaragua (1979) war das Ergebnis einer breiten Koalitionsbildung gewesen, in der der für Lateinamerika typische christliche Sozialismus einen starken progressiven Einfluss gehabt hatte. Sie wurde mit direkter US-Unterstützung in einen Bürgerkrieg verwickelt. Nach der Ablösung der Revolutionsregierung bei Wahlen 1990 wurde der Aufstand der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional, deutsch: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) in Chiapas 1994 zum Fokus erneuerter linker Theorie und Praxis. Die EZLN fusionierte marxistische Kräfte und die Traditionen der indigenen Bewegung; die »Zapatisten« knüpften bewusst an der Tradition des bäuerlichpopulären Widerstands an. Der Zapatismus proklamierte einen »postmodernen« Sozialismus, der sich vorwiegend als Widerstand gegen neoliberale Globalisierung definierte und sich pointiert zu Pluralismus, Basisdemokratie, Zivilgesellschaft und Selbstorganisation bekannte. Mit dem Zapatismus wurde eine neue, international wirksame Sprache kreiert, die Kapitalismuskritik und soziale Utopie jenseits der alten Orthodoxien ausdrückte und eine globale Solidaritätsbewegung auslöste, die großen Einfluss auf die globalisierungskritische Bewegung und die globalen Sozialforen ausübte.

1998 wurde Hugo Chávez Präsident in Venezuela. Die von ihm ausgerufene »bolivarische Revolution« berief sich ebenfalls auf eine historische Traditionslinie: die »panamerikanische« Unabhängigkeitsbewegung unter Simon Bolívar im 19. Jahrhundert. Chavez stoppte die Privatisierungspolitik seiner Vorgänger und legte populäre Programme zur Stärkung der Infrastruktur, der sozialen und medizinischen Versorgung der breiten Bevölkerung und der Alphabetisierung auf. Gestützt auf seine hohe Popularität setzte sich Chavez sowohl in den Konflikten mit der Ölindustrie als auch in Referenden und Präsidentschaftswahlen wiederholt durch und verstärkte die staatliche Kontrolle der Ölindustrie. Deren Profite wurden unter Chavez zum Motor der Sozialreformen und einer neuen multilateralen Politik; so wurde mit der »Bolivarischen Alternative für Amerika« (ALBA) ein System solidarischer Handelsbeziehungen als Alternative zur Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) initiiert. Chavez sucht die »antiimperialistische« Zusammenarbeit nicht nur mit lateinamerikanischen Regierungen, sondern auch mit dem Iran. Wie weit die Reformpolitik Chavez' einem autoritären Politikstil verpflichtet ist, oder ob sie Teil einer sozialen Demokratisierung ist, ist umstritten.

Seit der Jahrtausendwende haben fast überall in Lateinamerika linke Kräfte die Regierungen übernommen. 2003 gewann die Brasilianische Arbeiterpartei (PT) die Wahlen unter Lula da Silva. 2004 gewann die Frente Amplio, ein breites linkes Bündnis, die Wahlen in Uruguay und

brachte Tabaré Vázquez an die Macht. In Argentinien gewannen 2003 Néstor Kirchner und 2007 Cristina Kirchner, seine Frau, als Vertreter der Frente para la Victoria, des linken Flügels der peronistischen Gerechtigkeitspartei (PJ), die Präsidentschaftswahlen. In Bolivien stellte das Movimiento al Socialismo nach der Wahl 2005 mit Evo Morales den Präsidenten, der die Verstaatlichung der Erdgasindustrie durchsetzte. In Chile wurde 2006 die Sozialistin Michelle Bachelet Präsidentin.

Linksparteien und demokratischer Sozialismus in Westeuropa

Seit den 1990er Jahre bildeten sich auch in Europa Parteien, die links von der Sozialdemokratie standen und die Vision des demokratischen Sozialismus erneuerten. In Italien ging die Partito della Rifondazione Comunista (PRC) aus Teilen der PCI und verschiedenen linksradikalen Organisationen wie der Democrazia Proletaria hervor. Unter ihrem populären Sekretär Fausto Bertinotti proklamierte die PRC einen neuen Typ der linken Partei, die sich in enger Allianz mit der globalisierungskritischen Bewegung und den Gewerkschaften aufstellt und die Umwälzung der Gesellschaft nicht vorrangig durch die Staatsmacht bewerkstelligen will. Die PRC ging 2006 eine Regierungskoalition in einem Mitte-Links-Bündnis ein, um die Regierung Silvio Berlusconi abzulösen. Die Koalition überlebte 2007, obwohl ihr Ministerpräsident Romano Prodi keine Mehrheit für die Fortführung des italienischen Afghanistan-Einsatzes fand, löste sich jedoch 2008 endgültig auf. Die radikale Linke erlitt eine verheerende Niederlage.

In Deutschland ging die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) nach der Auflösung der DDR aus der ehemaligen Staatspartei SED hervor. Sie kooperierte seit 2005 mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), mit der sie sich 2007 zur Partei DIE LINKE vereinigte. Die LINKE bekennt sich zum demokratischen Sozialismus; ihre programmatische Ausrichtung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

»Linksparteien« etablierten sich unter verschiedenen Namen in Holland (Sozialistische Partei, 1994) und in Portugal (Bloco del Esquerda, 1999). Die Sozialistische Linkspartei in Norwegen und die Linkspartei in Schweden existierten bereits länger, die norwegische Linkspartei regiert seit 2005 in einer Koalition mit Sozialdemokraten und Zentrum.

In welchem Verhältnis der demokratische Sozialismus der neuen oder erneuerten Linksparteien zu den Positionen der linken Sozialdemokratie der 70er Jahre steht, ist noch nicht klar. Deren programmatische Eckpfeiler waren die Demokratisierung der Gesellschaft, die Abgrenzung vom autoritären Staatssozialismus

sowjetischer Prägung, der Keynesianismus als wachstumsfördernde, binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik und der Ausbau des Sozialstaats im Bündnis mit den Gewerkschaften. Die Wiederbelebung dieser Positionen, die von der Sozialdemokratie im Zeichen von »New Labour« und Agenda 2010 aufgegeben worden waren, stellt eine starke Strömung innerhalb der Linksparteien dar. Daneben stehen Strömungen, die der Erneuerung einer antikapitalistischen Transformation, einer sozialistischen Gesellschaftsalternative, einer bewegungsorientierten Politikform, einer Neudefinition linkssozialistischer Programmatik im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung, oder einer »postmodern« erneuerten Organisationstheorie stärkeres Gewicht verleihen möchten.

China nach Mao:

»sozialistische Marktwirtschaft« oder kapitalistische Transformation?

Die Volksrepublik China begann 1978 einen Prozess der radikalen ökonomischen Reform. Im Gegensatz zur Perestroika in der Sowjetunion ab 1985 war dieser jedoch nicht mit einer Politik des Übergangs zu freien und geheimen Wahlen verbunden. Die Reformen vollzogen sich im Rahmen des von der Kommunistischen Partei kontrollierten politischen Systems. China ist heute Ort einer anhaltenden Transformation, deren Ergebnisse und deren Charakter umstritten sind.

Nach dem Tod Maos (1976) setzte sich Deng Xiaoping gegen die »Vierbande« um Maos Witwe Jiang Qing durch und beendete die Phase der maoistischen Politik. Das 3. Plenum des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 beschloss eine Reihe wirtschaftspolitischer Reformen und Schritte zur Modernisierung und der Öffnung des Landes, die ab 1992 weiter radikalisiert wurden.

Die ökonomischen Reformen lösten ein, was von Kritikern des maoistischen »Voluntarismus« bereits in den 60er Jahren gefordert worden war, und ähnelten auch den Reformforderungen der oppositionellen Wirtschaftstheoretiker in Osteuropa. Liu Shaoqi, der Mao nach dem katastrophalen Misserfolg des »Großen Sprungs« 1959 als Staatspräsident nachfolgte, sah die Ursachen des Debakels in einer Überforderung der bäuerlichen Ökonomie durch diktatorische Abgabenhöhen und durch eine zu hohe Investitions- und zu niedrige Konsumquote, sowie in der Blockade der landwirtschaftlichen Produktivität durch zentralistische Direktplanung und überstürzte Kollektivierung. Er orientierte auf eine Modernisierung der Landwirtschaft durch mehr Eigeninitiative, unterschiedliche Eigentumsformen und die Wiedereinführung von Märkten für einen Teil der produzierten Güter. Diese Politik wurde durch die Kulturrevolution

»Wir sind ein sozialistisches Land. Der wichtigste Ausdruck der Überlegenheit unseres sozialistischen Systems ist es, dass es den produktiven Kräften unserer Gesellschaft erlaubt, sich sehr schnell zu entwickeln, schneller als jemals in der Geschichte des alten Chinas, und dass es uns erlaubt, schrittweise die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse unseres Volkes zu befriedigen. Schließlich, vom Standpunkt des historischen Materialismus, muss eine korrekte politische Führung im Wachstum der Produktivkräfte und der Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens des Volkes resultieren. Wenn die Wachstumsrate der Produktivkräfte in einem sozialistischen Land über längere Zeit hinter dem in kapitalistischen Ländern zurückbleibt, wie kann man dann von der Überlegenheit des sozialistischen Systems sprechen?«

Deng Xiaoping,
16. September 1978



Deng Xiaoping (1904–1997)

gestoppt, Liu wurde komplett entmachtet und starb 1969 unter Hausarrest.

Der Ökonom Sun Yefang, ab 1957 Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, 1964 abgesetzt und 1968–1975 für seine »revisionistischen« Ansichten inhaftiert, arbeitete im Gefängnis weiter an einer Kritik der maoistischen Ökonomie und an den Grundzügen einer Wirtschaftsreform, die den nach 1978 eingeschlagenen Kurs in vielem vorwegnahm. Kern von Suns Theorie war die These, dass das Wertgesetz, wonach der reale Wert von Gütern auf der zu ihrer Produktion notwendigen durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitszeit beruht, auch im Sozialismus weiterbesteht. Die voluntaristische Wirtschaftspolitik, die sich unter Mao durchsetzte und Produktionssteigerungen einfach anordnen zu können glaubte, ignorierte dies und führe zu einer Vernachlässigung der Kosten der Produktion, zu einer Verschwendung von Ressourcen, zum Desinteresse an einer Steigerung der Produktivität durch technologische Modernisierung. Sun forderte deswegen eine wissenschaftliche Kostenrechnung auf nationaler Ebene, eine wirtschaftliche Rechnungsführung auf Betriebsebene, eine stärkere Selbständigkeit der (staatseigenen) Betriebe, ein realistisches Preissystem und eine Reform des Finanzsystems.

Die Reformen von 1978 richteten sich zunächst auf die Steigerung der Produktivität auf dem Land. Die Volkskommunen wurden aufgelöst. Das Land blieb staatliches Eigentum, die bäuerlichen Haushalte konnten jedoch im Rahmen der »vertragsgebundenen Verantwortlichkeit« Überschüsse, die über die Planerfüllung hinausgingen, selbsttätig vermarkten. Die staatlichen Ankaufpreise wurden angehoben. Ab 1984 wurde das System der selbständigen Vermarktung überplanmäßig produzierter Güter auch in der Industrie und im Dienstleistungssektor eingeführt. Dörfer und Städte konnten selbständig Unternehmen gründen. Diese ländlichen Kollektivbetriebe operierten außerhalb der zentralen Wirtschaftsplanung und bedienten lokale Konsumgütermärkte. In der Folge der Reformen stieg die landwirtschaftliche Produktion rapide an, ebenso die Produktion von nicht-landwirtschaftlichen Gütern auf dem Land. Der Wettbewerb der Regionen und Kommunen wurde gefördert.

Ab 1992 wurden marktförmige Regulierungen, die zunächst als Ergänzung zur staatlichen Direktplanung eingesetzt worden waren, Schritt um Schritt zur Norm. Das neue System wurde als »sozialistische Marktwirtschaft« proklamiert. Das Preissystem wurde reformiert und die Preise für den überwiegenden Teil der Güter freigegeben. Die Betriebe der Konsum-

KONFLIKTE UND LITERATUR

Nach 1975 gerieten die sozialistischen Kräfte weltweit in eine länger anhaltende Defensive, die mit dem Zusammenbruch des »sozialistischen Lagers« ihren Höhepunkt, möglicherweise aber auch ihren Umschlag erreichte. Zentrale Konflikte waren: (1) Wie waren die Reformen der späten Sowjetunion, später auch die Reformen des chinesischen Sozialismus, zu bewerten? Waren sie Öffnungen zum Kapitalismus, die den Zusammenbruch mit hervorriefen, oder waren sie richtige Versuche zur Erneuerung des Sozialismus, die aber zu spät kamen oder unvollständig blieben? (2) Warum hatte der Sozialismus in der Konkurrenz der Systeme verloren? Warum konnte der Neoliberalismus gewinnen und die Hegemonie des Kapitalismus in historisch nie gekannter Weise erneuern? (3) Hatten nach 1975 grundlegende Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise stattgefunden, denen sozialistische Kräfte sich stellen und auf die sie Antworten finden mussten: Individualisierung, Verwissenschaftlichung der Produktion, Globalisierung? Oder waren diese Veränderung nur Teil der interessengeleiteten Politik des Neoliberalismus, hatten also keinen materiellen Gehalt über ihn hinaus? Hatte der Kapitalismus sich verändert, und wie tiefgehend? (4) Stellen linke Regierungen in Lateinamerika das Modell für einen erneuerten Sozialismus dar? Oder sind sie Wiederbelebungen etatistisch-autoritärer Sozialismus-Modelle, von denen sozialistische Kräfte sich kritisch distanzieren sollten?

- Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus*, Hamburg 2000.
- Michael Brie (Hrsg.): *Linksparteien im Vergleich*, Berlin 2003.
- Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin 2005.
- Hyekyung Cho: *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*, Münster 2005.
- *Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4, Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells*, Göttingen 1992.
- Marco Revelli: *Die gesellschaftliche Linke*, Münster 1999.
- Michaela Wunderle (Hrsg.): *Politik der Subjektivität. Texte der italienischen Frauenbewegung*, Frankfurt/Main 1977.

güterindustrie wurden weitgehend privatisiert, durch Verkauf oder Überführung in Aktiengesellschaften. Joint-Ventures mit ausländischem Kapital wurden zugelassen, jedoch nur als Minderheitsbeteiligung und unter Auflagen, die einen nachhaltigen Technologietransfer gewährleisten.

Die großen Staatsbetriebe kontrollierten zunächst weiterhin den Bereich der Schwerindustrie, der Kommunikation und Infrastruktur. Ab 1995 wurde reformiert. Das System der zentralen Gewinnabführung wurde durch ein System progressiver Besteuerung ersetzt, wobei die Steuern zwischen Zentralstaat und Provinzen aufgeteilt wurden. Unrentable Staatsbetriebe wurden geschlossen und die Verpflichtung der Staatsbetriebe, Sozialleistungen und Beschäftigung zu gewährleisten, zugunsten eines Systems staatlicher Sozialleistungen schrittweise abgeschafft. Durch den Beitritt Chinas zur WTO 2001 erhöhte sich der Druck auf die Staatsbetriebe, profitabel zu wirtschaften und mit in- und ausländischen Privatunternehmen zu konkurrieren.

Die Wirtschaftsreformen lösten einen enormen Wachstumsschub aus. Über drei Jahrzehnte lag die Steigerung des Bruttosozialprodukts bei rd. 10 Prozent. Einkommen und Versorgung der großen Mehrheit der Bevölkerung stiegen deutlich an. Niemals in der Geschichte gelang es in so kurzer Zeit so vielen Menschen, der Armut zu entkommen. Insbesondere die Küstenregionen prosperierten, gestützt auf Chinas steigende Rolle im internationalen Handel und auf die Investition ausländischen Kapitals, das weltweit einmalig günstige Lohnniveaus bei hohen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten vorfand.

Ein Teil der Bevölkerung hat an diesen Wohlstandsgewinnen nicht partizipiert. Dadurch entstand eine soziale Spaltung. Die soziale Ungleichheit in China zählt heute zu den dramatischsten der Welt. Die Wanderung in die Städte führt zur Entstehung eines massenhaften städtischen Migrationsproletariats. Es gibt eine hohe Zahl von Todesstrafen.

Das staatliche Management hat, im Unterschied zu anderen Schwellenländern wie Indien, die Entstehung von städtischen Slums verhindert und eine Grundversorgung der wachsenden Bevölkerung bislang sicherstellen können. Seit 2005 versucht die Staatsführung mit der Orientierung auf eine »harmonische Gesellschaft«, auf die sozialen Probleme und die extreme Ungleichheit zu reagieren.

Die Hoffnungen auf Demokratisierung kulminierten anlässlich eines Besuchs Michail Gorbatschows und des Todes von Hu Yaobang, Generalsekretär der KPCh 1980–1987 und als Reformers bekannt, in studentischen Protesten und der Besetzung des Tiananmen-Platzes in

Peking 1989. Nach zwei Monaten wurden die Proteste blutig niedergeschlagen. Der liberale Zhao Ziyang, der versucht hatte, die Studenten zum Einlenken zu bewegen, wurde als Generalsekretär der KPCh durch Jiang Zemin ersetzt.

Die Kritiker des Maoismus hatten einen klaren Zusammenhang hergestellt zwischen ökonomischer Stagnation und autoritärer Politik, Personenkult, fehlender innerparteilicher Demokratie. In der Reformperiode seit 1978 besteht ein Zusammenhang zwischen autoritärer kommunistischer Staatsmacht und einer zunehmend marktorientierten Formierung von Wirtschaft und Sozialstruktur. Während Ansätze einer chinesischen Zivilgesellschaft existieren, besteht weder eine unabhängige Arbeitervertretung noch eine legale politische Opposition.

Die führende Rolle der KPCh und das Einparteiensystem blieben unangetastet. Innerhalb dieser Strukturen kam es jedoch zu einer politischen Pluralisierung. Die Funktion der Partei änderte sich. Sie soll zunehmend soziale Grundinteressen, die Entwicklung der Produktivkräfte und die Einheit Chinas garantieren, sich aber zugleich aus der unmittelbaren Administration stärker zurückziehen. Beschleunigt werden Elemente eines Rechtsstaats in zivilen Angelegenheiten ausgebaut. Für sehr große Teile der Bevölkerung haben die individuellen Freiheiten deutlich zugenommen. Ein Mechanismus der ständigen personellen Erneuerung von Partei- und Staatsführung, einmalig in der Geschichte kommunistischer Staatsparteien, ist installiert worden.

Der gegenwärtige Charakter des chinesischen Wirtschaftssystems wird kontrovers beurteilt. Das Primat der Politik und die zentrale Rolle des Staates, die Richtung der ökonomischen Entwicklung vorzugeben und die Regeln des wirtschaftspolitischen Handelns festzulegen, bestehen fort. Große Teile des Eigentums an Produktionsmitteln sind privatisiert, die nationalen Ressourcen, die Schlüsselindustrien, die Kommunikations- und Infrastruktur und der Finanzsektor befinden sich jedoch unter staatlicher Kontrolle. Die Partizipation der Bevölkerung und der Werktätigen an den gesellschaftlichen bzw. betrieblichen Entscheidungen ist dagegen weniger entwickelt, und die Sozialstruktur ist zunehmend von der Spaltung zwischen Lohnabhängigen und Kapitalbesitzern geprägt.

Es ist daher umstritten, inwiefern der chinesische Weg seit 1978 eine erfolgreiche Weiterentwicklung eines sozialistischen Wirtschaftssystems (Marktsozialismus) ist, oder ob spätestens ab 1995 bereits eine Transformation zu einem im Kern kapitalistischen Wirtschaftssystem stattgefunden hat oder derzeit stattfindet.

»Offener Marxismus richtet sich gegen Fetischismus. Fetischismus ist die theoretische und praktische Konstruktion von sozialen Beziehungen als »Dingen«, die Verzerrung dieser Beziehungen in eine warenförmige und rein strukturelle Form. Geschlossener Marxismus schafft selbst fetischisierte Theorie anstelle der kritischen Theorie des Fetischismus, wie sie ein offener Marxismus betreibt. Weil ein geschlossener Marxismus keine Widersprüche mag, widerspiegelt und reproduziert er den Fetischismus, den er zu bekämpfen vorgibt. (...) Eine unterirdische Strömung eines offenen Marxismus zieht sich seit der Jahrhundertwende neben den eher Mainstreamorientierten und akademischen Varianten hin. Zur Tradition des offenen Marxismus gehören unter anderem Luxemburg, der frühe Lukács, Korsch, Bloch, Adorno, Rubin, Pashukanis, Rosdolsky und Johannes Agnoli (von dem wir den Begriff entlehnt haben).«

Werner Bonefeld, Richard Gunn,
Kosmas Psychopedis:
Open Marxism, 1992

»Unter den heutigen Bedingungen wird es objektiv möglich und notwendig, das Verhältnis zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus in seiner produktiven Dialektik zu begreifen und weiterzuentwickeln. Konkreter Bezugspunkt sind die vor uns liegenden Aufgaben in den 90er Jahren: Nur wenn es der Arbeiterinnenbewegung gelingt, sich in die nächste Phase kapitalistischer Entwicklung »einzuschreiben«, eröffnet sich auch die Perspektive der ökonomischen und politischen Entmachtung des Monopolkapitals und des Sozialismus.«

Projekt Moderner Sozialismus:
53 Thesen, 1989

2.5. Die Wiederbelebung sozialistischer Visionen

Seit Mitte der 1990er Jahre, verstärkt aber im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhundert, ist das Interesse am Sozialismus als Antwort auf die Herausforderungen und als Wiederbelebung progressiver sozialer Utopien spürbar gewachsen. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Staaten, der nach 1990 von vielen als regelrechter Schock erlebt wurde, liegt fast zwei Jahrzehnte zurück und ist historischer und analytischer Betrachtung inzwischen besser zugänglich. Neue Experimente der Zurückdrängung von Kapitaldominanz und kapitalistischem Kommando liegen vor. Die weltweite globalisierungskritische Bewegung, die tiefe Krise des Kapitalismus und die neue Aktualität der »sozialen Frage« haben die scheinbare Alternativlosigkeit der kapitalistischen Ordnung in Frage gestellt und die Suche nach antikapitalistischen Perspektiven und Utopien wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Arbeit am Sozialismus als antikapitalistischer Bewegung und als einer realistischen postkapitalistischen Ordnung hat so wieder zugenommen. Dabei sind grob zwei Hauptstränge dieser Bewegung zu beobachten (eine Systematisierung der unterschiedlichen Modelle wird im dritten Teil versucht).

Sozialismus als modernisierte, rationale Antwort auf die negativen Folgen des Kapitalismus

Während in der Phase nach 1975 und teilweise auch nach 1989 die Dynamik des neoliberalen Kapitalismus im Vordergrund stand, rückten um die Jahrtausendwende die negativen Folgen eines ungebrochenen und konkurrenzlosen Kapitalismus stärker in den Blick: Krieg und neuer Imperialismus (zweiter Golfkrieg 2003 und anhaltende Besetzung Iraks), anhaltende Umweltzerstörung und Grenzen der ökologischen Belastbarkeit (Klimakatastrophe), Elend in der Dritten Welt. Mit den neoliberalen Arbeitsmarkt-»Reformen« der 1990er Jahre wurden Armut und Verelendung in neuer Weise wieder zum Alltag auch in den entwickelten Industriestaaten. Generell machte sich der Eindruck breit, dass der neoliberale Kapitalismus seine Dynamik erschöpfte und sich zunehmend anhand von Extraprofiten auf Kosten von Mensch und Natur entwickelte.

Aus diesen Erfahrungen heraus entstanden Modelle sozialistischer Alternativen, die vor allem als rationale Alternative zur zerstörerischen Barbarei des Kapitalismus propagiert wurden. Dabei werden aus dem Scheitern des Staatssozialismus unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Auf der einen Seite stehen Modelle, die eine geplante Wirtschaftsentwicklung als Gegensatz zu Märkten und ohne Eigeninteresse von Wirtschaftssubjekten anstreben. In Kreisen der Sozialforumsbe-

wegung ist Michael Alberts »Parecon«-Modell populär, das eine basisdemokratische Planwirtschaft vertritt. Bei Kräften, die sich unmittelbarer in der Tradition sozialistischer Parteien und Organisation sehen, wird vielfach die erneuerte Planwirtschaft des »Computersozialismus« nach Cockshott und Cottrell propagiert, die auch das ökonomische Modell ist, auf das sich Dieterichs »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« beruft. Der Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts wird in beiden Strömungen als undemokratisch und ineffizient angesehen, die Wirtschaftsreformen der Gorbatschow-Ära und der »sozialistischen Marktwirtschaft« Chinas werden als Übergangsformen zum Kapitalismus jedoch abgelehnt.

Auf der anderen Seite stehen Modelle, die bewusst Märkte und Eigeninteressen von Wirtschaftssubjekten in eine sozialistische Wirtschaft integrieren, um nicht hinter die Dynamik, Innovation und indirekte Steuerung des entwickelten Kapitalismus zurückzufallen. Diese Strömungen knüpfen bewusst an die Erfahrungen der Reformphasen des Staatssozialismus an und befürworten einen demokratischen Marktsozialismus, der mit unterschiedlichen Instrumenten versucht, die Ökonomie einer regulierenden Rahmenplanung und der demokratischen Kontrolle durch die Bevölkerung und die Beschäftigten zu unterwerfen. Die Modelle reichen vom immer noch populären »Dritten Weg« Ota Šiks mit der Integration von Märkten in eine starke nationale Gesamtplanung, über den »Shareholder-Sozialismus«, wie ihn der Amerikaner John Roemer skizziert, bis zu »wirtschaftsdemokratischen« Modellen, die konventionelle kapitalistische Konkurrenz und Akkumulation zwischen privaten Kapitalen akzeptieren, diese jedoch durch starke staatliche Regulierung, soziale Umverteilung, verstärkte Partizipation der Beschäftigten und einen Mix unterschiedlicher Eigentumsformen in gesellschaftlich nützlichen Bahnen halten wollen.

Eigenständige Bedeutung haben die Strömungen, die eine sozialistische Ökonomie aus der ökologischen Erschöpfung des fordistischen Produktionsmodells ableiten, das sie unlösbar mit dem Kapitalismus verknüpft sehen. Hierzu gehören Vertreter eines »ökologischen Sozialismus«.

Sozialismus als Antwort auf die Umbrüche der Arbeit und der gesellschaftlichen Produktion

Ein anderer Impuls zur Erneuerung sozialistischer Visionen entstand aus der Auseinandersetzung damit, wie sich als Folge technologischer und gesellschaftlicher Umbrüche der – Charakter der Arbeit und der gesellschaftlichen Produktion grundlegend verändert, und wie die Form der kapitalistischen Produktionsweise in Frage stellt. Auf

diesem Feld leisteten Antonio Negri und Michael Hardt einen prominenten und beispielhaften Beitrag mit »Empire« (2001) und »Multitude« (2004).

Im Zentrum ihrer Analyse stehen die neuen Formen der Produktivität, das Herauswachsen der Arbeit über die Grenzen der Fabrik hinaus, die zunehmend überholte Trennung zwischen Produktion und Reproduktion, Arbeit und Nicht-Arbeit, die neue Rolle von Subjektivität, Kooperation, Selbstorganisation in der Arbeit. Damit sind die kapitalistischen Formen der Organisation der gesellschaftlichen Produktion, der Motivation, der Trennung von Arbeitstätigkeit (Lohnabhängige) und Arbeitsorganisation (Unternehmer) grundsätzlich in Frage gestellt. Die neuen Formen der Produktivität brechen sich Bahn in globalen kooperativen Softwareprojekten, in den Ansprüchen der Beschäftigten auf Souveränität über ihre Arbeit, in der Unprogrammierbarkeit gesellschaftlicher Bildungsprozesse, in der neuen globalen Wissens- und Verkehrsressource Internet, in der Bedeutung und Nichterzwingbarkeit kreativer Prozesse in der Produktion und in der Arbeitstätigkeit.

Die Stärke dieser Annäherung an eine erneuerte sozialistische Vision (die diesen Umbrüchen gerecht werden und die gesellschaftliche

und individuelle Arbeit von den Eierschalen kapitalistischen Kommandos befreien müsste) liegt bislang nicht in konkreten Modellen und genauer beschriebenen Systemalternativen. Sie liegt darin, dass hier eine Brücke geschlagen werden kann zu weit verbreiteten Arbeits- und Alltagserfahrungen, zum unmittelbaren Erleben der Widersprüche moderner Proletarität. In der Neubewertung von reproduktiven Tätigkeiten, kommunikativen und kooperativen Prozessen, der Auffassung von Migration als sozialer Bewegung und Kernelement eines entstehenden globalen Bewusstseins, liegt die Chance einer Annäherung an feministische, antirassistische, antiautoritäre Bewegungen.

In den Zusammenhang dieser Annäherung an postkapitalistische Perspektiven gehören auch die Theorie und Praxis der freien Software-Bewegung (Stallman, Mertens), eines neuen feministischen Sozialismus (Folbre, Gibson-Graham), die Debatten um Grundeinkommen und globale soziale Rechte (attac, Interventionistische Linke). Typischerweise steht hier weniger die Organisation der Produktion im Vordergrund, als vielmehr die Organisation des gesellschaftlichen Lebens, die Verteilungsprozesse und die politische Organisation.

»Agnoli: Es geht um die analytische Arbeit eines offenen Marxismus, der den orthodoxen Marxismus ad acta legt.

Mandel: Orthodox in Führungszeichen.

Agnoli: Das wird sich zeigen.«

Ernest Mandel und Johannes

Agnoli: Offener Marxismus.

Ein Gespräch, 1980

KONFLIKTE UND LITERATUR

In der Diskussion um Sozialismus-Modelle und sozialistische Strategien, die sich seit den 1990er Jahren immer weiter entfaltete, trafen gegensätzliche Auffassungen aufeinander und gerieten in Konflikt. (1) Hatten Markt, Geld, Wert einen Platz in staatssozialistischen Gesellschaftsformationen, oder bedeutete das den Fortbestand des Kapitalismus? Ist die »Eindämmung« der Dominanz des Profitprinzips durch staatliche Regulierung ausreichend, um überhaupt von Sozialismus zu sprechen, oder beginnt Sozialismus erst mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Abschaffung der Verwertung von Kapital? (2) Wie kann eine sozialistische Wirtschaft Innovation, betriebliche Rationalität und volkswirtschaftliche Dynamik gewährleisten? Muss sie dazu auf Formen zurückgreifen, die sich im Kapitalismus entwickelt hatten, oder waren gänzlich neue Formen von Eigentum, Verwaltung und ökonomischer Organisation zu finden? (3) Kann und soll sozialistische Politik über den Rahmen des Kapitalismus hinausdenken und sich auf Modelldiskussionen einlassen? War die Abschaffung kapitalistischer Verwertungs- und Herrschaftsformen ausreichend, um eine befreite Gesellschaft zu organisieren, oder bedarf auch eine nachkapitalistische Ökonomie und Gesellschaft der Vermittlungsformen, die über spontane Selbstorganisation hinausgehen?

- Michael Albert: Parecon. Life after Capitalism, London 2003.
- Roger Burbach, Orlando Nunez, Boris Kagarlitsky: Globalization and its Discontents. The Rise of Postmodern Socialisms, London 1996.
- W. Paul Cockshott, Allin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, Köln 2006.
- Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006.
- Nancy Folbre: The Invisible Heart. Economics and Family Values, New York 2001.
- J. K. Gibson-Graham: The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy, Malden 1996.
- Michael Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, Widerspruch Nr. 43, Zürich 2002.
- Anja Meulenbelt: Feminismus und Sozialismus, Hamburg 1980.
- John E. Roemer: A Future for Socialism, Cambridge 1994.
- Ota Sik: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, München 1979.

»In der Tat aber, wenn die enge bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? ... Das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andere Voraussetzung als die vorhergegangene historische Entwicklung, die diese Totalität der Entwicklung, d. h. die Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher ... zum Selbstzweck macht?«

Karl Marx

»DIE LINKE leitet ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.«

Programmatische Eckpunkte der Partei DIE LINKE

3. Sozialismus im 21. Jahrhundert

Seit seinem Entstehen ist Sozialismus durch tiefe Widersprüche gekennzeichnet. Von der Fähigkeit oder Unfähigkeit, mit diesen Widersprüchen unter sich oft schnell verändernden Bedingungen umzugehen, hing es ab, ob er sich produktiv entwickelte oder in eine Krise geriet.

Die vielleicht wichtigste Erfahrung der zweihundertjährigen Geschichte des Sozialismus ist, dass es darauf ankommt, sich dieser fundamentalen Widersprüche bewusst zu sein und nach Wegen ihrer emanzipatorischen Bearbeitung zu suchen. Dies prägt auch die Diskussion zur Begründung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Zweihundert Jahre nach seinem Entstehen ist unübersehbar, dass sich Sozialismus nicht auf eine einfache Definition reduzieren lässt. Alle diesbezüglichen Versuche sind gescheitert.

Am ehesten ist die Bestimmung von Sozialismus als einer umfassenden historischen Suchbewegung möglich:

Gemeinsam ist allen Strömungen von Sozialismus das Bestreben, über den Kapitalismus hinausweisende Formen der Entwicklung moderner Gesellschaften zu finden, durch die »die freie Entwicklung eines (und einer) jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller« (Karl Marx) wird.

Schon in dieser Formulierung des Gemeinsamen des Sozialismus wird aber auf einen fundamentalen Widerspruch verwiesen – den zwischen der gleichen Freiheit der Einzelnen und dem solidarischen Beitrag zur Entwicklung aller: Welche Rechte hat der oder die Einzelne gegenüber der Gemeinschaft und der Gesellschaft? Was kann diese von ihm oder ihr verlangen? Was trägt zur Entwicklung welcher einzelnen Menschen bei und wer bewertet dies? Wann wird das Bemühen zur Herstellung von Gleichheit zur Unterdrückung? Wo schlägt das Freiheitsstreben in Ausbeutung anderer um? An welchem Punkt endet Solidarität und wird zum bloßen Zwang neuer Herrschaft?

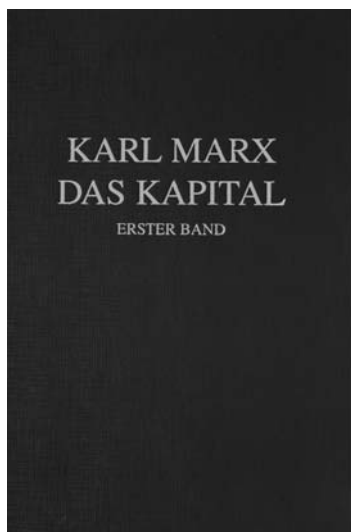
Auf der Suche nach einer allgemeinen Formel des Sozialismus findet sich dieser Widerspruch wieder. Die allgemeine Formel des Kapitals ist die Vermehrung von Geld (Kapital) als Selbstzweck: Wert soll sich in Mehr-Wert verwandeln, Geld (G) in ein Mehr an Geld (G'), in Profit. Vermittelt durch den Warenaustausch (W) soll G zu G' werden (G-W-G'), Geld »sich gegen mehr Geld« austauschen, so Marx im »Kapital«. Die Basis für diese wundersame »Selbstverwertung« findet das Kapital in der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit.

Die Folgen der Unterordnung des Produktions und Lebensprozesses, der Wirtschaft und Gesellschaft, der zwischenmenschlichen Verhältnisse und der Verhältnisse zur Natur unter die Kapitalverwertung sind vielfach angesprochen worden. Sie waren und sind der Auslöser immer neue antikapitalistischer Bewegungen. Sie erzeugen Ausbeutung, Unterdrückung, Ausgrenzung, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, imperiale Ausdehnung und Militarismus bis hin zu globaler Gefährdung durch Massenvernichtungswaffen, Entfremdung und Sinnlosigkeit, Konsumismus usw. Vorgefundene Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern (Patriarchat), zwischen Nationen (Kolonialismus) oder ethnischen Gruppen (Rassismus) und kapitalistische Eigentums und Herrschaftsverhältnisse gehen dabei eine Symbiose ein.

Wenn sich kapitalistische Gesellschaften dadurch auszeichnen, dass ihre Reproduktion und Entwicklung der Verwertung des Kapitals untergeordnet wird, welchem Zweck werden sie dann in einer sozialistischen Gesellschaft unterworfen? Wenn der Reichtum kapitalistischer Gesellschaften am Reichtum der verwertbaren Waren (dem Bruttosozialprodukt) gemessen wird, woran kann der einer sozialistischen Gesellschaft gemessen werden? Worin besteht der Maßstab, nach dem die Eigentums- und Machtverhältnisse sozialistisch zu gestalten wären?

Die »allgemeine Formel des Sozialismus« könnte man damit umschreiben, dass es das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft ist, vermittelt über die solidarische Entwicklung aller eine freie, universelle Entwicklung der Individuen zu ermöglichen. Durch ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Reproduktions- und Lebensprozess sollen Individuen menschlich bereichert werden – reicher an Bedürfnissen, Genüssen, Fähigkeiten, Beziehungen und sinnlichen Eindrücken. Individuen (I) würden so zu entwickelteren Individuen (I'). Ihr solidarischer Beitrag zur Entwicklung aller (S) würde zur Bedingung ihrer eigenen Entwicklung. Die allgemeine Formel des Sozialismus könnte deshalb auch so aufgeschrieben werden: I-S-I'. Ihre Verwirklichung würde sichern, dass Freiheit zur Gleichheit führt und Gleichheit zur Freiheit.

Wie aber muss Gesellschaft verändert werden, dass eine freiere Entwicklung der Individuen tatsächlich zur solidarischen Entwicklung aller beiträgt und diese wiederum individuelle Freiheit befördert – dies ist die Grundfrage jedes Sozialismus. An dem Wie scheiden sich immer aufs Neue die Geister und die politischen Kräfte.



Pluralität und Einheit

Historisch wurde der Sozialismus zunächst als Arbeitersozialismus wirkungsvoll. Der Ausschluss des Industrieproletariats aus der Teilhabe an Eigentum und Macht (die klassische »soziale Frage«) wurde zum Brennpunkt sozialistischen Denkens. Ihre Lösung schien die Lösung aller anderen Fragen (Gleichstellung der Geschlechter, Solidarität zwischen den Völkern, Überwindung von Krieg und Zerstörung der Natur) zu garantieren. Der Marxismus sprach von der historischen Mission der Arbeiterklasse, zugleich sich selbst und damit alle Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Die (»wohlverstandenen«) Interessen des Industrieproletariats sollten zugleich die Gesamtinteressen aller an Emanzipation sein.

Spätestens im 20. Jahrhundert wurde aber deutlich, dass es eine Pluralität von Ausbeutungs-, Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnissen gibt. Sozialistische Bewegungen müssen sich davon ausgehend daran messen lassen, inwieweit sie einen Beitrag zur freien Entwicklung tatsächlich einer und eines jeden leisten und nicht nur des männlichen weißen Lohnarbeiters in den Zentren des heutigen Kapitalismus. Feministischer, ökologischer, pazifistischer oder antirassistischer Sozialismus sind gleichberechtigte Formen des Sozialismus. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird sich als *pluraler Sozialismus* entwickeln oder scheitern.

Dies hat eine Reihe von Konsequenzen, die in der Diskussion der Linken gezogen wurden:

Erstens: Die Lösung des Sozialismus von der alleinigen Fixierung auf die Arbeiterbewegung ist zugleich eine Form seiner Generalisierung. Ein zeitgemäßer Sozialismus bezieht sich auf jedes Herrschaftsverhältnis (Kapital-Arbeit, Mann-Frau, Weiß-Schwarz, Mensch-Natur usw.) und zielt auf deren emanzipatorische Aufhebung.

Zweitens: Anstelle der früheren Vorstellungen vom »Hauptwiderspruch« zwischen Kapital und Arbeit und den »Nebenwidersprüchen« zwischen Mann und Frau oder Nord und Süd bzw. Mensch und Natur tritt die Aufgabe der konkreten *Verbindung* der Pluralität der Kämp-

SEMINARZUTAT

Die Frage des Verhältnisses von Pluralität und Einheit ist insbesondere im Umfeld des Feminismus, der Zapatisten und des Weltsozialforums diskutiert worden. Vgl. dazu u. a. in: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen, Peter Waterman: Eine andere Welt – Das Weltsozialforum. Berlin 2004 (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_15.pdf).

Welcher neue Inhalt wird dabei dem Verhältnis von Pluralität und Einheit gegeben? Welche Formen solidarischer Vermittlung dieses Widerspruchs werden entwickelt?

fe sehr verschiedener sozialer und kultureller Gruppen für ihre Befreiung.

Drittens: Es gibt keine soziale Gruppe, deren Interessen unmittelbar mit den Emanzipationsinteressen aller anderen von Unterdrückung, Ausbeutung, Ausgrenzung oder Gewalt betroffenen Gruppen zusammenfallen würden. Eine Einheit entsteht nur unter Bewahrung und Berücksichtigung der Vielfalt – kulturell, politisch, organisatorisch, personell. Jede Gruppe muss sich zugleich erhalten *und* über sich »hinauswachsen« im Sinne der Berücksichtigung der Widersprüche und Konflikte, die sich auftun. Geschieht dies nicht, kann aus der Borniertheit neue Unterdrückung und Ausgrenzung erwachsen.

Ein pluraler Sozialismus kann auf Einheit nicht verzichten. Es geht aber um einen neuen Typ von Einheit – einer Einheit der Vielfalt und einer Einheit, die Vielfalt ermöglicht. Und umgekehrt kann die Vielfalt nicht Beliebigkeit sein, sondern muss die solidarische Einheit, die gemeinsame Vielfalt ermöglichen. Was aber bedeutet dies heute konkret? Wie sind Wirtschaft, Politik, Kultur zu verändern, damit diese neue Vielfalt möglich wird? Wie könnten Städte und ländliche Räume, wie Verkehr und Konsumtion verändert werden?

Offenheit und Zielorientierung

Die konkrete Vision der sozialistischen Arbeiterbewegung war die gemeinsame Kontrolle der organisierten Arbeiter über die Großindustrie durch eine Kombination von Selbstverwaltung und planwirtschaftlicher Koordination. Zugleich gab es immer auch die libertäre Version des Absterbens des Staates und aller anderen Herrschaftsformen als dem Ziel sozialistischer und kommunistischer Bewegungen.

Teilweise wurde der Widerspruch beider Positionen durch die Abtrennung von Nah- und Fernziel »gelöst«. Kurzfristig schien die Stärkung einer zentralisierten Organisationsmacht als das einzig mögliche Mittel, dem Kapital und seinem Staat eine eigene Kraft gegenüberzustellen.

»Jetzt müssen wir über die Diktatur des Proletariats vom Standpunkt ihres Aufbaus, vom Standpunkt ihres ›Mechanismus‹, vom Standpunkt der Rolle und Bedeutung jener ›Transmissionen‹, ›Hebel‹ und ›lenkenden Kraft‹ sprechen, die in ihrer Gesamtheit das ›System der Diktatur des Proletariats‹ (Lenin) ergeben, und mit deren Hilfe die alltägliche Arbeit der Diktatur des Proletariats geleistet wird.

Was sind das für ›Transmissionen‹ oder ›Hebel‹ im System der Diktatur des Proletariats? Was ist das für eine ›lenkende Kraft‹? Wozu braucht man sie?

Die Hebel oder Transmissionen – das sind jene Massenorganisationen des Proletariats, ohne deren Hilfe die Verwirklichung der Diktatur unmöglich ist.

Die lenkende Kraft – das ist die fortgeschrittenste Abteilung des Proletariats, seine Avantgarde, die die grundlegende führende Kraft der Diktatur des Proletariats ist.«

Josef W. Stalin

Im Gegensatz zur alten Arbeiterbewegung »sehen die neuen Bewegungen Vielfalt als eine Quelle der Macht ... Zwei Prinzipien sind dafür lebenswichtig. Erstens, das Prinzip der Autonomie zusammen mit Möglichkeiten, miteinander zu reden – wie das bei Netzwerken und Foren der Fall ist ... Das zweite lebenswichtige Prinzip ... ist geteilte Verantwortung für einen Rahmen, der Vielfalt und Pluralismus möglich macht, ohne das Resultat zu kontrollieren. Dies erfordert eine politische Kultur, die aus Unsicherheit, Experiment und Debatte gedeihen kann.«

Hilary Wainwright

»Wir müssen die Welt nicht erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Heute. Durch uns!«

»Wir wollen eine Welt, in der viele Welten Platz haben!«

»Fragend schreiten wir voran.«

EZLN (Zapatisten)

SEMINARZUTAT

In den Dokumenten linker politischer und intellektueller Kräfte sind verschiedene Sozialismusdefinitionen enthalten. Wählt einzelne solche Definitionen aus und diskutiert, wie die Hauptmerkmale von Sozialismus bestimmt werden. Welche Eigentums- und Machtverhältnisse werden mit Sozialismus verbunden? Welche Rolle haben Staat, Markt, Recht usw.? Welches Verhältnis soll individuelle zur gesellschaftlichen Entwicklung haben?

»Die Entscheidungen des Sekretariats (des Weltsozialforums – die Autoren) werden immer im Konsens getroffen. Sollte kein Konsens erreicht werden, wird über eine Abstimmung die Mehrheitsmeinung ermittelt. Unmittelbar danach wird festgestellt, ob die Minderheit der vorgeschlagenen Entscheidung zustimmt. Ist dies nicht der Fall, wird so lange weiter diskutiert, bis der Konsens oder die Zustimmung der noch bestehenden Minderheit erreicht wird.«

Chico Whitaker

»Freie Software bietet die Freiheit,

- die Software unbegrenzt und für jeden Zweck verwenden zu dürfen;
- untersuchen zu dürfen, wie eine Software funktioniert und sie den eigenen Bedürfnissen anpassen zu dürfen;
- die Software kopieren und an Andere weiter geben zu dürfen;
- die Software zu verbessern und die Verbesserungen allen zum allgemeinen Wohl zugänglich machen zu dürfen.

Aufgrund dieser vier Freiheiten garantiert Freie Software die Freiheit zu lernen, die Freiheit zu unterrichten, die Freiheit des Wettbewerbes, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Wahl.«

Free Software Foundation Europe

»Vielen Menschen zeigt das Beispiel Freier Software anschaulich, dass im immateriellen Bereich eine irgendwie anders strukturierte Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens möglich scheint. Doch bei der Frage der Übertragung auf die materiellen Sektoren erhebt sich meist eine große Skepsis. »Aber wo kommen meine Brötchen her?« oder »Ich will aber auch Waschmaschinen haben und nicht bloß Software«, heißt es dann. Ich denke, dass diese Skepsis nicht auf bloßer Unkenntnis oder schlichter Verblendung der Theorie-Rezipienten beruht, sondern auf wirkliche Schwachstellen hindeutet.«

Benni Bärmann,
Die Brötchenfrage

Auch in der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und sowjetischem Sozialismus wurde die Macht sozialistischer Akteure vor allem in ihrer widerspruchslosen Einheit und Geschlossenheit gesehen. Weg und Ziel wurden in einen fundamentalen Gegensatz gebracht.

Die sozialen, kulturellen und technologischen Umbrüche der letzten vierzig Jahre und die Erfahrungen mit dem Staatssozialismus und der Sozialdemokratie und den kommunistischen Parteien haben zur Entstehung eines *offenen Sozialismus* geführt. Dies bedeutet u. a.:

Erstens: Die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung ist offen und kann auch nicht durch die wissenschaftliche Einsicht einer Avantgarde vorweggenommen werden, die von oben führt und steuert. Fortschritte in Richtung Sozialismus erwachsen vor allem in der Stärkung der Selbstbestimmung gesellschaftlicher Gruppen und Individuen auf der Basis eines freieren Zugangs zu den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Ressourcen und der Stärkung solidarischer Formen der Selbstverwaltung. Zugleich erwächst daraus aber auch eine höhere Verantwortung an alle gemeinsam, dafür die Bedingungen bereitzustellen. Öffentliche Kontrolle, Umverteilung und ein breites öffentliches Eigentum und handlungsfähige öffentliche Sektoren sind die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

Zweitens: Ein offener Sozialismus zielt nicht auf die Verwirklichung eines vorgegebenen Modells, sondern auf die Ermöglichung nicht vorhersehbarer Entwicklungen. Während im Kapitalismus solche Entwicklungen immer wieder der Kapitalverwertung unterworfen werden und deshalb schnell *eindimensional* werden (Herbert Marcuse), besteht, so die heutige Diskussion, der Sozialismus des 21. Sozialismus gerade darin, eine Welt zu schaffen, in der viele Welten Platz haben. Weder Zerstörung der kulturellen, noch der biologischen oder sozialen Vielfalt, sondern ihre Erhöhung ist das Ziel. Es geht um die Erzeugung von Formen und Wegen der Ko-Evolution anstelle der Durchsetzung einer westlichkapitalistischen Monokultur.

Drittens: Sozialismus wird sich im 21. Jahrhundert nur dann behaupten können, wenn er sich der Vielfalt sozialer Erfahrungen, Visionen, Lebensentwürfe und Praktiken öffnet. Dies ist nicht einfach. So wesentliche Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften tendieren unvermeidlich dazu, bestimmte Formen des Handelns und Denkens zu privilegieren. Die Orientierung auf Wählerunterstützung und Mitgliederwerbung, Streikaktionen und dauerhaftes Engagement in oft sehr zentralisierten Strukturen erzeugen Tendenzen der Schließung und Ausgrenzung. Die Öffnung gegenüber sozialen Bewegungen, kulturellen Initiativen, die Schaffung offener Räume ist eine der wichtigsten Aufgaben sozialistischer

SEMINARZUTAT

Grundüberlegungen zum offenen Sozialismus finden sich u. a. in: Christoph Spehr: Wem gehört die Partei? Moderne Linkspartei, Offene Organisation, Offener Sozialismus (http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Spehr-Partei.pdf).

Eine Begründung der Notwendigkeit von Zentralisation und Konzentration für den Sozialismus wurde u. a. gegeben in:

Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Politik. Hamburg 2004. Einen umfassenden Einblick in die internationale Diskussion geben: u. a.: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen, Peter Waterman: Eine andere Welt – Das Weltsozialforum. Berlin 2004 (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_15.pdf). Dort sind auch Beispiele konkreter Aktionen gegeben, die das neue Verhältnis von Offenheit und Zielorientierung beschreiben.



Politik, die zugleich aber auf die hochorganisierten Handlungsformen von Parteien oder Gewerkschaften angewiesen bleiben.

Viertens: Offenheit ist auf den freien Zugang zu Informationen und Handlungsressourcen angewiesen. Partizipative öffentliche Sektoren, Netzwerke, Dienstleistungen, ein öffentliches Bildungssystem, eine Informationsgesellschaft, deren Grundlagen *open source* und *open access* sind, gehören dazu. Offenheit verlangt Öffentlichkeit im umfassenden Sinne – öffentliches Eigentum, öffentliche Dienstleistungen, Wirtschaftssektoren in öffentlicher Hand, öffentliche Wirtschaftsregulation, partizipative Öffentlich-

keit der wichtigsten Medien, öffentliche Analyse und Kritik aller Formen von Herrschaft.

Nach welchen Prinzipien müsste eine solche neue Öffentlichkeit arbeiten, welchen Zielvorgaben müsste sie entsprechen, wie sollte sie organisiert werden, damit sie sich nicht in ein neues Gehäuse zentralistischer Hörigkeit und Herrschaftsinstrument verwandelt?

Bruch und Kontinuität – Transformation

Die Erfahrungen mit Krieg, Völkervernichtung, brutaler Unterdrückung und Ausbeutung haben immer wieder dazu geführt, die gegenwärtige Gesellschaft in ihrer Gänze einfach abzulehnen und Sozialismus zunächst vor allem als Beseitigung aller Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu definieren. Sie wurden ausschließlich als Herrschaftsinstrumente verstanden. Sozialismus oder Kommunismus schienen so vor allem Gesellschaft ohne Geld, ohne Recht, ohne Staat. Diese seien nur so lange für eine Übergangszeit notwendig, wie die »Muttermale der alten Gesellschaft« (Karl Marx) noch nicht überwunden sind – vor allem die Unterordnung der Menschen unter die knechtende Teilung der Arbeit.

Die Auffassung vom totalen Bruch wirft die Frage danach auf, wie dann das Neue selbst beschaffen sein soll, welche Institutionen eine alternative Gesellschaft ohne Staat, Märkte und Recht prägen, welche Machtverhältnisse dann entstehen, wie diese emanzipativ und solidarisch kontrolliert und gerichtet werden können. Nach den Erfahrungen mit dem Staatssozialismus ist auch zu beantworten, wie die Innovations- und Entwicklungsfähigkeit einer neuen Gesellschaft gesichert wird.

Dieser Aufforderung zum totalen Bruch und zu Tabula rasa stand immer eine Position gegenüber, die Sozialismus durch die veränderte Nutzung der vorhandenen Formen von Vergesellschaftung erreichen wollten – als sozialistische Marktwirtschaft mit einem sozialistischen Staat und sozialistischem Recht. Die Erringung staatlicher Macht (parlamentarisch oder außerparlamentarisch) sollte dazu dienen, die Apparate der alten Gesellschaft neuen Zwecken unterzuordnen. Es wurde zudem auf die Errungenschaften früherer Kämpfe verwiesen (wie den Sozialstaat, das allgemeine Wahlrecht und andere demokratische Freiheiten), die zu bewahren seien.

Der Position einer radikalen Reformpolitik, die Sozialismus vor allem als Ausdehnung und Verallgemeinerung von Errungenschaften sozialer Regulierung und Umorientierung der kapitalistisch geprägten Gesellschaft versteht und im Ausbau dieser Errungenschaften zugleich diese Profitdominanz überwinden will, stößt ihrerseits auf Probleme: Inwiefern ist zum Beispiel der Sozialstaat nicht mehr nur ein Zugeständnis der Herrschenden und zugleich Reproduktionsbedingung des Kapitalismus, sondern ein

Element einer alternativen, nichtkapitalistischen Ordnung? Erleichtern solche Elemente nur die Machtausübung der Herrschenden oder schaffen sie nicht wirkliche Räume für Emanzipation und Solidarität? In welchem Maße ist die repräsentative oder auch direkte Demokratie heute mehr als eine Form des kontrollierten Machtwechsels von Eliten und der Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern zur besseren Verwaltung des Bestehenden und hat Ansätze hervorgebracht, die darüber hinausgehen? Würde eine solche demokratische Transformation nicht auf den bewaffneten Widerstand der Herrschenden stoßen wie 1973 in Chile?

Unternehmen, Wettbewerb und solidarische Regulierung

Die Entwicklungsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft war schon von Marx im »Manifest« 1848 enthusiastisch gewürdigt worden: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.«

Diese Fähigkeit der bürgerlichkapitalistischen Gesellschaften zu permanenten Um-

SEMINARZUTAT

In der Linken gibt es gegenwärtig sehr unterschiedliche Auffassungen zum Übergang in eine andere Gesellschaft. Vgl. dazu vor allem: John Holloway: *Aufhören, den Kapitalismus zu machen* (http://www.grundrisse.net/grundrisse11/11john_holloway.htm); Wolfgang Fritz Haug: *Zur Dialektik des Antikapitalismus* (http://www.espaces-marx.eu.org/IMG/pdf/WFHaug_DialAntikapitalismus.pdf); Michael Brie, Dieter Klein: *Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung* (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/standpunkte-0702.pdf).

Welches Verständnis von Kapitalismus und Sozialismus liegt diesen Auffassungen zugrunde? Welche Widersprüche sollen transformiert oder revolutioniert werden?

»Aus diesen Problemen und Defiziten der Planung im Realsozialismus sowie aus den grundlegenden Widersprüchen der Markt- und Profitregulierung des Kapitalismus können einige Schlussfolgerungen für die Wirtschaftsplanung/Regulierung unter Bedingungen eines demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert abgeleitet werden:

- Sie sollte vor allem als eine makroökonomische Planung und als komplexe Planung wichtiger Struktur und Innovationsprozesse zur Erfüllung sozialer und ökologischer Ziele und nicht als verbindliche Festlegung von Einzelprozessen und detaillierten Produktionsaufgaben der Wirtschaftseinheiten realisiert werden. Das bedeutet, das Ausmaß zentraler Planung im Vergleich zur bisherigen Praxis radikal zu verringern.
- Demokratisierung und Transparenz von Entscheidungsprozessen und ihre stärkere Untersetzung durch aussagefähige Wirtschaftlichkeitsrechnungen sind unverzichtbar für die Wirtschaftsplanung in einem demokratischen Sozialismus.
- Die Planung muss darauf gerichtet werden, die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten so zu qualifizieren, dass die Betriebe einen größeren Spielraum für die Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses und für unternehmerisches Handeln erhalten, und es in ihrem Interesse liegt, einen optimalen Beitrag für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Zielstellungen und zur Einhaltung der Kriterien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten.«

Klaus Steinitz

»Die Generalisierung der ökologischen Produktion unter sozialistischen Bedingungen kann die Bedingungen für die Lösung der gegenwärtigen Krise schaffen. Eine Gesellschaft frei assoziierter Produzenten blockiert ihre eigene Demokratisierung nicht ...

Sie überwindet dadurch die imperialistischen Impulse zugleich subjektiv und objektiv. In der Realisierung eines solchen Ziels kämpft sie für die Überwindung aller Formen von Herrschaft, insbesondere auch der von Geschlecht und Rasse.

Und sie lässt die fundamentalen Missbildungen und ihre terroristischen Manifestation hinter sich. Es wird so letztlich eine Weltgesellschaft geschaffen mit einem Maß an ökologischer Harmonie mit der Natur, wie sie unter den gegenwärtigen Bedingungen unvorstellbar ist. Im Ergebnis dieser Tendenzen würde es zum Beispiel praktisch dazu kommen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, jenem untrennbaren Bestandteil des industriellen Kapitalismus, abzuschütteln. Und dies kann die materielle Grundlage dafür schaffen, jene Länder zu befreien, die dem Öl-Imperialismus unterworfen sind, und gleichzeitig die globale Klimaerwärmung einzudämmen ...«

Joel Kovel and Michael Löwy:
An Ecosocialist Manifesto

wälzungen, von Joseph A. Schumpeter als »schöpferische Zerstörung durch Wettbewerb« bezeichnet, ist ungebrochen. In vorbürgerlichen Gesellschaften sind fast alle Ressourcen in feste Gemeinschaften eingebunden und werden auf tradierte Weise über Jahrhunderte faktisch unverändert benutzt. Handel ist auf den Austausch weniger Produkte beschränkt.

In dem Augenblick aber, wo die Arbeitskraft sehr vieler Menschen wie aber auch alle anderen Ressourcen zu Waren werden, können sie in immer neuer Weise, also auch innovativ, genutzt werden. Sobald nicht mehr traditionelle Gemeinwesen, sondern Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen müssen, zur wichtigsten Produktionsform werden, hängt ihr Überleben davon ab, preiswerter oder innovativer als andere zu sein. Dies zwingt sie zu ständiger Veränderung. Auch das Verhältnis von Staaten ist durch diesen Wettbewerbsdruck gekennzeichnet. Parteien, Gewerkschaften, Wissenschaftler und Intellektuelle, jede und jeder einzelne auf dem Arbeitsmarkt wird davon erfasst.

Die innovative Veränderung von Unternehmen und Organisationen, das ständige Lernen und Beschreiten neuer Wege, die Entdeckung immer neuer Bedürfnisse, Verfahren, Produkte, die Schaffung neuer Institutionen und Regeln, die permanente Veränderung von Lebensweisen und Arbeitsformen ist das Kennzeichen der Moderne. Sie basiert auf der Kombinations und Rekombinationsmöglichkeit der gesellschaftlichen Ressourcen: Arbeitskraft, Rohstoffe, Produktions- und Transportmittel, Wissen, kulturelle Fähigkeiten und Begabungen, Leidenschaften und Genüsse.

Diese Fähigkeit zur ständigen Erneuerung hat zwei institutionelle Grundbedingungen – die Möglichkeit der freien Verfügung über Ressourcen und den Wettbewerb um ihre effizienteste Nutzung. Ohne eine freie Verfügung besteht keine Möglichkeit der Innovation, ohne Wettbewerb keine Notwendigkeit.

Von zwei Seiten wurden diese Institutionen moderner Entwicklungsfähigkeit durch Sozialisten in Frage gestellt:

Erstens gehört es zu den Grundauffassungen des Sozialismus, die Verfügung über Ressourcen einer gesellschaftlichen Kontrolle und Regulierung zu unterwerfen. Was aber bedeutet dies? So wird gefordert, jedem Vorschlag zur Veränderung sei erst durch alle Betroffenen zuzustimmen – durch eine umfassende Demokratisierung, eine zentralisierte Planwirtschaft, durch einen computerisierten Abstimmungsprozess, durch die völlige Dezentralisation einer Subsistenzwirtschaft, wo nur für den eigenen Gebrauch produziert wird usw. Durch diese Mitbestimmung, Planung und Kontrolle soll die Verselbständigung der Gewalten als Kapitalmacht, als Staat, Militär oder Ideologie verhindert werden.

Wie aber können Planung und Kontrolle so gestaltet werden, dass dabei nicht zugleich die Möglichkeit jeder Erneuerung im Keime erstickt wird, Interessen bloßer Bewahrung sich nicht gegen jede Veränderung durchsetzen, individuelle Freiheit nicht kollektiver Stagnation geopfert wird? Freie Entwicklung der Einzelnen kann nicht von freier Verfügung über Ressourcen getrennt werden. Deshalb muss es auch möglich sein, jede konkrete Verbindung von Produzenten und Produktionsmitteln immer wieder aufzusprengen – durch Wahl eines neuen Arbeitsplatzes oder durch die Umstrukturierung von Unternehmen.

Und zugleich ist diese Freiheit so auszurichten, dass sie zur solidarischen Entwicklung aller beiträgt. Welche Mittel sind dafür auf welchen Gebieten die richtigen?

Zweitens gehört es zum Grundverständnis des Sozialismus, dass Kooperation und nicht Konkurrenz die Grundform des Zusammenwirkens einer neuen Gesellschaft darstellen soll. Gemeinsame solidarische Entwicklung müsse den Verdrängungswettbewerb ablösen.

In welchem Verhältnis aber steht Solidarität zur Veränderung und Erneuerung? Soll jeder Produktionsbetrieb auch dann bestehen bleiben, wenn die Produktivität sehr gering ist und sein Erhalt nur dann möglich wäre, wenn größere gesellschaftliche Ressourcen zur Subvention eingesetzt würden? Wie steht es mit Parteien, die keine Wähler mehr haben? Wie mit Zeitungen, die keiner liest? Gilt Kooperation und Solidarität vor allem den Individuen und Lebensgemeinschaften oder auch allen Organisationen und Unternehmen? Müssen sich letztere nicht auch und vor allem nach Nutzenskriterien im Wettbewerb bewähren, Nutzenskriterien, die demokratisch und sozial bestimmt werden?

SEMINARZUTAT

Die Frage des Verhältnisses von Markt, Wettbewerb, Unternehmen und sozialistischer Gesellschaft ist u.a. diskutiert worden in: Michael R. Krätke: Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus (<http://www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf>); Klaus Steinitz: Erfahrungen, Probleme und Schlussfolgerungen aus dem Sozialismusversuch in der DDR – Defizite, Aufhebungswertes, Konsequenzen (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Steinitz061111.pdf); Joachim Bischoff: Staatssozialismus – Marktsozialismus

China als Alternative zum sowjetischen Weg? Hamburg 1993; Rainer Land: Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus, Das Argument Nr. 233.

Sozialismus und ein neues Naturverhältnis

Der Übergang von den traditionellen Gesellschaften auf der Basis von Landwirtschaft und Viehzucht zum modernen Kapitalismus auf der Grundlage von Industrie und Dienstleistungen sowie globalen Kommunikationsmedien hat zu einer Krise des Verhältnisses zur inneren und äußeren Natur geführt. Die Grenzen eines expansiven Wachstums zeigen sich einerseits in der Erschöpfung nichterneuerbarer Naturressourcen, andererseits in der Zerstörung der Lebensgrundlagen (Erderwärmung, Umweltzerstörung, Verwüstung usw.), sowie in Krisen der psychosozialen Überlastung des Individuums und seiner Solidargemeinschaften.

In den letzten 25 Jahren ist der Verbrauch an Primärenergie um sechzig Prozent gestiegen. Die Durchschnittstemperaturen werden im Laufe des 21. Jahrhunderts um zwei bis vier Grad zunehmen. Die Wasserknappheit wird dramatisch steigen.

Das heutige Wirtschaftssystem und die vorherrschende Lebensweise stehen in einem fundamentalen Widerspruch zu den Erfordernissen ökologischer Systeme – sie basieren auf der Ausbeutung nicht erneuerbarer Rohstoff- und Energiequellen. Die Umstellung auf Solarenergie (die Sonne ist der eigentliche dauerhafte Energiequelle der Erde) und der Übergang zu relativ geschlossenen Stoffkreisläufen stellen die nächste große technologische Revolution dar, vergleichbar dem Übergang vom Sammeln und Jagen zur Landwirtschaft bzw. dieser zur Industrie.

Ökosozialistische Strömungen betonen mit großem Nachdruck, dass eine solche technologische Revolution nur möglich ist, wenn die Dominanz der expansiven Kapitalverwertung überwunden wird, wenn politische Entscheidungen an den Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, wenn der egoistische *homo oeconomicus* durch eine Orientierung auf gegenseitige Unterstützung und Kooperation abgelöst wird.

SEMINARZUTAT

Zur sozialistischen Begründung eines neuen Naturverhältnisses:

Joel Kovel and Michael Löwy: *An Eco-socialist Manifesto* (<http://members.op-tushome.com.au/spainter/Ecosocialist.html>); Karl Hermann Tjaden: *Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre, Über die gesellschaftliche Dialektik von Mensch und Natur*, Marburg 1992; Saral Sakar; Bruno Kern: *Ökosozialismus oder Barbarei – eine zeitgemäße Kapitalismuskritik*, Mainz 2004

Sozialismus als Kulturgesellschaft – Zivilisation und Barbarei

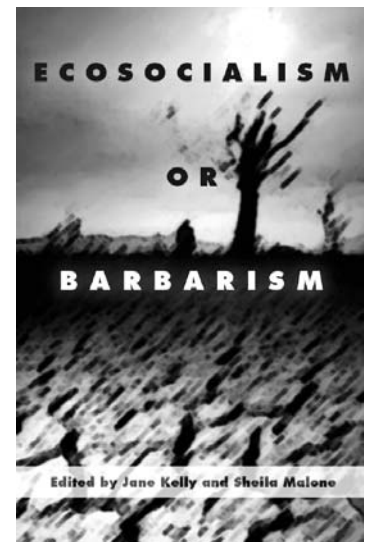
Die kurz dargestellte neue Art innovativer Entwicklung einer modernen Gesellschaft ist an keinen vorhergegebenen Standard mehr gebunden. Es wird buchstäblich alles möglich. Jeder feste Halt verschwindet. »Gott ist tot!« konstatierte Friedrich Nietzsche. Zivilisatorische Fortschritte und schrecklichste, vorher ungekannte Barbarei prägten die letzten zweihundert Jahre.

In Mitteleuropa verdoppelte sich die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1840. Sie stieg jedes Jahr um drei Monate an! Allgemeine Schulbildung, ein umfassendes Sozialsystem wurden eingeführt. Bis 1750 lag die weltweite Steigerung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts bei nicht mehr als 0,08 Prozent (weniger als ein Tausendstel pro Jahr). Dies verdoppelt sich dann bis 1850, verfünffacht sich für die Zeit zwischen 1850 und 1950 (0,88 Prozent) und erreichte zwischen 1950 und 1990 über 2,2 Prozent (<http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswachstum>). Dies hat große Wohlstandszuwächse bei rd. sechzig Prozent der Weltbevölkerung ermöglicht und gefährdet zugleich immer stärker das ökologische Gleichgewicht.

Den Zivilisationsfortschritten der letzten 200 Jahre steht eine unglaubliche Barbarei gegenüber. Sie ging mit einer Entfesselung der Gewalt einher. Das 20. Jahrhundert war gegenüber vorhergehenden Zeiten durch eine unerhörte Steigerung von Gewalt gekennzeichnet. Der US-amerikanische Historiker Joseph Rummel kommt auf der Basis sehr umfassender Studien zu dem Schluss, dass in den 25 Jahrhunderten zuvor 40 Millionen Soldaten Kriegen und über 130 Millionen Zivilisten Terror, Massakern und Verbrennung zum Opfer fielen. Im 20. Jahrhundert waren es 110 Millionen Kriegstote und 192 Millionen durch Massenmorde!

Karl Kautsky sprach die Grundüberzeugung der marxistischen Sozialdemokratie aus, als er 1891 schrieb: »Ein Beharren in der kapitalistischen Zivilisation ist unmöglich; es heißt entweder vorwärts zum Sozialismus oder rückwärts in die Barbarei.« Der sowjetische Staatssozialismus ist auch deshalb zu Recht gescheitert, weil er mit seiner weitgehend unkontrollierten Konzentration von Macht, der extremen Missachtung der grundlegendsten Freiheitsrechte der Einzelnen sowie einer extensiven Naturausbeutung barbarische Tendenzen der Moderne nicht eindämmen konnte.

Anthropologisch ist der Mensch im Unterschied zu jedem anderen uns bekannten Wesen zu allem fähig. Sein Verhalten ist nicht biologisch festgelegt. Moderne Gesellschaften potenzieren diese Fähigkeiten bis hin zur industriellen Vernichtung von großen Menschengruppen, globalen Massenvernichtungswaffen, der im-

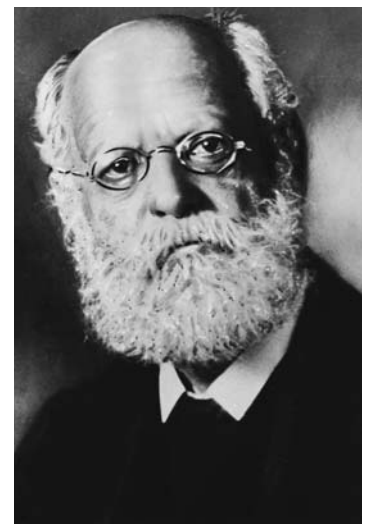


»Zu allem einmal Erfundenen sind wir verflucht. Und zwar deshalb, weil wir es immer wieder herstellen können; und das nicht nur können, sondern uns als Massenhersteller dazu verpflichtet fühlen, von jedem Modell so viele Exemplare wie möglich herzustellen; und uns dazu nicht nur verpflichtet fühlen, sondern effektiv unfähig sind, plötzlich unfähig zu sein: nämlich dasjenige, was wir können, plötzlich nicht mehr zu können.«

Günther Anders

»Es gibt nur eine einzige produktive Lösung für die Beziehung des Menschen zur Welt: seine aktive Solidarität mit allen Mitmenschen und sein spontanes Tätigsein, Liebe und Arbeit, die ihn wieder mit der Welt einen, nicht durch primäre Bindungen, sondern als freies, unabhängiges Individuum.«

Erich Fromm



Karl Kautsky (1854–1938)

mer wahrscheinlicher werdenden ökologischen Katastrophe oder auch der genetischen Veränderung des Menschen selbst. Die menschliche Gattung bringt ständige neue und machtvollere Instrumente ihrer eigenen Auslöschung hervor. Zugleich sind die heutigen Gesellschaften unzureichend oder nicht in der Lage, diese eigenen Fähigkeiten zivilisatorisch zu kontrollieren und human auszurichten.

Angeichts dieses sich zuspitzenden Gegensatzes zwischen Fähigkeiten zur Herstellung von Gütern und Fähigkeiten zur Kontrolle und Ausrichtung dieser innovativen Potentiale hat sich Sozialismus als Bewegung hin zu einer alternativen Ordnung im 21. Jahrhundert doppelt zu bewähren – zivilisierend und kulturell.

Die Alternative »Sozialismus oder Barbarei« impliziert, dass Sozialismus eine zivilisatorische Aufgabe hat – die Vertreibung der Gewalt aus der Gesellschaft, ihre möglichst umfassende Pazifizierung – nach innen, nach außen und im Verhältnis zur Natur.

Drei Aspekte werden dabei immer wieder hervorgehoben: Erstens geht es um die *Verhinderung von Gewalt*. Dazu gehört die Entstehung breiter sozialer Bewegungen gegen den Krieg genauso wie der Einsatz für das Völkerrecht, die Durchsetzung des Gewaltmonopols der UNO, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sowie der Stopp von Rüstungsexporten. Zweitens wird von sozialistischer Seite die *Überwindung der sozialen Ursachen von Gewalt* angestrebt – des militärischindustriellen Komplexes, aggressiver Kapitalmacht, einer Ressourcen verschlingenden, auf nichterneuerbaren Energiequellen basierenden Produktions- und Lebensweise, Armut und soziokulturellen Desintegration, politischen Entscheidungsstrukturen, die der Kapitalherrschaft und kurzfristigen Interessen untergeordnet sind usw.

Drittens: Das 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass Barbarei in ihren vielen Formen nur dann zurückgedrängt und überwunden werden kann, wenn die heutige Kultur des grenzenlosen Expansionismus und Imperialismus, der Ausrichtung auf Macht und Konsum, des Hedonismus

und Egoismus, der individuellen Verlassenheit und der Angst abgelöst wird durch eine neue Kultur der schöpferischen Selbstverwirklichung und der Solidarität. In diesem Sinne strebt Sozialismus tatsächlich eine Kulturrevolution und die Unterordnung von Politik und Wirtschaft unter eine Kultur freier solidarischer Entwicklung einer und eines jeden an.

Einige Schlussfolgerungen

Die Geschichte und Gegenwart sozialistischen Denkens und sozialistischer Politik ist von Widersprüchen geprägt. Alle Versuche, diesen Widersprüchen zu enttrinnen, sind immer wieder gescheitert. Sozialdemokraten und Kommunisten, Reformer und Revolutionäre, Revisionisten und Dogmatiker, Etatisten und Anarchisten, Vertreter des Parlamentarismus und der außerparlamentarischen Opposition standen sich zumeist unversöhnlich und fremd bis feindlich gegenüber.

»Die Kunst, auf moderne Art sozialistisch zu denken und zu handeln, bestünde viel mehr darin, Gegensätze so zu vermitteln, dass ...«

»Dabei stehen folgende Fragen an:«

- Welche Reformen führen zu einer substantiellen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse und weisen über den Kapitalismus hinaus? Welche Politik, die auf grundsätzliche Veränderungen zielt und insofern revolutionär ist, findet einen Einstieg in diese Veränderungen, der mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritten verbunden ist?
- Welche Radikalpolitik ist zugleich Realpolitik im Sinne wirklicher Fortschritte für jene, die von Ausgrenzung, Unterdrückung und Ausbeutung betroffen sind? Und welche Realpolitik verändert die Gesellschaft in diesem Sinne?
- Wie kann Arbeit in Parlamenten (und Regierungsbeteiligung?) für die Stärkung von sozialen, demokratischen, gewerkschaftlichen und anderen alternativen Kräften eingesetzt werden, wie können dadurch die Bedingungen emanzipativer Bewegungen verbessert werden? Wie können außerparlamentarische Kräfte Einfluss nehmen, um die politischen Kräfteverhältnisse zu verändern?
- Wie kann durch staatliche Reformen Profitdominanz zurückgedrängt und öffentliches Eigentum geschützt und erweitert, öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Regulation ausgebaut werden? Und wie kann außerparlamentarisches Wirken auch dafür eingesetzt werden, um staatliche Politik direkt oder indirekt zu beeinflussen?
- Wie können Reformbestrebungen unterschiedlicher Kräfte auf verschiedenen Handlungsebenen (lokal, regional, national, global) die nötige Konsistenz erlangen, um eine Um-

SEMINARZUTAT

Die Frage des Sozialismus als einer Kulturrevolution und notwendigen Bedingung, um einen Absturz in Barbarei zu verhindern, wurde u. a. erörtert in:

Erich Fromm: Den Vorrang hat der Mensch. Ein sozialistisches Manifest und Programm (<http://www.erich-fromm.de/data/pdf/1960b-d.pdf>); Cornelius Castoriadis: Sozialismus oder Barbarei. Analysen und Aufrufe zur kulturrevolutionären Veränderung. Berlin 1980

gestaltung der Verhältnisse hervorzubringen, die eine neue relative Stabilität und Steuerung der sozialen, der ökonomischen und der Naturverhältnisse gewährleistet?

Der Raum sozialistischer Politik

Eingreifendes sozialistisches Denken und Handeln kann als Wirken einer Pluralität von Akteuren in einem widersprüchlichen Raum verstanden werden. Sehr vereinfacht können vier Pole dieses Raums ausgemacht werden, die durch zwei Achsen gebildet werden: (1) die Achse gesellschaftliche Reproduktion vs. individuelles Leben und (2) die Achse von Machtkonzentration vs. Machtdezentralisation (Grafik 1). Unseres Erachtens sind dies die beiden fundamentalsten Widersprüche:

- zum einen der Widerspruch zwischen der langfristigen Erhaltung der Gesellschaft (ihre ökologische Dimension mit bedenkend) und der Einmaligkeit und Endlichkeit der Individuen;
- zum anderen der Widerspruch zwischen der Konzentration von wirtschaftlicher, politischer und kultureller Macht einerseits (die nötig ist, um bestehende massive Machtverhältnisse gegen starke Interessengruppen durchzusetzen) und der freien Selbstverwaltung andererseits.

Ein solches Verständnis von Sozialismus als Wirken in einem widerspruchsvollen Raum kann helfen, die Konflikte sozialistischer, kommunistischer und anderer emanzipativer Kräfte besser zu verstehen und Formen der produktiven Bearbeitung dieser unvermeidlichen Konflikte zu finden.

Kernelemente sozialistischen Handelns

Folgt man diesem Verständnis von Sozialismus als Wirken in einem widerspruchsvollen Raum, dann ergeben sich vier einander ergänzende Kernelemente sozialistischen Handelns: (1) die gesellschaftliche Steuerung durch öffentliche Regulation und Planung; (2) die Organisation von Gegenmacht gegen die Vorherrschaft von Kapital, Patriarchat oder Rassismus, durch freie gesellschaftliche Organisation (Gewerkschaften, Bewegungen) und durch institutionelle Demokratisierung; (3) die Sicherung und Befriedigung menschlicher Bedürfnisse durch öffentliches Eigentum und öffentliche Daseinsvorsorge; sowie (4) Projekte freier Kooperation, die sich auf der Basis eigener Ressourcen nach eigenen Vorstellungen organisieren, gestützt auf individuelle, materiell unterlegte Freiheitsrechte.

Sozialistische Politik bekämpft demnach Unterdrückung, indem sie Gegenmacht mobilisiert in Form von gesellschaftlicher Planung und Demokratisierung. Sie bekämpft Ausgrenzung, indem sie den Raum des Öffentlichen ausbaut und soziale Garantien gibt, aber gleichzeitig auch Räume zur freien Selbstentfaltung eröff-

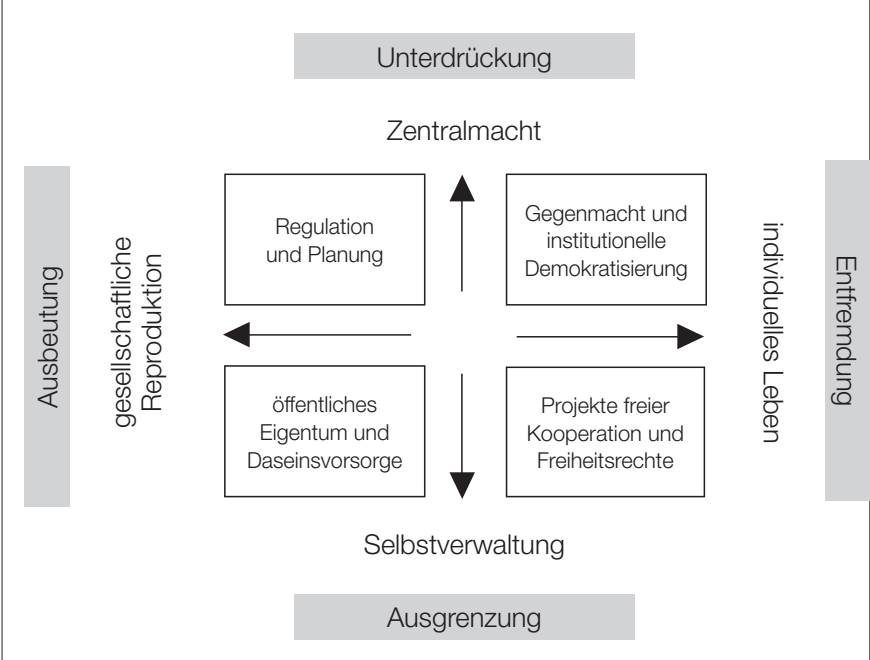
net und absichert. Planung und Öffentlichkeit wenden sich gegen die Ausbeutung des Menschen, der Natur und der Zukunft; während Demokratisierung und Selbstentfaltung sich gegen die Entfremdung des Menschen wenden, die entsteht, wenn das Individuum keine Kontrolle über seine unmittelbaren Lebensumstände und sein soziales Umfeld hat.

Zwischen diesen Hauptrichtungen sozialistischen Handelns gibt es Spannungen und Widersprüche. Je konzentrierter und organisierter staatliche und wirtschaftliche Macht wird, je mehr Gesellschaft von zentraler Planung und großen gesellschaftlichen Organisationen bestimmt ist, desto stärker geraten Strukturen der Selbstverwaltung unter Druck, und die Gefahr neuer Ausgrenzung nimmt zu. Je stärker die gesellschaftliche Reproduktion in den Mittelpunkt rückt, je mehr Regulation und Öffentlichkeit das Leben und seine Ökonomie ordnen, desto schwieriger wird es, individuelle Lebensentscheidungen und nichttraditionelle Formen der Selbstverwirklichung zu leben – das Individuum und seine Freiheit erscheinen als Störfaktor und Gefahr für die Gemeinschaft, und neue Entfremdung entsteht, weil alles schon entschieden scheint. Eine starke, einseitige Betonung der individuellen Freiheiten und der Selbstverwaltung kann dagegen bedeuten, dass Unterdrückung und Ausbeutung nicht hinreichend bekämpft werden, weil keine gemeinsame organisierte Macht entsteht, die selbstverstärkender Ungleichheit und überkommenen Dominanzstrukturen entgegentritt und Risiken für Mensch, Natur und Ökonomie gezielt gegensteuert. Das zentrale Anliegen des Sozialismus: die Ausbeutung und die Knechtung des Menschen durch den Menschen zu beenden, Herrschaft

»Die orthodox marxistisch-leninistische Position hingegen ist zwar für ›Brot‹ und ›Frauenemanzipation‹, definiert aber Frauenkämpfe immer als ›spezifische‹ Kämpfe, im Gegensatz zum ›allgemeinen Kampf‹: dem Klassenkampf, dem antiimperialistischen Kampf, dem nationalen Befreiungskampf. Frauenkämpfe, z.B. gegen Prostitution, Vergewaltigungen, für Liberalisierung der Abtreibungsgesetze, für Kinderkrippen, niedrige Preise usw. gelten außerdem nicht als politisch, sondern als privat, weil sie sich typischerweise auf den sogenannten ›Reproduktionsbereich‹ beziehen, nicht aber auf den sogenannten ›Produktionsbereich‹ ... Nur wenn die ›spezifischen‹ Frauenkämpfe dem allgemeinen Kampf untergeordnet werden können, sind sie zu fördern. Sonst gelten sie als gefährliche Ablenkungen und als Versuche, die Einheit der Arbeiterklasse oder des Volkes zu spalten.«

Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies, Claudia v. Werlhof: Frauen, die letzte Kolonie (1983)

Grafik 1: Raum sozialistischer Politik



und ungleiche Partizipation (d.h. die Klassengesellschaft) abzuschaffen, ist daher eine bleibende Aufgabe. Sie wird in einer sozialistischen Gesellschaft lösbar, aber dies ist ein langwieriger prozess und eine Sache von Kämpfen, Auseinandersetzungen und kreativen Lösungen. Diese Tatsache nicht zu sehen oder gezielt zu verschweigen, ist der schnellste Weg in neue Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen, in neue Entfremdung und Ausgrenzung, in das Entstehen neuer Herrschaftsformen.

Einseitige Sozialismus-Varianten

Die verschiedenen Richtungen und Strömungen der sozialistischen Bewegung lassen sich vereinfacht durch ihre Positionierung im Raum sozialistischer Politik darstellen. Die Konflikte und Gegensätze können so als gegensätzliche Ausprägungen verstanden werden, die jeweils verschieden auf die Herausforderungen der Zeit und der Kräfteverhältnisse reagierten, mit unterschiedlichen Stärken und Blindheiten. So war die sozialistische Bewegung im 20. Jahrhundert geprägt von zwei Hauptgegensätzen, in denen jeweils zwei Lager eine Seite des sozialistischen Raums einseitig betonten.

Ein Hauptgegensatz bestand zwischen dem kommunistischen und dem anarchistischen Verständnis von Sozialismus. Der Kommunismus, wie er sich als Richtung in den 1920er und 1930er Jahren des 20. Jahrhunderts formierte, betonte die Aspekte des öffentlichen Eigentums (als vollständiges Staatseigentum an den Produktionsmitteln und vollständige staatliche Organisation öffentlicher Daseinsvorsorge) und der staatlichen Planwirtschaft als vollständiger Regulation der Ökonomie durch eine zentrale Kommandostruktur. Unabhängige gesellschaftliche Organisation von Gegenmacht (Gewerkschaften, Bewegungen) und die Demokratisierung von Institutionen (durch Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Parteien) waren dagegen unterentwickelt, ebenso wie der Aspekt der individuellen Freiheiten und der notwendigen Spielräume für freie Kooperation und Projekte von unten (Grafik 2).

Der Anarchismus, der in Gestalt der anarcho-syndikalistischen Bewegung in Spanien, aber auch z. B. in Lateinamerika zu Bedeutung und Einfluss kam, hatte dagegen keinen ausgeprägten Begriff von der Notwendigkeit staatlicher Wirtschaftsplanung oder öffentlichen Eigentums und öffentlicher Daseinsvorsorge. Stattdessen sollte die Organisation gesellschaftlicher Gegenmacht die Staatsmacht und den Zentralstaat auflösen. Wirtschaft und Gesellschaft sollten aus der unabhängigen Selbstorganisation von unten neu gebildet werden, aus den Landkommunen, Gemeinden und Produktionsgenossenschaften.

Als Folge der jeweiligen Einseitigkeit, die ver-

schiedenen historischen Erfahrungen und unterschiedlichen Organisationskulturen entsprach, konnte der Anarchismus zwar phasenweise starke Basismobilisierungen hervorbringen, jedoch keine stabilen gesamtgesellschaftlichen Strukturen produzieren und verteidigen. Die kommunistische Bewegung dagegen konzentrierte sich auf den Aufbau sozialistischer Nationalstaaten mit starker Machtkonzentration und erheblicher staatswirtschaftlicher Dynamik. Das ungenügende Verständnis von Freiheitsrechten und Demokratie produzierte jedoch neue Formen von Unterdrückung und Entfremdung, die dann wieder der Ansatzpunkt neuer Opposition wurden, die jedoch in den kommunistischen Systemen keine staatliche Anerkennung und öffentliche Handlungsmöglichkeit hatte.

Ein zweiter Hauptgegensatz der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert war der zwischen Sozialdemokratie und Linksradikalismus. Der »demokratische Sozialismus« der Sozialdemokratie verband den Willen zur staatlichen Regulierung und Planung von Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Bekenntnis zur Demokratie und zur eigenständigen Bedeutung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Mit der Einbindung in die kapitalistischen Nachkriegsgesellschaften wurde jedoch der Anspruch auf öffentliches Eigentum (auch an Produktionsmitteln) und öffentlicher Daseinsvorsorge (als staatlicher Organisation wesentlicher Versorgungssysteme) immer stärker zugunsten der Orientierung auf eine bloße »soziale Marktwirtschaft« aufgegeben. Auch individuelle Aneignung und die Gestaltungsrechte der lokalen Ökonomie, in der die Sozialdemokratie ursprünglich stark verwurzelt war, wurden im Zuge der zunehmenden Öffnung für den Weltmarkt und der Akzeptanz kapitalistischer Marktmacht und sozialer Ungleichheit untergeordnet.

Der Gegenpart zur Sozialdemokratie in der sozialistischen Geschichte des 20. Jahrhunderts war dabei der Linksradikalismus. In Abgrenzung von der Sozialdemokratie betonte der Linksradikalismus genau diese »untere Hälfte« des sozialistischen Raums. Abschaffung des Kapitalismus bedeutete demnach Verstaatlichung der Produktion, um die Bedürfnisse der Bevölkerung direkt durch staatliche Systeme zu

Grafik 2: Sozialismus sowjetischen Typs

starke Regulation und Planung	schwache Gegenmacht u. institutionelle Demokratisierung
starkes öffentl. Eigentum u. öffentl. Daseinsvorsorge	schwache Projekte freier Kooperation u. Freiheitsrechte

befriedigen. Die Abschaffung des Profitprinzips (und privater Eigentumsrechte) sollte dafür sorgen, dass Projekte freier Kooperation sich ungehindert von Wirtschaftlichkeitserwägungen entfalten könnten. Die antiautoritäre Komponente des Linksradikalismus speiste sich stark aus seiner unbedingten Ablehnung jedweden »Verwertungsdenkens«, jedweder »Ökonomisierung« sozialer Verhältnisse. Die soziale Selbstentfaltung und gesellschaftliche Tätigkeit sollte weder von großen Institutionen gegängelt werden, noch abhängig sein von ihrer »Nützlichkeit« für gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozesse.

Der Linksradikalismus hatte ein wenig problembewusstes Verhältnis zur ökonomischen Gesamtplanung und Regulation, für die er keine Systeme und Instrumente ausarbeitete. Ebenso misstraute er starken Institutionen und Organisationen gesellschaftlicher Gegenmacht und kritisierte Gewerkschaften und breite soziale Bewegungen als ungenügend klassenbewusst und kapitalistisch angekränkt. An die Stelle der repräsentativen Demokratie und der Parteien sollte die direkte Selbstverwaltung durch Räte treten. Damit wurden Formen, die in unmittelbaren Kampfphasen der revolutionären Bewegung eine wichtige Rolle spielten – Arbeiterräte, direkte Aneignung, provisorische Strukturen zur Organisation der Versorgung und der Öffentlichkeit – unkritisch als alleinige Institutionen einer sozialistischen Gesellschaft angesehen. In der Praxis erwies sich dagegen, dass diese Formen nicht auf Dauer stabil blieben und nicht in der Lage waren, komplexe ökonomische und soziale Prozesse zu steuern. Aus seiner inneren Distanz zum Alltag und zum realen Proletariat riskierte der Linksradikalismus eine »Partizipationsdiktatur« (d.h. eine Monopolisierung der Entscheidungsmacht durch wenige Aktive) und geriet regelmäßig in Widerspruch zu den Interessen gesellschaftlicher Mehrheiten.

Unvollständige Sozialismus-Modelle

Zur Geschichte und Gegenwart der Sozialismus-Debatte gehören auch Zugänge und Ansätze, die sich auf ganz bestimmte Aspekte sozialistischer Politik konzentrieren. Die Auffassung vom Raum sozialistischer Politik erlaubt es, diese Ansätze einzuordnen. Sie geben wichtige Impulse, stellen aber alleine keine vollständigen Sozialismus-Modelle dar, weil sie viele andere Aspekte ausblenden und daher keinen Entwurf sozialistischer Politik darstellen, der hinreichend konsistent wäre.

Ein wichtiges Beispiel ist die aus der freien Software-Bewegung entwickelte Vision der GPL-Gesellschaft (siehe weiter unten). Aus der Erfahrung der selbstorganisierten Produktion komplexer Computerprogramme (Software) in

Grafik 3: Anarchismus

schwache Regulation und Planung	schwache Gegenmacht u. institutionelle Demokratisierung
starkes öffentl. Eigentum u. öffentl. Daseinsvorsorge	starke Projekte freier Kooperation u. Freiheitsrechte

Grafik 4: Sozialdemokratie nach 1945

starke Regulation und Planung	starke Gegenmacht u. institutionelle Demokratisierung
mäßig entwickeltes öffentl. Eigentum u. öffentl. Daseinsvorsorge	schwache Projekte freier Kooperation u. Freiheitsrechte

»Es gibt keine einzige Rechtfertigung, warum ausgerechnet die Frauen in Erwartung der Vergesellschaftung der Hausarbeit immer noch in der Küche stehen müssen.«

Anja Meulenbelt:
Feminismus und Sozialismus (1975)

großen, nichtkommerziellen, globalen Kooperationen (»Projekte«) wurde die Vorstellung geboren, diese Art der Produktion als generelles Leitbild für eine freie Produktionsweise zu betrachten. Ähnlich wie bei der Maschine kann die einmal geleistete Arbeit, um ein Produktionsmittel herzustellen, immer wieder benutzt werden, wobei dieses Produktionsmittel im Falle von Software beliebig kostenfrei kopierbar und verbreitbar ist. Voraussetzung ist, dass der Programmcode mitgeliefert wird (»open source«, Eric Raymond) und die beliebige Veränderung und Weiterverbreitung unbeschränkt zulässig ist (»freie« Software, Richard Stallman). Diese Bedingungen werden auch als »General Public Licence« (GPL) oder »copyleft« (im Gegensatz zu »copyright«) bezeichnet und praktiziert.

Die in Teilen der freien Software-Bewegung (oekonux-Zusammenhang) geprägte Theorie der GPL-Gesellschaft (auch einfach »Selbstentfaltung« genannt) geht davon aus, dass die freie, nichtkommerzielle, selbstorganisierte Kooperation, wie sie in freien Software-Projekten erfolgt, zum Grundmuster jedweder Produktion werden kann und soll. Alle Produkte werden frei produziert und kostenlos der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt, auf der Grundlage des freien Zugangs zu Information (Internet, vollständiger Austausch von Produktions-Informationen, Daten, Software) und der »Selbstentfaltung« in der Arbeit, d.h. der Motivation nicht durch Bezahlung, sondern durch den Anreiz der Gestaltung und Selbstverwirklichung. In der Tat kennen wir solche Formen, Produktion durch Selbstentfaltung zu organisieren, etwa aus der kulturellen Produktion oder aus der familiären Ökonomie. Theoretisch steht der Teil der freien Software-

»Alles, was funktionieren soll, erfordert Fachwissen und einen stabilen Aufbau. Diese Stabilität jedoch gibt den autoritären Impulsen Raum. In den ersten Jahren der Besiedlung war uns das klar, hüteten wir uns davor. Die Menschen unterschieden sehr sorgfältig zwischen dem Verwalten von Dingen und dem Regieren von Menschen. Und weil ihnen das so gut gelang, vergaßen wir vollkommen, dass der Wille zur Macht dem Menschen ebenso angeboren ist wie der Impuls zur gegenseitigen Hilfe.«

*Ursula Le Guin:
Planet der Habenichtse (1974)*

»Sozialismus ist nicht ...
Eine Gesellschaft, in der eine unglücklich ist, weil er sagt, was er denkt, und der andere glücklich, weil er nicht sagt, was er denkt.
Eine Gesellschaft, in der einer besser lebt, weil er überhaupt nicht denkt. (...)
Ein Staat, der wünscht, dass seine Bürger die gleichen Ansichten in der Philosophie, der Außenpolitik, der Wirtschaft, der Literatur und der Moral haben.
Ein Staat, dessen Regierung die Rechte der Bürger festlegt, aber dessen Bürger nicht die Rechte der Regierung festlegen (...)
Ein Staat, der den Willen des Volkes immer schon weiß, bevor er es fragt.«

*Leszek Kolakowski:
Was ist Sozialismus? (1957)*

»Vierzig Jahre sind zu lang, als dass man eine Diktatur noch vorübergehend nennen könnte.«

Paul Sweezy

»Der Unterschied zwischen ihm und mir besteht darin, dass er die Partei unter dem zeitlichen Aspekt von Jahrzehnten und sogar Jahrhunderten betrachtet. Ich ziehe ihn auf, indem ich sage: wie die katholische Kirche.«

*Doris Lessing:
Das goldene Notizbuch (1962)*

Zewegung, der auf die GPL-Gesellschaft orientiert, der sogenannten Wertkritik nahe, einer postmarxistischen Strömung, für die eine nicht-kapitalistische Gesellschaft keine Vermittlung über Waren- und Geldbeziehungen oder Wertermittlung aufweisen darf (Robert Kurz, Roswitha Scholz, Zeitschriften *Krisis* und *Exit*).

Die GPL-Gesellschaft stellt einen wichtigen Beitrag dazu dar, wie starke Projekte freier Kooperation und starke wirtschaftliche Freiheitsrechte radikal gedacht werden können, und dass eine entsprechende Praxis in hochentwickelten Teilen heutiger Produktion bereits stattfindet und angelegt ist. Aus dieser Erfahrung sind auch wichtige Impulse für die Theorie demokratischer Organisationsformen erfolgt (»open organization«). Die »Selbstentfaltung« stellt jedoch kein konsistentes Modell einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft dar, da innerhalb dieses Ansatzes bislang nicht geklärt werden konnte, wie eine zuverlässige öffentliche Daseinsvorsorge, eine geplante Erfüllung notwendiger industrieller und sozialer Aufgaben, und eine demokratische Kontrolle aller über die gesellschaftlichen Strukturen und die wirtschaftliche Entwicklung, im Rahmen der GPL-Gesellschaft gewährleistet werden können. Unklar ist auch, ob und wie weit die Erfahrungen mit der Produktion immaterieller Güter auf die Produktion materieller Güter und auf Dienstleistungen übertragbar sind (die sogenannte »Brötenfrage«, Benni Bärmann).

Als unvollständige Sozialismus-Modelle lassen sich auch Ansätze einordnen, die unter bestimmten historischen und ökonomischen Umständen prägend waren, aber ebenfalls kein dauerhaftes Modell einer sozialistischen Gesellschaft hervorbringen könnten, da sie nur einen ganz bestimmten Aspekt des Raums sozialistischer Politik herausgriffen. Das gilt etwa für den postkolonialen Entwicklungssozialismus, der sich in vielen der jungen Staaten der Dritten Welt nach der Unabhängigkeit etablieren konnte. Ein starkes Staatseigentum an Produktionsmitteln (und natürlichen Ressourcen) und eine starke Bürokratie der (ergänzenden) öffentlichen Daseinsvorsorge standen im Vordergrund, um den Neuaufbau einer Ökonomie zu leisten, die durch die koloniale Herrschaft fragmentiert, verzerrt und in ihrer Produktivität ungenügend entwickelt war. Wo aber eine anspruchsvolle Wirtschaftsplanung oder Regulation (wie sie z. B. in den staatssozialistischen Ländern entwickelt wurde) ebenso unterblieb, wie eine relevante Demokratisierung durch transparente und verantwortliche Institutionen, durch unabhängige soziale Massenorganisationen und durch einen demokratischen Wechsel von Eliten und Regierungen (wie in den »sozialdemokratischen« Gesellschaften des Westens nach dem Krieg), entstanden Gesellschaftssysteme, die wir nicht

wirklich als sozialistisch bezeichnen können. Der postkoloniale Entwicklungssozialismus stellte so keine eigenständiges, stabiles Modell dar, sondern eine Übergangsform, aus der sich entweder staatssozialistische Systeme sowjetischer Prägung entwickelten (Cuba, Vietnam) oder kapitalistische Systeme, die politisch autoritär regiert wurden und einen relativ starken Staatssektor behielten (Algerien, Zimbabwe).

Ferner können als unvollständige Sozialismus-Modelle bestimmte populäre Sozialismus-Vorstellungen angesehen werden, die den Sozialismus und seine Begründung auf einen einzigen Aspekt des Raums sozialistischer Politik reduzieren. Ein solcher populärer, aber unvollständiger Sozialismus ist etwa der »Vernunftsozialismus«, wonach die Notwendigkeit des Sozialismus sich einfach aus der »Anarchie« der kapitalistischen Produktionsweise ergibt, die nachweislich nicht in der Lage ist, die existenziellen Bedürfnisse eines großen Teils der Menschheit zu befriedigen. Eine andere populäre Variante ist die, wonach Sozialismus die umfassende Demokratisierung gesellschaftlicher Entscheidungen ist, also die schrittweise Unterwerfung aller wichtigen – eben auch ökonomischer und sozialer – Entscheidungen unter Formen kollektiver, demokratisch institutionalisierter Willensbildung der Bevölkerung.

Auch dies sind wichtige Zugänge zum Sozialismus. Sie bleiben jedoch unvollständig, weil weder Planung noch Demokratisierung allein ausreichen, eine konsistente, praktikable Variante des Sozialismus zu beschreiben, die tatsächlich in der Lage wäre, dem Kapitalismus eine funktionsfähige Alternative entgegenzusetzen.

Integrierte Sozialismus-Modelle

Für den Erfolg einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus sind integrierte Modelle notwendig, in denen die verschiedenen Aspekte des Raums sozialistischer Politik miteinander in Verbindung gesetzt sind. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der Ansatz des Keynesianismus für viele sozialistische Kräfte eine solche integrierte Vision geworden. Der Ökonom John Maynard Keynes entwickelte in den 30er Jahren die Theorie, dass der Markt aufgrund der Zukunftsunsicherheit seiner Akteure häufig zu einem Gleichgewicht gelangt, bei dem Mehrwert nicht hinreichend investiert, die Produktion nicht ausgelastet und dadurch Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Der Staat müsse daher systematisch eingreifen, um Nachfrage zu schaffen. Dies geschieht einerseits über kreditfinanzierte Investitionsprogramme (deficit spending), andererseits über staatlich organisierte Umverteilung und die Abschöpfung der privaten Sparquote durch Steuern, so dass der Rückfluss akkumulierten Mehrwerts in die Zirkulation erzwungen

wird. Zu den Instrumenten der Konjunktursteuerung gehört auch eine antizyklische Zinspolitik, die bei stagnativen Tendenzen Geld verbilligt, um private Investitionen zu fördern.

In der linken Ausprägung des Keynesianismus wurde herausgearbeitet, dass eine solche Form der Lenkung des privatkapitalistischen Marktes auf Dauer nur möglich ist, wenn starke sozialistische Elemente in der Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation durchgesetzt werden. So bedarf die Abschöpfung der Gewinne einer starken gesellschaftlichen Gegenmacht durch Gewerkschaften, Wirtschaftsdemokratie und hoher politischer Partizipation. Da die Entwicklung der Löhne mindestens der Produktivitätsentwicklung entsprechen muss, sind starke Gewerkschaften, idealerweise sogar institutionelle Bindungen der Unternehmenskalkulation erforderlich. Um die Strategie privater Kapitale zu durchkreuzen, die ihre Gewinne statt durch Innovation und Produktionsausweitung einfach durch Preiserhöhungen zu sichern versuchen, ist ein staatlicher Produktionssektor notwendig, der über starke Schlüsselunternehmen in allen wichtigen Branchen auf die Preisentwicklung Einfluss nehmen kann.

Ein so verstandener Keynesianismus liefe auf eine »mixed economy« hinaus, wo unterschiedliche Eigentumsformen miteinander konkurrieren und wo die Dynamik privatkapitalistischer Märkte kontrolliert und eingebettet ist in starke staatliche Regulation und investive Rahmenplanung, durch in starke gesellschaftliche Gegenmacht und institutionelle Demokratisierung, sowie durch gezieltes, ausgewähltes öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. Nur in dieser radikalisierten Form kann Keynesianismus als ein Sozialismus-Modell gelten. Obwohl sozialistische Kräfte in Europa und Lateinamerika phasenweise dieses Modell verfolgt haben, konnte es nirgends wirklich durchgesetzt werden. Die Globalisierung der Produktion und der Märkte stellt heute neue Herausforderungen für ein derartiges Sozialismus-Modell dar, auf die mit neuen, erweiterten Instrumenten zu antworten wäre. Ob dies eher durch eine Anwendung keynesianischer Organisation auf transnationale Einheiten erfolgen soll, oder mehr durch institutionalisierte »firewalls« gegen die Aushebelung nationaler Steuerung durch globalen Waren- und Kapitalverkehr, oder durch eine Kombination aus beidem, ist offen.

Die zentrale Ressource, auf die (links) keynesianische Modelle sich stützen konnten, liegt im Bereich der institutionellen Demokratisierung und der Organisation gesellschaftlicher Gegenmacht. Die relative Schwäche des Keynesianismus liegt im Bereich der Projekte freier Kooperation und der Selbstverwaltung und Selbstorganisation von unten, was gerade auch

in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus ein wesentliches Problem darstellt.

Die Existenz von Markt, Geld und Konkurrenz wird auch in den Sozialismus-Modellen vorausgesetzt, die sich als »Shareholder-Sozialismus« zusammenfassen lassen (für eine nähere Diskussion siehe z.B. John E. Roemer, *A Future for Socialism*). Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln wird hier nicht über ausgewähltes Staatseigentum, sondern über ein individualisiertes Volkseigentum organisiert. Alle Unternehmen ab einer bestimmten Größe sind in Form von Anteilsscheinen im Besitz der Bevölkerung. Diese Anteilsscheine sind im Unterschied zu Aktien zwar handelbar, aber nicht gegen Geld verkaufbar und dadurch nicht akkumulierbar. Über diese »Coupons«, die gleichmäßig unter der Bevölkerung verteilt sind, beziehen auch die Werktätigen und die nicht Lohnerwerbstätigen einen individuellen Anteil an den Unternehmensgewinnen und kontrollieren das Management, das im Rahmen dieser Kontrolle jedoch unabhängige Unternehmensentscheidungen gewährleistet. Da ein allgemeines individuelles Interesse an der Profitabilität der Coupons besteht, bleibt der Mechanismus der Lenkung von Kapital in die besonders dynamischen Bereiche erhalten, der für die hohe Innovationskraft der kapitalistischen Ökonomie bestimmend war. Während die individualisierte Aufteilung des staatlichen Unternehmenseigentums, die in einigen ehemals staatssozialistischen Ländern nach dem Systemwechsel vorgenommen wurde, schnell zum Ausverkauf und zur erneuten Konzentration des Kapitals in wenigen Händen führte, ist dies durch die Trennung des Coupon-Kreislaufs vom Geld-Kreislauf in diesem Modell ausgeschlossen.

Da die »Anarchie« des kapitalistischen Marktes in diesem Modell bewusst erhalten bleibt, erfordert auch der Shareholder-Sozialismus eine wirkungsvolle staatliche Rahmenplanung, eine gesellschaftliche Investitionsplanung und gesellschaftliche Gegenmacht und Demokratisierung. Da wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse und Notwendigkeiten im Markt keinen oder nur höchst unvollständigen Ausdruck finden, müssen sie auf andere Weise ausgedrückt und verhandlungsmächtig werden. Dazu gehören auch die direkte Partizipation der Werktätigen an den jeweiligen Unternehmensentscheidungen, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmerschaft, starke soziale Bewegungen mit institutionalisierten Eingriffsrechten und die Partizipation der Bevölkerung an der lokalen, regionalen und nationalen Wirtschaftsplanung.

Die zentrale Ressource eines Shareholder-Sozialismus ist die Regulation und Planung der Ökonomie, da diese Form der Vergesellschaftung des Produktionseigentums zwar eine hohe Innovationsdynamik aufrechterhält, jedoch das

»Feministinnen haben darauf bestanden, dass man eine Form von Politik finden müsse, die es Menschen ermöglicht, andere Beziehungen zu erfahren. Die Konsequenzen gehen über Geschlechterbeziehungen hinaus und umfassen alle Beziehungen von Ungleichheit, einschließlich solcher zwischen Sozialisten.«

*Sheila Rowbotham:
Nach dem Scherbengericht.
Über das Verhältnis von Feminismus
und Sozialismus (1979)*

»Marxisten und Feministinnen beschuldigen sich so wechselseitig des Reformismus (...), d.h. des Beschwichtigens und der Zugeständnisse, wo doch eine fundamentale Veränderung (...) notwendig wäre. Die gegenseitige Einschätzung lautet – in ihrer extremsten Form – nicht nur, dass die Analyse der anderen Theorie inkorrekt ist, sondern dass deren Erfolg einer Niederlage gleichkäme. Keine dieser Behauptungen ist grundlos.«

*Catharine MacKinnon:
Feminismus, Marxismus,
Methode und der Staat (1982)*

»Die kommunistische Erfahrung des 20. Jahrhunderts läuft darauf zu, dass das Problem der Vergesellschaftung von Produktion und Distribution noch ungelöst ist. Eine Linke, die es ernst meint mit einer im Vergleich zum Kapitalismus ›anderen Welt‹, wird die entsprechenden Ansätze und Erfahrungen sorgfältig auswerten müssen. Die Notwendigkeit ist die andere Seite der Freiheit. Die DDR-Lösung ›Arbeite mit, plane mit, regiere mit‹ zeigt die weiterhin richtige Aufgabe, die, falsch und unter denkbar ungünstigen Kräfteverhältnissen angepackt, nicht gelöst werden konnte. Wer daher glaubt, 1989/91 sei ›der Stalinismus‹ zusammengebrochen, täuscht sich just über diese Basisnotwendigkeit. In Wirklichkeit ist damals Gorbatschows Demokratisierungsprojekt zusammengebrochen, nicht zuletzt, weil es auf Basis des strukturellen Erbes des Stalinismus und der von diesem verbrochenen ›kolossalen Zersetzung des menschlichen Faktors‹ (Butenko) keine Lösung des Versorgungs- und zuvor des Produktionsproblems zustande brachte. Manche Redner scheinen vollends zu glauben, man könne die Armen dieser Welt allein oder jedenfalls primär politisch, durch Demokratie, von ihrer Armut emanzipieren, statt ökonomisch. In solchen Reden gähnt die harte Notwendigkeit wie ein schwarzes Loch, das jede Wirklichkeitserkenntnis verschlingt. Es würde zu katastrophalen Niederlagen führen und ganze Länder in eine tiefe Krise stürzen, ließe man den aggregierten ›Gesamtarbeiter‹ (Marx), diesen kommandierten kollektiven Akteur im Reich der Notwendigkeit, beiseite und setzte exklusiv auf die ›Marginalisierten‹.«

Wolfgang Fritz Haug, 2007

Entstehen starker privater Interessengruppen verhindert, die unter kapitalistischen Bedingungen die staatliche Rahmenplanung nach Kräften hintertreiben. Die relative Schwäche liegt im Bereich des tatsächlichen Staatseigentums und der öffentlichen Daseinsvorsorge, denen in diesen Modellen kein prominenter Platz zugewiesen ist.

Weniger an die kapitalistische Innovationsdynamik und stärker an die staatssozialistischen Erfahrungen mit Planwirtschaft lehnen sich Sozialismus-Modelle an, die auch als »Computer-Sozialismus« bezeichnet werden (Cockshott/Cotrell) und starken Einfluss auf viele derzeitige lateinamerikanische Sozialismus-Bestrebungen haben (»Sozialismus im 21. Jahrhundert«, Dietrich). Auf der Basis des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln wird versucht, die bekannten Mängel der historischen Planwirtschaften (fehlende Transparenz, falsche Daten, betriebliche Rationalität gesellschaftlich irrationaler Strategien usw.) durch Einsatz von moderner Informationstechnologie aufzuheben. Preise werden nicht dem Markt überlassen, die entsprechenden Steuerungseffekte aber durch »Knappheits-Algorithmen« nachgeahmt (Überangebot wird durch Preissenkung, Unterproduktion durch Preissteigerung abgebildet). Grundsätzlich erfolgt aber eine Kalkulation aller Preise durch Berechnung des Werts im Sinne der für die Produktion aufzuwendenden Arbeitsmenge.

Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und natürlichen Ressourcen, Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge und Unterstützung gesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbsthilfe an der Basis sind entsprechende Eckpfeiler der aktuellen Sozialismus-Orientierung in Lateinamerika. Die zentrale Ressource dieses Modells ist die Kontrolle nationaler Ressourcen, die auf den Weltmärkten stark nachgefragt sind (Öl z. B.) und als Cash-Cows des sozialen Aufbaus dienen. Die relative Schwäche liegt im Bereich der gesellschaftlichen Gegenmacht und institutionellen Demokratisierung. Antiplurale und autoritäre Tendenzen liegen zumindest nahe in einem Modell, das Nationalgesellschaften gewissermaßen als Gesamtunternehmen unter staatlichem Management organisiert.

Eine radikalisierte Variante des Computer-Sozialismus stellt das Parecon-Modell dar, das von Michael Albert propagiert wird und bei Teilen der Weltsozialforums-Bewegung starken Anklang findet. Das Parecon-Modell vertritt eine basisdemokratische Planwirtschaft, wo in partizipativen Verfahren Produktion und gesellschaftliche Nachfrage abgeglichen werden und Distribution ohne Märkte erfolgt. Gesellschaftliche Investitions- und Entwicklungsnotwendigkeiten werden durch konkurrierende, demokratisch gewählte Wirtschaftspläne abgebildet. Einzige Berechnungsgrundlage des

Lohns ist die reale individuelle Arbeitszeit; der Lohn (und entsprechende Lohnersatzleistungen) ist gleichbedeutend mit der individuellen Quantität von Konsumeinheiten, die für das Bezahlen/Verrechnen des persönlichen Konsums verwendet werden. Vorbehalte gegen dieses System bestehen vor allem angesichts des hohen bürokratischen Planungsaufwands, der Starrheit des »bestellungsbasierten« Produktionsgeschehens und der unklaren Berücksichtigung reproduktiver Tätigkeiten.

Eine vierte Variante oder Variantenfamilie in der aktuellen Sozialismus-Debatte stellt die sogenannte »solidarische Ökonomie« dar. Der Begriff wird manchmal als Container-Begriff gebraucht, in den alles passt, was die derzeitige antikapitalistische Bewegung an ökonomischen Bestrebungen und sozialen Projekten entwickelt hat. Er bezeichnet jedoch auch einen wesentlichen zeitgenössischen Sozialismus-Ansatz. Leitidee der solidarischen Ökonomie ist die Überwindung der Spaltung in Produktion und Reproduktion, ökonomische und soziale Aspekte des Wirtschaftens. Der Übergang zu einer nachkapitalistischen Produktionsweise vollzieht sich gemäß diesem Modell dadurch, dass systematisch alle Produktionseinheiten (staatlich, gesellschaftlich, strukturell) gefördert und unterstützt werden, die nicht vorrangig vom Erzielen von Profit bestimmt sind.

Dazu gehören zum einen selbstverwaltete bzw. belegschaftsgeführte Unternehmen, Genossenschaften, alternative Handels- und Vertriebsnetze. Zum anderen gehören dazu die Wirtschaftseinheiten, die den sogenannten »Dritten Sektor« bilden, der weder Staat noch Privatwirtschaft ist, sondern mit öffentlicher (Teil) Finanzierung gesellschaftlich notwendige bzw. als erwünscht definierte Aufgaben erfüllt: gemeinnützige Vereine und ihre Dachverbände, Beschäftigungsträger, staatliche Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen, Anstalten öffentlichen Rechts und beliehene (d. h. mit öffentlichen Aufgaben betraute) Gesellschaften, Organe und Strukturen der raumbezogenen Selbstverwaltung (z. B. Stadtteilmanagement). Schließlich gehören dazu Wirtschaftseinheiten, die ökonomische, soziale oder ökologische Dienstleistungen anbieten oder Waren produzieren, aufgrund ihrer Struktur aber nichtkommerziell sind oder keinen Profitzweck verfolgen, z. B. Stiftungen, Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen, freie Produktionszusammenhänge (Software-, Wissenschafts-, Kultur- oder sonstige Produktionsprojekte, die nicht auf der Basis von Bezahlung funktionieren und ihre Produkte frei zur Verfügung stellen), bis hin zur Nachbarschaftshilfe und den Austauschbeziehungen des »sozialen Kapitals«.

Die zentrale Ressource der solidarischen Ökonomie ist der Bereich der Projekte freier

Kooperation. Die solidarische Ökonomie öffnet den Blick dafür, dass auch unter kapitalistischen Beziehungen ein wesentlicher Bereich ökonomischer Beziehungen nicht dem Profitprinzip folgt, dass dieser Bereich wächst und immer komplexere Aufgaben übernimmt und dass der Übergang zum Sozialismus weniger durch die staatliche Reorganisation der Ökonomie von oben, sondern eher durch die Freisetzung der bereits vorhandenen, nichtkapitalistischen Ökonomie von unten erfolgt. Diese veränderte Vorstellung vom Transformationsprozess wird gelegentlich auch als Übergang vom modernen zum »postmodernen Sozialismus« bezeichnet (Burbach/Nunez/Kagarlitsky) oder auch als »Postmarxismus« (Mouffe, Laclau).

Die relative Schwäche der solidarischen Ökonomie liegt in der gesamtwirtschaftlichen Regulation und Planung bzw. in der Skalierbarkeit und der Bewältigung komplexer Innovation. Der Beweis steht noch aus, dass auch sehr große (transnationale) Unternehmen und Produktionszusammenhänge in Strukturen der solidarischen Ökonomie gemanagt werden können, ohne den Charakter tendenziell bürokratischer Staatsunternehmen oder tendenziell unverantwortlicher Privatkonzerne anzunehmen.

Die Aktualität des Sozialismus

Der Sozialismus der Zukunft wird nicht am Reißbrett erfunden werden. Globaler Austausch, wissenschaftliche Diskussion, gesellschaftlicher Dialog mit allen interessierten Kräften sind wichtiger als je zuvor. Genauso wichtig aber ist der Austausch der Erfahrungen aus sozialen Kämpfen, Organisationsversuchen, gesellschaftlichen Kampagnen und Konflikten, und realer Selbstverwaltung. Kritik am Kapitalismus muss in das gemeinsame Erarbeiten und Popularisieren von lebhaften und funktionsfähigen Alternativen überführt werden. Nicht abstrakte Belehrung ist gefragt, sondern offenes, ehrliches Interesse daran, wie die Probleme der Zeit gelöst und die unerfüllten Ansprüche vieler Menschen verwirklicht werden können. Sozialistinnen und Sozialisten gehören

dazu. Sie haben dieselben Probleme, denselben Frust, dieselben Hoffnungen, dieselben Widersprüche wie viele andere Menschen.

Sozialistinnen und Sozialisten halten daran fest, dass es mehr und anderes geben muss als Kapitalismus, als Herrschaft und Unterdrückung, als materielles, soziales und psychisches Elend – auch mehr als Widersprüche und Unvermögen, mehr als Isolation und Angst vor Veränderung. Sie halten daran fest, dass Demokratie mehr ist als Rechtsstaat und Repräsentation – nämlich das radikale Bekenntnis zur Übernahme der Entscheidungen durch die Menschen selbst, durch die unmittelbaren Produzenten im Betrieb, in der Stadt, in der Familie, im Staat, in der Gesellschaft. Sie halten daran fest, dass Sozialismus mehr ist als Verstaatlichung und Zentralismus – nämlich die Überantwortung der Gesellschaft an die Individuen, das radikale Bekenntnis zu ihren Fähigkeiten und ihrem Recht, all ihre Verhältnisse selbst zu planen und zu gestalten. Sozialistinnen und Sozialisten halten daran fest, dass Öffentlichkeit mehr ist als Belehrung und Versorgung – nämlich das radikale Bekenntnis zur Gleichheit, zum egalitären Zugang aller zu Ressourcen, zur Gleichheit der Lebensverhältnisse und zur Gleichheit im Konflikt. Sie halten daran fest, dass Befreiung mehr ist als die Entmachtung von Unterdrückern und die Beseitigung von Unterdrückung – nämlich die radikale Transformation der Logik der Beziehungen zwischen den Menschen, weg von der Instrumental- und Konkurrenzlogik, hin zur Logik der Kooperation und der Selbstentfaltung.

Der Raum des Sozialismus schafft Konflikte, aber er verhindert Einseitigkeit und Erstarrung. Ein zukünftiger Sozialismus muss effizient, demokratisch, egalitär und emanzipatorisch (»libertär«) sein. In dem Maße, wie bislang unterdrückte und ausgegrenzte soziale Gruppen sich befreien und gesellschaftlich bewusst werden, verändert sich auch das Bild, das sie sich vom Sozialismus machen und die Ansprüche, die sie damit verbinden. Die Bewegung zum Sozialismus ist ein Ort von Kämpfen, aber auch ein Ort von Kreativität, Neugier, Entdeckung.

»Bei aller Begeisterung für die Solidarische Ökonomie gibt es eine ganze Zahl von wichtigen Fragen, die eine kritische Diskussion wert sind. Erstens, seit nun über 200 Jahren gibt es Projekte und Unternehmungen Solidarischer Ökonomie in der Moderne. Wenn sie so großartig sind, warum dominieren sie nicht längst die Ökonomie? Solidarische Ökonomie ist eben bei allen großen Erfolgen auch eine Erfahrung des Scheiterns ... Wie können wir also einen Solidarischen Sektor aufbauen, der seine Ziele nicht verrät, aber doch im sich globalisierenden Kapitalismus lebensfähig ist? In welchen Sektoren und unter welchen Rahmenbedingungen ist das mögliche? Zweitens, kann die Idee ökonomischer Selbsthilfe dazu beitragen, die Forderung nach universellen sozialen und ökologischen Rechten an den Staat schwächen. Was wird aus denen, die sich nicht gemeinschaftlich selbst helfen können oder wollen? ... Drittens, besteht die Gefahr, dass Solidarische Ökonomie zur Schaffung »behaglicher Nester« und »ruhiger Inseln« führt, die dann die Entpolitisierung zum Ergebnis habe ... Wir sollten hier diskutieren, wie Solidarische Ökonomie politische Kämpfe stärken kann, statt sie zu schwächen ...«

Sven Giegold, auf dem Kongress »Solidarische Ökonomie« 2006

»der große Irrtum ... bestand in meiner Definition des Sozialismus als einer großen Ordnung. Er ist hingegen viel praktischer als große Produktion zu definieren. Produktion muss natürlich im weitesten Sinn genommen werden, und der Kampf gilt der Befreiung der Produktivität aller Menschen von allen Fesseln. Die Produkte können sein Brot, Lampen, Hüte, Musikstücke, Schachzüge, Wäse, Teint, Charakter, Spiele usw. usw.« Das schrieb Brecht, im März 1941, in Finnland, auf der Flucht vor dem deutschen Faschismus.

Weiterführende Hinweise zur Literatur

Die Literatur zur Geschichte und Gegenwart des Sozialismus ist außerordentlich umfangreich und kann hier nicht systematisch dargestellt werden. Die in den einzelnen Abschnitten genannte Literatur bietet nur einen sehr kleinen Ausschnitt. Einen sehr breiten Einblick bieten die Stichworte Sozialismus und Kommunismus bzw. Socialism und Communism mit den weiterführenden Hinweisen bei Wikipedia in Deutsch und Englisch. Von dort kann schnell weitergesucht werden. Als Quellenwebsites stehen vor allem zur Verfügung:

- www.marxists.org (Internationals mehrsprachiges Archiv des Marxismus).
- <http://www.spartacus.schoolnet.co.uk/socialism.htm> (Spartacus Educational. Geschichte des britischen Sozialismus in engl.).

Gesamtdarstellungen, oft mit ausgewählten Dokumentationen von Texten und mit Biografien finden sich u. a. in:

- Beer, Max: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Berlin: Verlag für Sozialwissenschaft 1924, 540 Seiten (Standardwerk, das die Geschichte des Sozialismus bis in die Antike zurückverfolgt).
- Bergmann, Theodor; Kessler, Mario (Hrsg.): Ketzler im Kommunismus. 23 biografische Essays. Hamburg 2000, 464 Seiten (biografische Skizzen und Aufarbeitung des geistigen Erbes jener, die aus sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien als Verräter und Renegaten ausgestoßen wurden).
- Daniels, Robert V.: A Documentary History of Communism and the World. From Revolution to Collapse. Hanover, London 1994, 388 Seiten (dokumentiert an Hand ausgewählter Texte die staatskommunistische Entwicklung in engeren Sinne).
- Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 177–228 (http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_177.htm) (die knappe klassische Darstellung des Klassikers Friedrich Engels).
- Euchner, Walter (Hrsg.): Klassiker des Sozialismus. 2 Bände. München 1991, 660 Seiten (stellt wichtigste Vertreter des Sozialismus biografisch vor).
- Franzke; Michael; Rempe, Uwe (Hrsg.) – Linkssozialismus, Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998 (analysiert den zumeist vergessenen Flügel zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten).
- Fried, Albert; Sanders, Ronald: Socialist Thought. A Documentary History. New York 1992, 621 Seiten (eine Dokumentation von Quellentexten in der ganzen Breite sozialistischer Strömungen von Rousseau bis zum sozialistischen Feminismus).
- Hofmann, Werner (unter Mitwirkung von Wolfgang Abendroth): Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin; New York 1974, 298 Seiten (eine sehr solide Darstellung der Geschichte des Sozialismus, die sich nahe am Marxismus hält).
- Höppner, Joachim/ Seidel-Höppner, Waltraud: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1975, 960 Seiten (eine exzellente Auswahl von Quellentexten und eine sehr solide Darstellung dieser innovativen Phase des französischen Frühsozialismus).
- Kremendahl, Hans; Meyer, Thomas: Sozialismus und Staat. 2 Bände. Kronberg 1974, 470 Seiten (dokumentiert vor allem die deutsche Diskussion in der Traditionslinie von Marx, der

deutschen Sozialdemokratie sowie den Konflikt mit den Bolschewiki sowie die westdeutsche sozialdemokratische Nachkriegsdiskussion).

- Leidinger, Hannes; Moritz, Verena: Sozialismus. Wien, Köln, Weimar 2008, 139 Seiten (eine sehr knappe Einführung in der UT-Reihe Profile, die den Bogen von der Antike bis in die Gegenwart spannt, außereuropäische Entwicklungen einbezieht, die wichtigsten Vertreter kurz vorstellt und auf Literatur verweist).
- Lenin, Wladimir I.: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus (eine knappe geschlossene Darstellung der bolschewistischen Interpretation des Marxschen Erbes) (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1913/03/quellen.htm>).
- Losurdo, Domenico: Scheitern – Verrat – Lernprozess. Drei Ansätze zur Interpretation der Geschichte der kommunistischen Bewegung (www.linksnet.de/artikel.php?id=865).
- Meyer, Thomas: Sozialismus. Lehrbuch. Wiesbaden 2008, 153 Seiten (dies ist eine Einführung vom Standpunkt der Theorie der sozialen Demokratie, wie sie vom Autor jüngst vorlegt wurde).
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Dietz 1997, 366 Seiten (begründet sozialistische Positionen ausgehend vom Epochenbruch 1989).
- Sassoon, Donald: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century. London; New York 1996, 965 Seiten (eine sehr umfangreiche Darstellung der westeuropäischen Linken im 20. Jahrhundert).
- Vranicki, Predrag: Geschichte des Marxismus. Zwei Bände. Frankfurt am Main 1983, 1162 Seiten (ein der besten und detaillierten Gesamtdarstellungen der marxistischen Strömung im Sozialismus und Kommunismus bis in die 1960er Jahre).

Wer sich den theoretischen Diskussionen insbesondere des marxistisch inspirierten Sozialismus und Kommunismus zuwenden will, findet im Historischkritischen Wörterbuch des Marxismus (seit 1994 im Argument-Verlag; 2008 erscheint Band 7.1) die wichtigste Grundlage. Einen Einblick in die Diskussion vor allem des 19. Jahrhunderts geben die Stichworte Sozialismus und Kommunismus in: Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart: Ernst Klett Verlag (1972 bis 1997, als broschürte Ausgabe 2006).

Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus in folgendem Werk dargestellt: Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und Theorie. In sieben Bänden (der letzte Band ist nicht mehr in Deutsch erschienen). Moskau 1980 ff.

Wer die Entstehung des Marxschen Denkens aus seiner Zeit und der Zusammenarbeit von Marx mit den kommunistischen Zeitgenossen genauer verstehen will, findet in der folgenden Dokumentation viele interessante Einblicke: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Bd. 1: 1836–1849. Berlin 1970, 1196 Seiten.

Eine gut geschriebene und auch bebilderte Darstellung von Geschichte und Theorie des Anarchismus findet sich in: Borries, Achim von; Weber-Brandies, Ingeborg: Anarchismus. Theorie, Kritik, Utopie. Nettersheim 2007, 511 Seiten. Einen quellenreichen Einblick in die Geschichte des Radikalismus und Sozialismus in den USA, sonst oft sehr randständig behandelt, gibt: McCarthy, Timothy Patrick; McMillan, John (Hrsg.): The Radical Reader. A Documentary. New York & London 2003, 688 Seiten.

IMPRESSUM

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

WISSENTransfer

Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e. V.
Lange Koppel 120
22926 Ahrensburg
buero@wissenstransfer.info
www.wissenstransfer.info

Fotos: Karl Dietz Verlag Berlin,
Neues Deutschland

Vi.S.d.P.: Marion Schütrumpf

